



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Die Entstehung des Marshall-Plans im Spiegel von
,Wiener Kurier‘ und ,Österreichische Zeitung‘ 1947 –
eine qualitative Inhaltsanalyse“

verfasst von / submitted by

Jakob Hinterholzer

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree
of

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2019 / Vienna, 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 313 456

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde,
Politische Bildung, UF Geographie und Wirt-
schaftskunde

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Doz. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Maria Mesner

Vorwort

Im Zuge des Seminars „*Vertiefungskurs Fachdidaktik: Zur Geschichte des Alltags. Österreich ab den 1920er Jahren*“ habe ich mich gemeinsam mit der Seminargruppe mit dem Thema Wiederaufbau in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg auseinandergesetzt. Dabei war unser Fokus auf die Ernährungs- und Versorgungslage in Wien gerichtet, bei der die Hilfslieferungen aller Besatzungsmächte eine wichtige Rolle spielten, aber vor allem jene der US-amerikanischen Besatzungsmacht. Im Zuge der Bearbeitung dieses Themas entwickelte ich ein Interesse für den Marshall-Plan und die politische Auseinandersetzung darüber. Auf der Suche nach geeigneten Quellen stieß ich auf die beiden Besatzungsarmeezeitungen „Wiener Kurier“ und „Österreichische Zeitung“, die dann auch mein Untersuchungsmaterial bildeten.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die mich bei der Erstellung dieser Diplomarbeit und während meiner Studienzeit unterstützt haben. Ein besonderer Dank kommt meiner Mutter zu, die mich bei schwierigen Phasen immer unterstützt und motiviert hat und mir meine Arbeiten, die ich während des Studiums verfasst habe, korrigiert hat. Weiters möchte ich mich bei meinem Vater, bei Veronika, meiner Großmutter, meinem Großvater und bei Helmut herzlich für die Unterstützung bedanken.

Ein besonderer Dank gilt auch meiner Diplomarbeitsbetreuerin Univ.-Doz. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Maria Mesner, die mich mit viel Geduld und guter Kritik durch meinen Schreibprozess begleitet hat.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
1. Einleitung	6
2. Die unmittelbare Nachkriegszeit in Österreich	9
2.1. Politische Situation	9
2.2. Wirtschaftliche Situation	11
2.3. Ernährungssituation	15
3. Wirtschaftshilfe vor dem Marshallplan	18
4. Die Entstehung des Marshall-Plans	25
4.1. Krise in Europa.....	26
4.2. Moskauer Außenministerkonferenz	28
4.3. Truman-Doktrin	30
4.4. Marshalls Harvard-Rede.....	32
4.5. Die Pariser Konferenz	34
4.6. Die sowjetische Reaktion	38
5. Der Beginn des Kalten Krieges	40
6. Untersuchungszeitraum und Methode	42
6.1. Methodische Vorgehensweise bei der qualitativen Inhaltsanalyse	44
7. Die österreichische Presseentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg	47
7.1. „Österreichische Zeitung“	50
7.2. „Wiener Kurier“	53
7.3. „War of Words“ zwischen „Wiener Kurier“ und „Österreichische Zeitung“	56
8. Darstellung der Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse des „Wiener Kurier“	58
8.1. Werbung für den Marshall-Plan	58
8.2. Blockbildung durch die Sowjetunion	60
8.3. Marshall-Plan und Truman-Doktrin.....	63

8.4. Kritik an der Sowjetunion	65
8.5. Eigeninitiative Europas gefordert	67
8.6. Alternativen zum Marshall-Plan	70
8.7. Österreich und der Marshall-Plan	72
9. Darstellung der Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse der „Österreichische Zeitung“	76
9.1. Marshall-Plan und Truman-Doktrin	76
9.2. Souveränität durch Marshall-Plan gefährdet.....	78
9.3. Wirtschaftskrise in den USA	80
9.4. Unstimmigkeiten zwischen den westlichen Alliierten	83
9.5. Blockbildung durch Marshall-Plan.....	85
9.6. Alternativen zum Marshall-Plan	88
9.7. Österreich und der Marshall-Plan	89
10. Beantwortung der Forschungsfragen	93
11. Resümee	99
Literaturverzeichnis	101
Quellenverzeichnis	105
Tabellenverzeichnis.....	114
Abstract	115

1. Einleitung

„Österreich verdankt der Marshallhilfe den Fortbestand seiner Industrie und damit auch die Existenz für einige hunderttausend Menschen, die sonst keine Lebensmöglichkeit in der Heimat gehabt hätten [...] Die Marshallhilfe hat neben dem Freiheitssinn der breiten Masse des arbeitenden Volkes in Europa viel dazu beigetragen, die Demokratie in Österreich zu erhalten.“ – Adolf Schärf im April 1952¹

Der Marshall-Plan gilt nach wie vor als sehr erfolgreiches Wiederaufbauprogramm, was sich daran zeigt, dass immer wieder ein neuer Marshall-Plan gefordert wird, wenn irgendwo auf der Welt eine ökonomische Krise auftaucht. Dies führt zu einer sehr inflationären und unreflektierten Verwendung des Begriffs.²

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Entstehung des Marshall-Plans und soll aufzeigen, dass dieses amerikanische Hilfsprogramm keinesfalls unumstritten war. Um diesen Diskurs darstellen zu können, wird eine qualitative Inhaltsanalyse der beiden Zeitungen „Wiener Kurier“ und „Österreichische Zeitung“ nach Philipp Mayring durchgeführt. Das Anfangszitat von Adolf Schärf ist nur jene Meinung, die sich bei diesem Diskurs durchgesetzt hat. 1947 wurden der Marshall-Plan und seine Ziele noch sehr kritisch betrachtet. Zu seinem Erfolg hat unter anderem eine beispiellose Werbekampagne beigetragen.³ Ein wichtiges Instrument für diese Werbekampagne in Österreich war unter anderem der „Wiener Kurier“, der als Besatzungsarmeezeitung der USA ausschließlich positiv über den Marshall-Plan berichtete. Die „Österreichische Zeitung“ hingegen, die die Besatzungsarmeezeitung der Sowjetunion war, brachte vor allem negative Argumente gegen den Marshall-Plan vor. Im Hinblick auf die wachsenden Ost-West-Spannungen des Jahres 1947⁴ wird in dieser Arbeit die jeweils sehr einseitige Berichterstattung der beiden Zeitungen zum Marshall-Plan analysiert und gegenübergestellt.

Für Österreich war eine Teilnahme am Marshall-Plan wirtschaftlich sehr verlockend, aber politisch riskant, da mit der Sowjetunion eine Besatzungsmacht den

¹ Günter Bischof, Hans Petschar, Der Marshall Plan. Die Rettung Europas und der Wiederaufbau Österreichs (Wien 2017) 8.

² Hans Jürgen Schröder, Informationskampagnen zum Marshall-Plan. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 112 (2007) 43.

³ Schröder, Informationskampagnen zum Marshall-Plan, 43.

⁴ Rolf Steininger, Der Kalte Krieg (Frankfurt am Main 2006) 17.

Osten des Landes kontrollierte, die dem Marshall-Plan ablehnend gegenüberstand. Die Teilnahme Österreichs an den Marshall-Plan-Verhandlungen im Sommer 1947 war ein Schritt zur Westintegration, welcher zwar vom Großteil der Bevölkerung und den beiden Großparteien ÖVP und SPÖ durchaus positiv gesehen wurde, aber im Hinblick auf die Eigenständigkeit des Landes, wofür man die Zustimmung der Sowjetunion brauchte, als riskantes Vorgehen zu sehen ist.⁵

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in zwei Teile, nämlich einen Teil, der die historischen Hintergründe vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Entstehung des Marshall-Plans betrachtet, und einen Teil, der sich mit den beiden Besatzungsarmeezeitungen „Wiener Kurier“ und „Österreichische Zeitung“ und deren Berichterstattung zum Marshall-Plan im Sommer 1947 auseinandersetzt.

Zuerst wird auf die unmittelbare Nachkriegszeit in Österreich eingegangen, um ein Verständnis zu schaffen, warum Österreichs Wirtschaft überhaupt ausländische Wirtschaftshilfe benötigte. Weiters wird auf die hauptsächlich US-amerikanischen Wirtschaftshilfen eingegangen, die keine nachhaltigen Verbesserungen für die österreichische und europäische Wirtschaft schaffen konnten. Aus diesen Erfahrungen entwickelte sich ein Umdenken in der US-Wirtschaftshilfepolitik, was wiederum zur Entwicklung des Marshall-Plans führte.

Die eigentliche Entstehung des Marshall-Plans wird in Kapitel vier, das den historischen Hintergrund für die qualitative Inhaltsanalyse liefert, behandelt. Die Methode und das genaue Vorgehen der Analyse wird in Kapitel sechs näher beschrieben. Vor der eigentlichen Inhaltsanalyse wird in Kapitel sieben eine Quellenkritik vorgenommen, bei der die österreichische Presseentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg und die beiden Zeitungen „Wiener Kurier“ und „Österreichische Zeitung“ thematisiert werden. In Kapitel acht und neun werden die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse zusammenfassend dargestellt, bevor in Kapitel neun die Forschungsfragen, die nun formuliert werden, beantwortet werden.

⁵ Technisches Museum, Österreichische Mediathek (Hg.), Marshall-Plan und Westintegration, online unter: <https://www.mediathek.at/staatsvertrag/wiederaufbau/marshallplan-und-westintegration/> (29. Mai 2019).

Die Forschungsfragen, die im Zuge dieser Arbeit bearbeitet werden, lauten:

1. Welche Argumente werden für oder gegen den Marshall-Plan vorgebracht? Inwiefern lässt sich in der Berichterstattung zum Marshall-Plan bereits ein Ost-West-Konflikt erkennen?
2. Welche Themen werden im Zusammenhang mit Österreich und dem Marshall-Plan angesprochen? Welche Rolle spielt Österreich bei den Planungen zum Marshall-Plan in der Berichterstattung?
3. Werden in den Zeitungen Alternativen zum Marshall-Plan angesprochen? Wie sehen diese aus und werden konkrete Vorschläge gemacht?

Ad 1) Da die jeweilige Positionierung der beiden Zeitungen gegenüber dem Marshall-Plan bereits durch den Hinweis auf die Herausgeberschaft klar ist, stellt sich die Frage, mit welchen Themen für oder gegen den Marshall-Plan argumentiert wurde. Zusätzlich stellt sich die Frage, ob sich in der Berichterstattung bereits Hinweise auf einen Ost-West-Konflikt finden lassen.

Ad 2) Da es sich beim „Wiener Kurier“ und bei der „Österreichische Zeitung“ um österreichische Besatzungsarmeezeitungen handelt, soll die Rolle Österreichs in der Berichterstattung zum Marshall-Plan näher betrachtet werden.

Ad 3) Da von der „Österreichische Zeitung“ hauptsächlich Kritik am Marshall-Plan geäußert wurde, stellt sich die Frage, ob über alternative Vorschläge berichtet wurde. Aber auch der „Wiener Kurier“ soll untersucht werden, ob mögliche Alternativen oder Ergänzungen zum Marshall-Plan thematisiert wurden.

2. Die unmittelbare Nachkriegszeit in Österreich

Am 29. März 1945 kamen die ersten Soldaten der Roten Armee im Burgenland an und marschierten Richtung Wien, wo bis 13. April 1945 die Kämpfe andauerten. Bei dieser Schlacht um Wien kamen 19 000 deutsche und 18 000 sowjetische Soldaten ums Leben.⁶ Manfred Rauchensteiner schreibt, dass die Besetzung Österreichs und insbesondere Wiens sehr wichtig für die Sowjetunion war, da die Kontrolle über Ost- und Nordostösterreich ausschlaggebend für das Schicksal Ungarns, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens war. Die Offensive wurde dann am 15. April 1945 eingestellt, da man sich von einem weiteren Vordringen nichts versprach, da die sowjetische Armee dabei Gebiete besetzt hätte, die später sowieso an die westlichen Besatzungsmächte gefallen wären.⁷ Die westlichen Bundesländer wurden erst Anfang Mai, also erst kurz vor der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, von den westlichen Alliierten besetzt.⁸

2.1. Politische Situation

Bereits am 1. April 1945, als sowjetische Truppen Gloggnitz erreichten, wurden sie auf den Staatskanzler der ersten Republik, Karl Renner, aufmerksam, der gegen Übergriffe der sowjetischen Soldaten eintrat. Karl Renner wurde, nachdem er in das sowjetische Hauptquartier in Hochwolkersdorf gebracht worden war, mit der Regierungsbildung beauftragt. Bereits am 14. April 1945 formierte sich die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) und am 17. April 1945 bildeten die Christlichsozialen und der Landbund die Österreichische Volkspartei (ÖVP). Am selben Tag organisierte sich auch die Kommunistische Partei Österreichs.⁹ Am 23. April 1945 einigten sich Karl Renner und die Parteivertreter über die Bildung einer provisorischen Regierung, wogegen es allerdings von den westlichen Alliierten noch Widerstand gab.¹⁰ Erst am 20. Oktober 1945 wurde die provisorische Regierung von allen vier Besatzungsmächten anerkannt, aber sie blieb bis zum Abschluss des zweiten Kontrollabkommens in ihrer Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt.¹¹ Die

⁶ Karl Vocelka, *Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik* (Graz/Wien/Köln 2000), 316.

⁷ Manfred Rauchensteiner, *Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955* (Graz 1995), 63-64.

⁸ Vocelka, *Geschichte Österreichs*, 316.

⁹ Vocelka, *Geschichte Österreichs*, 316-317.

¹⁰ Ernst Bruckmüller, *Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen*. In: Ernst Bruckmüller, *Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn?* (Wien 2006), 13-14.

¹¹ Bruckmüller, *Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen*, 14-16.

ersten freien Wahlen seit 15 Jahren am 25. November 1945 brachten ein durchaus überraschendes Ergebnis. Die ÖVP erhielt 85 Mandate, die SPÖ 76 und die Kommunisten erreichten vier Mandate. Überraschend war dabei, dass die ÖVP, trotz der austrofaschistischen Vergangenheit ihrer Vorgängerpartei, die absolute Mehrheit erreichte und dass die KPÖ lediglich vier Mandate erhielt, obwohl ihr US-amerikanische Prognosen bis zu 15 Prozent der Stimmen zugetraut hatten. Die drei Parteien bildeten auch nach den Wahlen eine Konzentrationsregierung.¹²

Ebenfalls sehr wichtig für Österreichs Zukunft waren zwei Entscheidungen der Alliierten Mächte, die in Moskau 1943 und bei der Potsdamer Konferenz von 1945 getroffen wurden. Die Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 legte fest, dass Österreich als selbstständiger Staat wiederhergestellt und als Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands behandelt werden sollte. Die Formulierung in der Moskauer Deklaration lautete folgendermaßen:

„Austria, the first free country to fall a victim to Hitlerite aggression, shall be liberated from German domination. They [England, USA und Sowjetunion] regard the annexion imposed on Austria by Germany on March 15, 1938 as null and void.“¹³

Allerdings wurde darauf hingewiesen, dass sich Deutschland *„zu diesem Zwecke österreichischen Gebietes, österreichischer Truppen und materieller Hilfsquellen bediente“¹⁴* und somit eine gewisse Mitverantwortung Österreichs bestünde. Diese Formulierung in der Moskauer Deklaration, dass Österreich das erste Opfer Hitlers war, bildete nicht nur die Grundlage für den Opfermythos¹⁵, sondern ermöglichte auch die relativ rasche Regierungsbildung, die Teilnahme am UNRRA-Hilfsprogramm und schließlich auch die Teilnahme am Marshallplan.¹⁶

Bei der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 wurde im 1. Kontrollabkommen unter anderem entschieden, dass das deutsche Auslandsvermögen in Österreich als Reparation herangezogen werden solle.¹⁷ Außerdem wurde bei dieser Konferenz

¹² Vocelka, Geschichte Österreichs, 319.

¹³ Vocelka, Geschichte Österreichs, 317.

¹⁴ Hans Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (Wien 2005), 343.

¹⁵ Vocelka, Geschichte Österreichs, 319.

¹⁶ Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 343.

¹⁷ Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 343.

ein Zonenabkommen beschlossen, das die Aufteilung Österreichs und Wiens unter den Besatzungsmächten regelte.¹⁸

2.2. Wirtschaftliche Situation

Die wirtschaftliche Situation Österreichs schien auf den ersten Blick katastrophal, allerdings war die Ausgangsposition für Österreich im April 1945 bedeutend besser als noch im Herbst 1918. So wurde Österreich auch dieses Mal von einem größeren Wirtschaftsraum getrennt, allerdings betraf dies 1945 im Großen und Ganzen nur den Rüstungssektor.¹⁹ Allerdings brauchte man für den Wiederaufbau viele Güter, die nicht zur Verfügung standen, und die Industrie, die diese Güter herstellen sollte, funktionierte noch nicht in dem Ausmaß wie benötigt.²⁰ Dies hatte mehrere Gründe, auf die ich in den folgenden Absätzen eingehen möchte.

In den ersten Nachkriegsmonaten kam es zu einer starken Demontage von Industrieanlagen, vor allem durch die Besatzungsmacht der UdSSR, zum Teil aber auch durch Frankreich. Diese „Kriegsbeute und Trophäenaktion“²¹, wie Dieter Stiefel diese erste Phase der sowjetischen Demontage und Beschlagnahmung nannte, führte dazu, dass Österreich einen starken Rückgang von Industriearüstung zu verzeichnen hatte.²² Von 1937 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges vermehrte sich der Bestand an Werkzeugmaschinen um 51,9 %, während bis Jänner 1946 der Bestand auf ein niedrigeres Niveau fiel als vor dem Krieg. (siehe Tabelle 1)²³

Tabelle 1: Veränderungen im Bestand an Werkzeugmaschinen (gerundet) in der österreichischen Investitionsgüter-Industrie 1937-1946²⁴

	Dezember 1937	April 1945	Jänner 1946
Zahl	60 700	92 200	49 600
Veränderung in %		+51,9%	-46,2%

Dass diese Demontagen hauptsächlich in den östlichen Bundesländern stattfanden, ist nur ein Beispiel dafür, dass Österreichs Wiederaufbau von einem starken

¹⁸ Rauchensteiner, Der Sonderfall, 342-343.

¹⁹ Fritz Weber, Wiederaufbau zwischen Ost und West. In: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emerich Talos (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur (Wien 1996), 71.

²⁰ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 20.

²¹ Dieter Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns: Die ökonomische Benachteiligung der sowjetischen Besatzungszone. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999), 116.

²² Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 21.

²³ Fritz Weber, Wiederaufbau zwischen Ost und West, 73.

²⁴ Entnommen aus: Weber, Wiederaufbau zwischen Ost und West, 73

Unterschied zwischen Osten und Westen geprägt war. Diese Benachteiligung des Ostens begann allerdings nicht erst mit der Besatzungszeit, sondern hatte ihren Ursprung bereits 1938 mit dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich. In der Zeit des Nationalsozialismus gab es eine Verlagerung der kriegswichtigen Industrie von den östlichen Bundesländern in die westlichen und hier vor allem nach Oberösterreich, Salzburg und Tirol.²⁵ Dieser Trend setzte sich auch noch nach Kriegsende fort, da viele Unternehmer ihre Betriebe aus „der ‚Russenzone‘ in den *Goldenen Westen*“²⁶ verlagerten. So gab es in Oberösterreich 1937 500-600 Industriebetriebe, 1946 waren es bereits 1100.²⁷ Auch die Zerstörungen durch den Krieg waren im Osten bedeutend höher als im Westen. So lagen 70% der zerstörten Industriebauten Österreichs in Niederösterreich. Außerdem waren im Osten 60% der gesamten Bahnstrecken nicht passierbar, wohingegen im Westen nur 30% unpassierbar waren.²⁸ Dieter Stiefel führt auch einen direkten Vergleich der unmittelbaren Kriegsschäden an industriellen Anlagen an, der für die östlichen Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland mit 1,3 Milliarden Schilling und für Westösterreich mit 0,1 Milliarden Schilling beziffert wurde.²⁹

„Welche Daten wir auch immer betrachten, das Bild ändert sich nicht: Ostösterreich war vom Krieg und den unmittelbaren Nachkriegsereignissen weit stärker in Mitleidenschaft gezogen als der Westen des Landes.“³⁰

Die Besatzungszonen waren bis zum zweiten Kontrollabkommen fast vollkommen voneinander abgeschottet, was einen Warenaustausch mit dem Ausland leichter machte als mit einer benachbarten Besatzungszone.³¹ Zum Beispiel exportierten die britische und die amerikanische Zone Papier ins Ausland, während in der sowjetischen und der französischen Zone ein Papiermangel herrschte. Ein anderes Beispiel wäre der Tausch von oberösterreichischem Soda gegen böhmisches Glas, während die Glasindustrie in Niederösterreich dringend Soda benötigt hätte. Fritz Weber sieht zwar durchaus egoistische Tendenzen der einzelnen Zonen,

²⁵ Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 111-112.

²⁶ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 22.

²⁷ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 22.

²⁸ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 22.

²⁹ Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 112. Die Angaben beziehen sich auf den Schillingwert von 1945.

³⁰ Weber, Wiederaufbau zwischen Ost und West, 74.

³¹ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 21.

weist aber darauf hin, dass die strengste Zonentrennung in einer Zeit herrschte, in der der Transport aufgrund von Kriegsschäden und Treibstoffmangel schwierig zu organisieren war. Die Zonenbarrieren wurden Schritt für Schritt abgebaut, als auch die größten Schwierigkeiten überwunden waren. Deshalb kann man sagen, dass nicht die Zonentrennung das große Hindernis für die Produktionssteigerung war, sondern der Mangel an Brennstoffen, Rohstoffen, FacharbeiterInnen und Transportmitteln.³²

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Frage nach dem „Deutschen Eigentum“ in Österreich. Auf der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 wurde beschlossen, dass das Eigentum des Deutschen Reiches und deutscher Staatsbürger, als Kriegsbeute oder Reparationszahlungen von den Alliierten Mächten in Anspruch genommen werden dürfe.³³ Für Österreich stellte dies ein großes Problem dar, da 57% des Kapitals österreichischer Aktiengesellschaften im Eigentum von deutschen Anlegern bzw. Unternehmen standen.³⁴ Außerdem befanden sich von den 3600 Millionen Dollar deutschen Auslandsvermögens 1500 Millionen in Österreich.³⁵ Um zu verhindern, dass große Teile der österreichischen Wirtschaft der österreichischen Wirtschaftspolitik verloren gingen, wurde am 26.07.1946 das erste Verstaatlichungsgesetz, das 71 Betriebe betraf, verabschiedet.³⁶ Die Sowjetunion konnte nicht direkt gegen dieses Gesetz vorgehen, da das Verstaatlichungsgesetz kein Verfassungsgesetz war, allerdings wurde das Inkrafttreten in der sowjetischen Besatzungszone mit dem berühmten „Befehl Nr.17“ verhindert, indem betroffene Betriebe als „Deutsches Eigentum“ beschlagnahmt wurden. Dies betraf 29 der 71 Betriebe, die zur Verstaatlichung vorgesehen gewesen waren.³⁷

Die beschlagnahmten Betriebe wurden in zwei verschiedene Gruppen zusammengefasst. Einerseits wurde die gesamte Erdölwirtschaft unter die Sowjetische Mineralölverwaltung (SMV) gestellt und andererseits wurden die restlichen industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe unter dem Konzern USIA, der von Moskau aus

³² Weber, Wiederaufbau zwischen Ost und West, 74-75.

³³ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 22.

³⁴ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 22.

³⁵ Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 114. Die Angaben beziehen sich auf die Kaufkraft von 1938/39.

³⁶ Hannes Hofbauer, Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau (Wien 1992), 31.

³⁷ Hofbauer, Westwärts, 32.

gesteuert wurde, zusammengefasst³⁸ und waren so für die österreichische Wirtschaftspolitik nicht kontrollierbar. In Österreich wurden nun mehr als 300 Industrie- und Bergbaubetriebe, 140 land- und forstwirtschaftliche Betriebe durch die USIA kontrolliert.³⁹ Außerdem waren die Sowjetische Mineralölverwaltung (SMV), die Sowjetische Militärbank, die Wien-Film und die Donau Dampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) von der sowjetischen Besatzungsmacht verwaltet.⁴⁰ Ernst Bruckmüller schreibt, dass Österreich durch entfallene Steuern, weniger Investitionen und Substanzverzehr indirekt an die 2-2,5 Milliarden Dollar Reparationen bezahlte.⁴¹ Fritz Weber relativiert allerdings diese Aussagen, indem er schreibt, dass ca. 70% der USIA-Produktion dem österreichischen Binnenmarkt zugutekam. Der Schaden, der durch die Beschlagnahmen und die Integration in die USIA entstand, wäre daher eher psychologisch als ökonomisch zu bewerten. Größeren Schaden für die österreichische Industrie richteten die sowjetischen und französischen Demontagen direkt nach Kriegsende an, da dadurch die Wiederaufnahme der Produktion verzögert wurde.⁴²

Das Vorgehen der Sowjetunion lässt sich damit begründen, dass sie das am meisten vom Krieg beschädigte Land unter den Alliierten war.

„Während also die amerikanische Wirtschaft durch den Krieg boomte, ging es der Sowjetunion nicht besser als den Verlierern des Krieges: Das Land war verwüstet, die Industrie und Infrastruktur größtenteils zerstört.“⁴³

Da Österreich in der Moskauer Erklärung vom 1.11.1943 als erstes Opfer Hitler-Deutschlands⁴⁴ eingestuft wurde, konnten keine direkten Reparationszahlungen gefordert werden, und die Sowjetunion musste deshalb durch die Beschlagnahme des „Deutschen Eigentums“ in Österreich ihre Kriegsentschädigung lukrieren. Problematisch war allerdings die Unberechenbarkeit, mit der die Sowjetunion diese Beschlagnahmen vornahm, und dies führte unter anderem zu einer gewissen Angst und Ablehnung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht.⁴⁵

³⁸ Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 30.

³⁹ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 23.

⁴⁰ Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 116.

⁴¹ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 23.

⁴² Weber, Wiederaufbau zwischen Ost und West, 75-76.

⁴³ Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 115.

⁴⁴ Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 343.

⁴⁵ Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 115-116.

Die USA stimmten dem Verstaatlichungsgesetz gemeinsam mit Frankreich in einer etwas abgeschwächten Form, mit der Zusicherung, dass nur Betriebe verstaatlicht würden, die deutsche Beteiligungen hatten, zu. Ihre Strategie zur Schwächung der USIA war eine ökonomische Stärkung Westösterreichs.⁴⁶ Allerdings muss hier angemerkt werden, dass die USA leicht einen Standpunkt einnehmen konnte, der sie als großzügig erscheinen ließ, da in den USA das reale Sozialprodukt pro Kopf zwischen 1938 und 1945 um 63% stieg, wohingegen die Sowjetunion durch den Krieg 25% ihres Anlagevermögens verloren hatte.⁴⁷

2.3. Ernährungssituation

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann für viele Menschen erst der Kampf ums Überleben, da die Versorgungslage alles andere als gut war. Hannes Hofbauer schreibt dazu:

„Im Osten Österreichs war die Lage katastrophal, im Westen etwas besser, wobei die Steigerungsform von gut hier bestenfalls grammatikalisch richtig ist.“⁴⁸

Diese katastrophale Ernährungssituation kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lässt sich auf mehrere Gründe zurückführen.

Der kurzfristige Anstieg der Bevölkerung in Österreich spielte eine große Rolle. Zusätzlich zur österreichischen Zivilbevölkerung befanden sich ca. 1 Million alliierte Soldaten, 1,2 Millionen Kriegsgefangene (deutsche Wehrmachtsoldaten und verbündete Soldaten), ca. 590 000 „displaced persons“ (ehemalige KZ-Häftlinge und freigekommene alliierte Kriegsgefangene) und Flüchtlinge aus den deutschsprachigen Gebieten Jugoslawiens und der Tschechoslowakei in Österreich.⁴⁹

Die Landwirtschaft konnte nicht genügend Lebensmittel produzieren. Dies lag vor allem daran, dass viel Ackerfläche durch den Krieg zerstört wurde und es einen Mangel an Arbeitskräften, Maschinen, Düngemitteln und Treibstoff gab, aber auch die extremen klimatischen Bedingungen der Jahre 1946 und 1947 wirkten sich negativ auf die Lebensmittelproduktion aus.⁵⁰

⁴⁶ Hofbauer, Westwärts, 31-32.

⁴⁷ Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns, 115.

⁴⁸ Hofbauer, Westwärts, 33.

⁴⁹ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 19.

⁵⁰ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 18-20.

Weiters kam es zu Plünderungen durch verschiedene Gruppen. So plünderte die abrückende deutsche Wehrmacht, Banden, die sich kurzfristig formierten, einmarschierende alliierte Truppen und die Zivilbevölkerung.⁵¹ Hannes Hofbauer schreibt, dass dies „*natürlich nur im Osten Österreichs*“⁵² geschah und sich so unter der notleidenden Bevölkerung ein gewisser Antisowjetismus verbreitete, aber Ernst Bruckmüller weist darauf hin, dass von allen alliierten Soldaten, später einfach pauschal „die Russen“ genannt, geplündert wurde.⁵³

Wilfried Mähr führt mit der Zerstörung traditioneller Handelsbeziehungen und dem nicht benutzbaren Transportsystem weitere Gründe für die Notsituation an.⁵⁴

All dies führte dazu, dass im Mai 1945 ein/e Wiener/in im Schnitt mit 350 Kalorien pro Tag auskommen musste.⁵⁵ Karl Vocolka schreibt von 500 Kalorien, die einer Person in Wien im Mai 1945 zur Verfügung standen. Auch wenn diese Zahl etwas höher ist, beschreibt es, wie knapp Wien vor einer Hungerkatastrophe stand.⁵⁶ Während des Krieges lag der tägliche Kalorienwert noch bei 2000 bis 3000 Kalorien pro Tag, je nach Berufstätigkeit.⁵⁷ Eine kleine Erleichterung der Situation in Wien schuf die Maispende der Roten Armee, die 8000 Tonnen Mehl, 7000 Tonnen Getreide, 1000 Tonnen Erbsen, 200 Tonnen Fleisch und 200 Tonnen Zucker umfasste. In den westlichen Besatzungszonen konnte die tägliche Versorgung von 800 Kalorien aufrechterhalten werden und dies ist vor allem auf Hilfslieferungen der USA zurückzuführen.⁵⁸ Erst Ende 1946 konnte die tägliche Kalorienmenge auf 1550 erhöht werden und bis 1948 erreichte man 2100 Kalorien täglich für Normalverbraucher.⁵⁹ Unter allen Bundesländern hatte Wien das größte Versorgungsproblem, da bereits Ende April 1945 die Vorräte ausgingen.⁶⁰

Als Reaktion auf die Unterschiede in der Versorgung zwischen städtischen und ländlichen Regionen wurden zwischen 1945 und 1948 sogenannte „Hamsterfahrten“ der städtischen Bevölkerung ins ländliche Umland unternommen, um

⁵¹ Hofbauer, Westwärts, 33.

⁵² Hofbauer, Westwärts, 33.

⁵³ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 17-18.

⁵⁴ Wilfried Mähr, Der Marshallplan in Österreich (Graz/Wien/Köln 1989), 25-26.

⁵⁵ Hofbauer, Westwärts, 33.

⁵⁶ Vocolka, Geschichte Österreichs, 318.

⁵⁷ Hofbauer, Westwärts, 33.

⁵⁸ Bischof, Der Marshall Plan, 34-35.

⁵⁹ Vocolka, Geschichte Österreichs, 318.

⁶⁰ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, 18.

Nahrungsmittel zu beschaffen. Diese Art der Nahrungsmittelbeschaffung war zwar offiziell verboten, wurde aber weitestgehend toleriert, da sie überlebensnotwendig war.⁶¹ Die Menschen tauschten dabei oft ihr Vermögen ein, um ein wenig Brot, Fett, Eier und Zucker zu bekommen. Eine weitere Möglichkeit der Nahrungsmittelbeschaffung stellte der Schwarzmarkt dar. Hier konnten begehrte Lebensmittel und lebenswichtige Dinge wie Kleidung oder Heizmaterial gekauft werden, allerdings zu enormen Wucherpreisen. Hannes Hofbauer schreibt hier von dem 364-fachen im Vergleich zu den festgesetzten Preisen.⁶² Der Schwarzmarkt stellte ein großes Problem dar, da viele Bauern nicht ihre ganze Ernte bei der zuständigen Behörde ablieferten, sondern einen Teil am lukrativeren Schwarzmarkt verkauften.⁶³

⁶¹ *Mähr*, Der Marshallplan in Österreich, 25-26.

⁶² *Hofbauer*, Westwärts, 34.

⁶³ *Bischof*, Der Marshall Plan, 35.

3. Wirtschaftshilfe vor dem Marshallplan

Bevor über den Marshallplan diskutiert wurde, gab es bereits Wirtschaftshilfe, wie die vorhin bereits erwähnte Maispende der Roten Armee, die Nahrungsmittellieferungen der amerikanischen Besatzungsmacht (GARIOA), die Hilfe der Vereinten Nationen (UNRRA), die Kongresshilfe sowie die Interimshilfe der Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Wirtschaftshilfen waren vor allem Lebensmittellieferungen, die die größten Nöte lindern und stabilisierend auf Österreich wirken sollten. Außerdem waren diese meist von amerikanischer Seite initiierten Hilfsprogramme stark meinungsbildend und stellten die Grundlage für den späteren Marshallplan dar.⁶⁴

Die Hoffnungen der österreichischen Bevölkerung lagen eindeutig auf ausländischen Hilfslieferungen, aber auch die meisten Ökonomen setzten auf Auslandshilfe, anstatt eine Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung durch Reformen in der Landwirtschaft anzudenken. Hannes Hofbauer schreibt, dass diese Vorgehensweise nicht gerade produktiv gewesen sei, aber angesichts der aussichtslosen Lage durchaus verständlich. Einen Versuch einer Landreform, die die Selbstversorgung zum Ziel hatte, gab es von dem Kommunisten und Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Laurenz Genner und dem niederösterreichischen ÖVP Landeshauptmann Josef Reither. Dieses Experiment, das kurzfristige Landbesetzungen im Osten Österreichs mit sich brachte, scheiterte allerdings und die beiden Hauptprotagonisten wurden in den eigenen Parteien entmachteter.⁶⁵

Auch Hans Seidel ist der Meinung, dass Österreich lediglich eine Starthilfe benötigt hätte, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, wenn die Alliierten Österreich als befreites Land behandelt und keine österreichischen Ressourcen beansprucht hätten. Wie in Tabelle 2 dargestellt war die Auslandshilfe nicht sehr viel höher als die von den Alliierten und besonders von der Sowjetunion beanspruchten Güter und Leistungen.⁶⁶ In dieser Tabelle werden unter Reparationskosten die Demontagen von 1945 und die entgangenen Einnahmen aus der laufenden Produktion der USIA Betriebe und der SMV verstanden.⁶⁷

⁶⁴ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 25.

⁶⁵ Hofbauer, Westwärts, 35.

⁶⁶ Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 32.

⁶⁷ Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 470-476.

Tabelle 2: Vergleich der Besatzungskosten und der Quasi-Reparationen mit der Auslandshilfe in Millionen Dollar⁶⁸

	Dollarpreise 1955
Besatzungskosten	740 Millionen
Reparationen	790 Millionen
Kosten des Staatsvertrags	300 Millionen
Belastungen insgesamt	1830 Millionen
Zum Vergleich: Auslandshilfe	1920 Millionen

Bereits im Sommer 1945 begannen die United State Forces, Austria (USFA), unter der Führung von General Mark Clark ihre Arbeit in Österreich. Ihre Aufgabe war es, Österreichs Wiederherstellung als demokratisches Land mit stabiler Wirtschaft und gutem Lebensstandard zu gewährleisten. Dazu wurde vom amerikanischen Kriegsministerium Geld für die Government Aid and Relief in Occupied Areas (GAR-IOA) zur Verfügung gestellt. Die GARIOA unterstützte die besetzten Länder Deutschland, Japan und Österreich, indem sie Lebensmittel für Flüchtlinge, aber auch für die Bevölkerung lieferte.⁶⁹ Das Hauptziel dieses militärischen Versorgungsprogrammes war es, „*Krankheit und Aufruhr*“⁷⁰ in der US-amerikanischen Besatzungszone zu vermeiden, um so den Schutz der US-Soldaten sicherzustellen. Die Lieferungen bestanden aber nicht nur aus Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidung, sondern es wurde auch Kohle und Erdöl mitgeliefert, um die Grundbedürfnisse einigermaßen zu befriedigen. Dieses Programm verfolgte allerdings noch keine genaue Strategie und ein wirtschaftlicher Aufbau war auch noch nicht geplant. Es diente lediglich dazu, die größten Nöte der Bevölkerung zu überwinden.⁷¹

⁶⁸ Entnommen aus: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 32.

⁶⁹ Bischof, Der Marshall Plan, 55.

⁷⁰ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 26.

⁷¹ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 26-27.

Der Gesamtumfang der GARIOA-Hilfe umfasste von Kriegsende bis April 1946 131 Millionen Dollar⁷². Diese Waren wurden dann auf lokalen Märkten verkauft und der Counterpart-Wert betrug 1948 362 Millionen Schilling.⁷³ Wer schlussendlich über das Konto, auf das die Gegenwertmittel flossen, verfügen würde, war nicht genau definiert. Jedoch wurde vom Chef der Wirtschafts- und Finanzabteilung der USACA Arthur W. Marget die Auffassung vertreten, dass dieses Geld formell der österreichischen Bundesregierung zustünde, da diese auch die finanzielle Verantwortung für die GARIOA-Lieferungen übernahm, indem sie der US-Militärregierung Empfangsbestätigungen ausstellte. Die einzigen Bedingungen, die von der US-Militärregierung gestellt wurden, waren, dass die Gegenwertmittel von Österreich gesammelt werden mussten, dass die Waren nicht verschenkt werden durften und dass die Verwendung dieser Gelder an eine Zustimmung der amerikanischen Besatzungsmacht geknüpft war.⁷⁴ Obwohl die Belieferung in den Besatzungszonen durchaus unterschiedlich ausfiel, hätte es in den ersten Nachkriegsmonaten ohne die GARIOA-Lieferungen weitaus mehr Hungertote gegeben.⁷⁵

Im Gegensatz zur GARIOA war die Hilfe der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) ein Hilfsprogramm der Vereinten Nationen und bot so die Möglichkeit einer einheitlichen Verteilung der Lebensmittel. Das UNRRA-Programm wurde bereits 1943 gegründet und hatte das Ziel, dass jenen Gebieten, die von den Alliierten befreit wurden, eine sofortige Hilfe zukam. Finanziert wurde das Programm zu 73% von den USA, zu 17% von Großbritannien und die restlichen 10% wurden von Kanada, Australien, Brasilien, Indien, Südafrika, Neuseeland und einigen anderen Staaten zur Verfügung gestellt. Die USA war allerdings nicht unbedingt der größte Befürworter des UNRRA Programms, da Reparationsforderungen, vor allem von der sowjetischen Besatzungsmacht, befürchtet wurden.⁷⁶ Hannes Hofbauer weist aber darauf hin, dass die UNRRA einen idealen Partner für die USA darstellte, da man so einerseits die landwirtschaftlichen Absatzprobleme, die durch Überproduktion entstanden waren, in den Griff bekommen

⁷² Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 248. Laut Bischof, Der Marshall Plan, 55 wurden bis März 1946 sogar 142 Millionen Dollar an Lebensmitteln und anderen Waren an Österreich geliefert.

⁷³ Bischof, Der Marshall Plan, 55.

⁷⁴ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 176-177.

⁷⁵ Bischof, Der Marshall Plan, 55.

⁷⁶ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 28-30.

konnte und andererseits konnte die USA sich unter den Schlagworten Humanität und Hilfe nach außen hin positiv präsentieren.⁷⁷

Da die UNRRA-Lieferungen nur für befreite Länder vorgesehen waren, war der Status von Österreich im April 1945 noch relativ unklar. Erst im August 1945 bei einer Sitzung des UNRRA Rates in London wurde schließlich entschieden, dass Österreich als befreites Land am UNRRA-Hilfsprogramm teilnehmen konnte, falls der Alliierte Rat dafür stimmte. Die ersten Lieferungen kamen aber erst im April 1946, da Uneinigkeit zwischen den Besatzungsmächten herrschte.⁷⁸

Im Frühjahr 1946 herrschte eine weltweite Nahrungsmittelkrise, was sich auch auf die vorgesehene Mindestration von 1550 Kalorien pro Tag und Normalverbraucher auswirkte. So begann der tägliche Kaloriensatz genau bei der Übernahme der Versorgung durch die UNRRA auf 1200 Kalorien zu sinken, in der sowjetischen Zone sogar auf 800 Kalorien. Es ergab sich ein Engpass in der Versorgung, da nur die britische und die amerikanische Besatzungsmacht die vereinbarte Menge von jeweils 39 000 Tonnen an Lebensmitteln lieferten. Die Sowjetunion lieferten nur 12 000 der vereinbarten 39 000 Tonnen und Frankreich lediglich 3000 Tonnen. Da alle Lebensmittel gleichmäßig verteilt wurden, kam es auch in der britischen und der amerikanischen Zone zu einer Verminderung der täglichen Kalorienmenge.⁷⁹ Für Österreich gab es lediglich 117 Millionen Dollar aus der UNRRA-Hilfe, was im Vergleich zu den 4 Milliarden Dollar, was an UNRRA Hilfe im Zeitraum zwischen 1943 und 1947 bezahlt wurde, relativ wenig ist. Geliefert wurden vor allem Lebensmittel, aber auch Treibstoff, Kleidung und medizinische Hilfsgüter.⁸⁰ Nach dem Auslaufen der UNRRA-Hilfe kam es zu einer Wende in der US-Wirtschaftshilfepolitik. Mit zunehmender Verschärfung des Kalten Krieges sollte eine zukünftige Wirtschaftshilfe nur mehr auf Basis von bilateralen Verträgen gestaltet werden, da so die USA, der Hauptgeldgeber der UNRRA-Hilfe, die Vergabe der Gelder selbst steuern konnten.⁸¹

⁷⁷ Hofbauer, Westwärts, 35.

⁷⁸ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 30-31.

⁷⁹ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 38.

⁸⁰ Hofbauer, Westwärts, 36.

⁸¹ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 40-41.

Im Hinblick auf die steigenden Spannungen im Kalten Krieg, mit vorläufigem Höhepunkt der Krise in Griechenland im ersten Halbjahr 1947, wurden vom amerikanischen Kongress neue Hilfsprogramme vorangetrieben, die neben wirtschaftlichen auch ganz klar politische Ziele verfolgten. Das interministerielle State-War-Navy Coordinating Committee (SWNCC) empfahl Maßnahmen zu ergreifen, um das österreichische Handelsdefizit auszugleichen, und Hilfsprogramme auszuarbeiten, die die auslaufende UNRRA-Hilfe ersetzen sollten. Dabei sollte einerseits Österreich als eine Wirtschaftseinheit behandelt werden, aber andererseits sollte, anders als noch bei der UNRRA-Hilfe, die USA die alleinige Aufsicht übernehmen.⁸²

Vom Umfang her war dieses Hilfsprogramm, das später als Kongresshilfe bekannt wurde, mit 350 Millionen Dollar relativ klein konzipiert. Das neue Element dieser Wirtschaftshilfe war die implizierte antikommunistische Ausrichtung. So waren am Beginn der Planungen China, Italien, Griechenland, Österreich, Polen und Ungarn als Zielländer dieser Hilfe vorgesehen. Jedoch wurde Ungarn nach dem Sturz von Premierminister Ferenc Nagy und Polen, nachdem die Einladung zur Teilnahme an den Marshall-Plan Verhandlungen abgelehnt wurde, zu Beginn der Kongresshilfe ausgeschlossen. Österreich wurde vor allem wegen der problematischen Versorgungssituation in das Hilfsprogramm aufgenommen und weniger aufgrund einer kommunistischen Bedrohung. Die Kongresshilfe kann durchaus als Vorgänger zum Marshall-Plan angesehen werden, da bereits die politischen Zielsetzungen enthalten waren, es fehlte lediglich ein gesamteuropäisches Integrationskonzept.⁸³

Am 31. Mai 1947 wurde das Public Law 84, das schlussendlich Frankreich, Italien, China und Österreich betraf, verabschiedet.⁸⁴ Für Österreich waren dabei 90 Millionen Dollar vorgesehen und das Foreign Relief Program (FRP), wie die Kongresshilfe auch genannt wurde, lief von Juli 1947 bis Dezember 1947.⁸⁵ Die UdSSR konnte mit der Unterzeichnung des bilateralen Abkommens zwischen den USA und Österreich nicht einverstanden sein, da sie nun ihre eigenen Interessen gefährdet sah und keinen Einfluss mehr auf die Hilfslieferungen nehmen konnte. Die

⁸² *Bischof*, Der Marshall Plan, 58.

⁸³ *Mähr*, Der Marshallplan in Österreich, 44.

⁸⁴ *Bischof*, Der Marshall Plan, 58.

⁸⁵ *Mähr*, Der Marshallplan in Österreich, 248.

rechtliche Grundlage des FRP stellte das zweite Kontrollabkommen dar, durch das, auch auf Bestreben der Sowjetunion, die Möglichkeit für einen Abschluss von bilateralen Abkommen geschaffen wurde. Aufgrund der politischen Ausrichtung der Kongresshilfe, die die Einflussnahme von kommunistischen Gruppierungen verhindern sollte, wurden keine US-Beobachter in die Ostzone gelassen und deshalb war es wiederum nicht möglich, Nahrungsmittel aus der Kongresshilfe in das sowjetische Besatzungsgebiet zu bringen, da die Lieferungen unter amerikanischer Aufsicht stattfinden mussten. Um eine politische Krise und damit die Spaltung des Landes zu verhindern, wurden nun „War-Department-Nahrungsmittel“ in die sowjetische Besatzungszone geschickt und die „State-Department-Nahrungsmittel“ wurden in den westlichen Besatzungszonen verteilt. So kann man sagen, dass die Kongresshilfe nur den westlichen Besatzungszonen zugutekam und somit bereits einen Schatten auf die laufenden Marshallplan-Verhandlungen warf.⁸⁶

Die Interimshilfe begann am 1. Jänner 1948 und lief bis zum 30. April 1948. Wie schon der Name sagt, war die Interimshilfe nur eine Überbrückung der Zeit zwischen dem Auslaufen der Kongresshilfe und dem Beginn der Marshallplan-Hilfe. Diese Hilfe wurde notwendig, da die Verhandlungen zum Marshallplan länger dauerten als erwartet, deshalb wurde das europäische Wiederaufbauprogramm in zwei Etappen angelegt. Zuerst sollte die Interimshilfe bedürftigen Ländern, wie Österreich, Frankreich und Italien, die Versorgung mit lebenswichtigen Lebensmitteln garantieren, und dann sollte das ERP den Wiederaufbau Europas übernehmen.⁸⁷ Die Interimshilfe hatte einen Umfang von 577 Millionen US Dollar, wovon 65 Millionen US Dollar für Österreich verwendet wurden.⁸⁸ Die Interimshilfe kam, im Gegensatz zur Kongresshilfe, ganz Österreich zugute, da nun keine Überwachung durch amerikanisches Personal mehr notwendig war. Diese Änderung wurde bereits im Hinblick auf den Marshallplan vorgenommen, da auch dieser Gesamtösterreich miteinbeziehen sollte, um einer Spaltung des Landes entgegenzuwirken.⁸⁹

⁸⁶ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 47-52.

⁸⁷ Wilfried Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. Die amerikanische Finanz- und Wirtschaftshilfe an Österreich in den Jahren 1945-1950 (Wien 1985), 168-170.

⁸⁸ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 248.

⁸⁹ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 53.

Diese dem Marshallplan vorangegangenen Hilfsprogramme waren laut Wilfried Mähr stark meinungsbildend und ermöglichten in gewisser Weise erst den Marshallplan in der endgültigen Form.⁹⁰

„Dabei stellt sich heraus, daß jede dieser kleinen Wirtschaftshilfen nicht nur für Österreich ihre ganz spezifische Charakteristik und Bedeutung hatte, sondern auch für die amerikanische Regierung im Hinblick auf die Planung und Durchführung weiterer Hilfsprogramme. Man kann durchaus von einem ‚logischen Ablauf‘ der einzelnen Hilfsprogramme und von einem ‚Lernprozeß der US-Administration‘ sprechen.“⁹¹

⁹⁰ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 21.

⁹¹ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 19.

4. Die Entstehung des Marshall-Plans

Der Beginn der Marshall-Plan-Idee wird von Wilfried Mähr für den Zeitraum zwischen Herbst 1946 und Frühjahr 1947 angesetzt, als die USA ihre Wirtschaftshilfepolitik überdachte und die Containment-Politik gegenüber der UdSSR einsetzte. Die USA setzte dabei zuerst wieder vermehrt auf bilaterale Wirtschaftshilfsprojekte wie die Kongresshilfe und die Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei und Griechenland. Das heißt, hier fand ein Übergang von der internationalen Wirtschaftshilfe, wie der UNRRA, zu einer bilateralen Wirtschaftshilfe statt. Im Frühjahr/Sommer 1947 änderten die USA diese Vorgehensweise in der Wirtschaftshilfe wiederum von einer bilateralen zu einer multilateralen. Die USA reagierte somit auf die vorangegangenen Wiederaufbauprogramme und kam zu der Einsicht, dass nur ein europaweiter und auf gegenseitiger Kooperation beruhender Wiederaufbauplan die Krise in Europa abwenden könne.⁹²

„Man ist geneigt zu sagen, der Marshallplan mußte kommen, wenn nicht unter diesem Namen, dann unter einem anderen.“⁹³

Neben der Veränderung in der Wirtschaftshilfepolitik, die durch die Erfahrungen von vorangegangenen Hilfsprogrammen erfolgte, war der Marshall-Plan auch ein Versuch, verschiedene Hindernisse zu überwinden. Die wirtschaftlichen Probleme Europas waren laut US-Wirtschaftsplaner größer als erwartet und in Europa drohte eine Rückkehr zum Protektionismus, was für die USA zum Verlust des europäischen Absatzmarktes geführt hätte. Allerdings weigerte sich der US-Kongress neue Kredite zu genehmigen und die amerikanische Bevölkerung konnte nicht von der Open-Door-Politik, die auf Handelsliberalisierung abzielte, überzeugt werden. Ein zweites Hindernis stellte die Deutschland-Frage dar, denn die USA sah im Wiederaufbau der deutschen Industrie, und hier war vor allem das Ruhrgebiet gemeint, das Kernstück des europäischen Wiederaufbaus, allerdings wehrte sich die französische Regierung dagegen, da diese die deutschen Ressourcen für den französischen Wiederaufbau nutzen wollte. Der Marshall-Plan sollte ein ganzheitliches Konzept werden, der neben diesen ökonomischen Interessen auch die

⁹² Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 199.

⁹³ Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 199.

politischen Interessen, nämlich die Eindämmung der vermeintlichen sowjetischen Expansion, garantieren sollte.⁹⁴

4.1. Krise in Europa

Im Jänner 1947 wurde der amerikanische Außenminister James F. Byrnes von General George C. Marshall, der als „unpolitische“ Persönlichkeit galt und so den Außenminister darstellte, der am ehesten eine von beiden Parteien getragene Außenpolitik betreiben konnte, abgelöst. Marshall sah sich im Frühjahr 1947 mit einer wirtschaftlichen und sozialen Krise in Europa konfrontiert, die vor allem auf die schlechte Ernte des Jahres 1946 und den sehr kalten Winter von 1946/47 zurückzuführen war.⁹⁵

Für die USA galt es, diese Krise mit allen Mitteln zu lindern, da man eine kommunistische Machtübernahme in den westlichen Ländern Europas befürchtete. Wilfried Loth beschreibt das Bild, das amerikanische Wirtschaftsplaner zeichneten, als geradezu apokalyptisch. Neben einer kommunistischen Bedrohung wurde auch die Rückkehr zu protektionistischen Maßnahmen der europäischen Länder befürchtet und die eigene Open-Door-Politik somit als gefährdet angesehen. Ein weiterer Punkt, der für eine umfassende US-Wirtschaftshilfe sprach, war die Gefahr, den europäischen Absatzmarkt durch eine Krise zu verlieren, womit in den USA eine Überproduktionskrise gedroht hätte.⁹⁶

Historiker Alan S. Milward behauptet, dass es 1947 in Europa keine Krise gab. Diese sei lediglich von der US-Regierung heraufbeschworen worden, um die eigenen Interessen in Westeuropa durchsetzen zu können. So wurde auch die kommunistische Gefahr übertrieben dargestellt, um die amerikanische Öffentlichkeit für eine aktivere Außenpolitik zu mobilisieren.⁹⁷ Wilfried Loth führt hierzu an, dass der Produktionsindex der sechzehn späteren Teilnehmerländer des Marshall-Plans auf 83% des Vorkriegsstandes gesunken war. Eben diese sechzehn Länder erzielten 1947 ein Zahlungsbilanzdefizit von 7,5 Milliarden Dollar, während die USA im selben Zeitraum einen Überschuss von 10 Milliarden Dollar erwirtschafteten. Vom

⁹⁴ Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955 (München 2000) 156.

⁹⁵ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 56.

⁹⁶ Loth, Die Teilung der Welt, 159.

⁹⁷ Alan S. Milward, The Reconstruction of Western Europe 1945-1951 (Berkeley 1984) 4-5, zit. nach Bischof, Der Marshall Plan, 59.

amerikanischen Standpunkt aus war die Situation in Westeuropa durchaus als krisenhaft zu bezeichnen, allerdings war diese Talfahrt der europäischen Wirtschaft bereits beendet, als der Marshall-Plan einsetzte. Dies war vor allem auf das Überangebot an qualifizierten Arbeitskräften, die eine hohe Investitionsrate zuließen, zurückzuführen, und weniger auf die amerikanischen Hilfgelder. In der Öffentlichkeit wurde allerdings dieser Aufschwung kaum wahrgenommen, da der Mangel an Nahrungsmitteln eine ausweglose Situation suggerierte.⁹⁸

Im Jänner 1947 wurde Herbert Hoover, ehemaliger republikanischer Präsident, im Auftrag von Präsident Truman nach Deutschland und Österreich geschickt, um einerseits Bericht über die dortige wirtschaftliche Lage zu erstatten und andererseits eine Möglichkeit zu finden, wie man die amerikanischen Steuerzahler von der „Last der Hilfsleistungen“, wie dies Truman formulierte, entlasten könnte.⁹⁹ Am 18. März 1947 präsentierte Hoover drei Berichte. Jeweils einen Bericht über die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich und einen dritten mit dem Titel: *„Necessary Steps for Promotion of German Exports, so as to Relieve American Taxpayers of the Burdens of Relief and for Economic Recovery of Europe.“*¹⁰⁰ Hoover empfahl darin, dass die Restriktionen gegen die deutsche Industrie aufgehoben werden sollten und der Abtransport und die Zerstörung von deutschen Fabriken und Produktionsanlagen gestoppt werden müsste, um die amerikanischen Steuerzahler zu entlasten. Diese Idee wurde vom War-Department bereits diskutiert, aber erst durch den Hoover-Bericht rückte der deutsche Wiederaufbau verstärkt in den Fokus der US-Administration.¹⁰¹

Dem Wiederaufbau Deutschlands stand allerdings die französische Regierung mit dem Vetorecht im Alliierten Kontrollrat entgegen, da Frankreich die Abtrennung der Ruhr und des Rheinlandes vom deutschen Staatsverband und eine ökonomische Nutzung dieser Gebiete forderte.¹⁰²

⁹⁸ Loth, Die Teilung der Welt, 157-159.

⁹⁹ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 57.

¹⁰⁰ Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 206-207.

¹⁰¹ Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, 206-207.

¹⁰² Loth, Die Teilung der Welt, 160.

4.2. Moskauer Außenministerkonferenz

Die vom 10. März bis 25. April 1947 stattfindende Moskauer Außenministerkonferenz gilt laut Martina Kessel als offizielle Wende in den Deutschlandverhandlungen.¹⁰³ Die Wende charakterisierte sich dahingehend, dass die Moskauer Konferenz an der Deutschlandfrage scheiterte und zu einer Rekonstruktion Westdeutschlands ohne Rücksicht auf die deutsche Wirtschaftseinheit führte.¹⁰⁴ Die Konferenz scheiterte vor allem an der Reparationsfrage und an der fehlenden amerikanischen und sowjetischen Kompromissbereitschaft. Aber auch das britische Containmentkonzept wurde in Moskau durchgesetzt, das durch ein Scheitern der Konferenz die Sowjetunion in ihrer Zone festsetzen sollte. Zeitgleich sollte eine Steigerung des Industrieniveaus die separate Entwicklung der Westzonen sichern.¹⁰⁵

Großbritannien wollte die Kohle- und Stahlproduktion im Ruhrgebiet steigern, um die schwierige wirtschaftliche Lage Großbritanniens zu überwinden. Allerdings erreichte der britische Plan, der eine Hebung des Industrieniveaus vorsah, keine Vier-Mächte-Zustimmung, weil sich einerseits die vier Mächte nicht auf ein Verhältnis zwischen Industrieplan, Ex- und Importen und Reparationen einigen konnten und andererseits Frankreich gegen eine Erhöhung der deutschen Industrieproduktion war. Aus diesem Grund wurden bilaterale Verhandlungen zwischen Marshall und Bevin abgehalten, die sich auf eine Reorganisation der Bizone einigten, um dadurch eine Produktionssteigerung zu ermöglichen. Dieser Plan sollte allerdings noch nicht veröffentlicht werden, da Marshall eine negative französische Reaktion erwartete und noch Zeit benötigte, um die französische Regierung von der Notwendigkeit einer deutschen Produktionssteigerung zu überzeugen.¹⁰⁶

Anfang April 1947 konnten sich Bevin, Molotow und Marshall in Abwesenheit von Bidault auf die Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung, eines deutschen Konsultativrates und einem schrittweisen Aufbau einer provisorischen deutschen Regierung einigen. Diese Fortschritte wurden durch die Kompromissbereitschaft Molotows ermöglicht, allerdings gab es kein Nachgeben von der sowjetischen

¹⁰³ Martina Kessel, *Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947* (München 1989) 211.

¹⁰⁴ Mähr, *Von der UNRRA zum Marshallplan*, 217.

¹⁰⁵ Kessel, *Westeuropa und die deutsche Teilung*, 211.

¹⁰⁶ Mähr, *Der Marshallplan in Österreich*, 62-63.

Seite in der Reparationsfrage, weshalb Marshall, entgegen des Rates von General Clay in dieser Frage etwas nachzugeben, die Moskauer Außenministerkonferenz scheitern ließ. Die von Stalin vorgebrachte Bitte, dass die Verhandlungen fortgesetzt werden sollten, interpretierte Marshall als bewusste Verzögerung der deutschen Lösung und damit als bewusste Provokation des Zusammenbruchs Europas. Dies war eine verbreitete Angst in amerikanischen Regierungskreisen, da man glaubte, dass aus einer europäischen Krise die kommunistischen Parteien gestärkt hervorgehen könnten.¹⁰⁷ Marshall begründete den Abbruch der Moskauer Konferenz in einer Rundfunkbotschaft an die Nation mit folgenden Worten:

„Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. Darum glaube ich nicht, daß wir einen Erschöpfungskompromiß abwarten dürfen.“¹⁰⁸

George C. Marshall erwähnte in dieser Rede auch die Verhandlungen über Österreich, die bereits weit fortgeschritten waren. Aber auch hier scheiterte eine Lösung an den sowjetischen Reparationsforderungen und an den jugoslawischen Gebietsforderungen an Österreich, die von der Sowjetunion unterstützt wurden. George C. Marshall behauptete, wenn die USA die Forderungen der Sowjetunion bezüglich des deutschen Eigentums in Österreich akzeptiert hätten, so wäre ein großer Teil der österreichischen Wirtschaft der Kontrolle des Landes entzogen worden, womit die Aussicht auf einen eigenständigen, sich selbst versorgenden österreichischen Staat gefährdet gewesen wäre.¹⁰⁹

Marshall selbst sah den Beginn der ERP-Planungen bei der Moskauer Außenministerkonferenz im März/April 1947. Laut Marshall hatte die USA nach dem Scheitern der Konferenz zwei Möglichkeiten: Rückzug aus Europa oder Unterstützung beim europäischen Wiederaufbau.¹¹⁰ Die offizielle Ankündigung eines europäischen Wiederaufbaus dauerte allerdings noch bis zur Rede von Marshall an der Harvard Universität am 5. Juni 1947.

¹⁰⁷ Loth, Die Teilung der Welt, 161-162.

¹⁰⁸ Loth, Die Teilung der Welt, 162.

¹⁰⁹ Bischof, Der Marshall Plan, 61.

¹¹⁰ John Gimbel, Die Entstehung des Marshall-Plans. In: Othmar Nikola Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt am Main 1986) 27-28.

4.3. Truman-Doktrin

Der Anlass, der zur Truman-Doktrin führte, war die britische Ankündigung, die wirtschaftliche und militärische Hilfe für Griechenland und die Türkei mit Ende März 1947 einzustellen. Für die US-Administration war bereits klar, dass sie die Rolle Großbritanniens übernehmen würde, aber man musste den Kongress von der Notwendigkeit einer Militärhilfe überzeugen.¹¹¹ Das Argument der Open-Door-Politik stieß auf taube Ohren, weshalb man auf die antikommunistische Tendenz in der amerikanischen Öffentlichkeit zurückgriff. Um den Kongress für entsprechende Hilfeleistungen zu bewegen, wurde bewusst ein Bild einer übertriebenen kommunistischen Bedrohung gezeichnet.¹¹²

Es gab bereits vor der Truman-Doktrin Äußerungen von US Politikern, die in dieselbe Richtung gingen. So warnte der Botschaftsrat an der amerikanischen diplomatischen Vertretung in Moskau, George F. Kennan, in einem Telegramm die US-Administration vor dem Sowjetregime, das auf Expansion bedacht wäre, und forderte eine „*Politik der Eindämmung (containment)*“, um die westliche Lebensweise vor dem Kommunismus zu schützen.¹¹³ Der stellvertretende Außenminister Dean Archeson erklärte am 27. Februar 1947 in einer Rede vor dem Kongress, dass die Sowjetunion jederzeit in Frankreich zuschlagen könnte und dass die Unabhängigkeit der Türkei und Griechenlands gefährdet wäre. Weiters führte er aus, falls die westliche Welt Griechenland und das östliche Mittelmeer aufgeben würde, würde eine Art „Dominoeffekt“, wie dies Präsident Eisenhower später formulierte, auftreten. Ernsthaft bedroht wären dabei Deutschland, Frankreich und Österreich.¹¹⁴

Am 12. März 1947 verkündete US-Präsident Truman in einer Rede vor dem amerikanischen Kongress, dass Griechenland, der Türkei und allen „freien Völkern“, die vom Kommunismus bedroht seien, amerikanische Unterstützung sicher wäre.¹¹⁵ Interessant ist auch, dass die Rede mehrmals überarbeitet wurde, denn die ursprüngliche Version hatte den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas als Hauptargument. Nachdem Truman eine stärkere Betonung allgemeiner politischer

¹¹¹ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 58.

¹¹² Loth, Die Teilung der Welt, 163.

¹¹³ Wichard Woyke, Weltpolitik im Wandel. Revolutionen, Kriege, Ereignisse ... und was man daraus lernen kann (Wiesbaden 2016) 134.

¹¹⁴ Rolf Steininger, Der Kalte Krieg (Frankfurt am Main 2006) 17.

¹¹⁵ Woyke, Weltpolitik im Wandel, 135.

Prinzipien forderte, wurden wirtschaftliche Daten entfernt und die kommunistische Gefahr stärker betont. Truman änderte schließlich noch einige Formulierungen, um der Rede eine stärkere Bestimmtheit zu verleihen.¹¹⁶ Ein Auszug aus der Rede zeigt das dichotome Weltbild, das hier geschaffen wurde:

„Im gegenwärtigen Augenblick der Weltgeschichte muß fast jede Nation zwischen zwei verschiedenen Lebensarten wählen. Zu oft ist die Wahl keine freie. Die eine Art zu leben gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Institutionen, repräsentative Regierungen, freie Wahlen, Garantien der persönlichen Freiheit, Freiheit der Rede und der Religion und Freiheit von politischer Unterdrückung aus. Die zweite Lebensart hat als Grundlage den Willen einer Minderheit, die mit Gewalt der Mehrheit gegenüber geltend gemacht wird. Sie stützt sich auf Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, von vornherein bestimmte Wahlen und auf die Unterdrückung der politischen Freiheit. Ich bin der Ansicht, daß wir den freien Völkern beistehen müssen, ihr eigenes Geschick auf ihre Weise zu bestimmen. Ich glaube, daß unser Beistand in erster Linie in Form von wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe gewährt werden sollte, eine Hilfe, die wesentlich ist für die wirtschaftliche Stabilität und ordnungsgemäße politische Entwicklung.“¹¹⁷

Hannes Hofbauer schreibt, dass diese heraufbeschworene Gefahr der sowjetischen Expansion nicht der Wahrheit entsprach, da die UdSSR nach wie vor mit den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges zu kämpfen hatte und deshalb weder die Möglichkeit noch die Bestrebungen hatte, militärisch zu expandieren. Er schreibt, dass sich die Sowjetunion sogar weigerte, die griechischen Kommunisten zu unterstützen, um die geographischen Vereinbarungen von Jalta nicht zu gefährden. Allerdings war die Heraufbeschwörung einer kommunistischen Gefahr ein wichtiger Schritt, um den Kongress für die Bewilligung von finanziellen Mitteln zu bewegen. Hofbauer umschreibt die Truman-Doktrin als *„Politische Vorentscheidung für den Marshallplan“*. Der Marshall-Plan sollte dann die Voraussetzung schaffen, Westeuropa und die USA wirtschaftlich miteinander zu verbinden, um

¹¹⁶ Harry S. Truman, *Memoirs by Harry S. Truman*, Vol II: Years of Trial and Hope (New York 1956) 105, zit. nach Mähr, *Der Marshallplan in Österreich*, 59-60.

¹¹⁷ Ute Daniel, *Dollardiplomatie in Europa. Marshallplan, kalter Krieg und US-Außenwirtschaftspolitik 1945-52* (Düsseldorf 1982) 38.

zeitgleich die Sowjetunion zu isolieren.¹¹⁸ Laut Präsident Truman waren die Truman-Doktrin und der Marshall-Plan „*zwei Hälften derselben Walnuss*“.¹¹⁹

Trumans Rede wurde positiv aufgenommen, aber es gab auch einige hochrangige Kritiker der Truman-Doktrin. So stellte der amerikanische Arbeitsminister Lewis Baxter Schwellenbach bereits am 7. März 1947 die Frage in den Raum, ob eine Unterstützung der rechten Regierung Griechenlands klug sei. Auch der Journalist Walter Lippman kritisierte die Administration dafür, dass die UNO übergangen wurde und die reaktionäre griechische Regierung ohne Bedingungen unterstützt wurde. Sogar der UdSSR Experte George F. Kennan, der in seinem Telegramm die „Containment-Politik“ forderte, kritisierte die Doktrin einerseits dafür, dass es keine Notwendigkeit für eine Militärhilfe in der Türkei gab und andererseits dafür, dass die Vorgangsweise der US-Administration als Kriegserklärung an die UdSSR interpretiert werden könnte.¹²⁰

4.4. Marshalls Harvard-Rede

Die Notwendigkeit eines europäischen Wiederaufbauprogramms stand für die US-Administration bereits fest und auch in der Öffentlichkeit war die Meinung weit verbreitet, dass die bisherige Auslandshilfe von GARIOA bis zur Kongresshilfe zwischen 1945 und 1947 nicht ausreichend war. Das Problem lag nicht in der Frage, ob Hilfe gewährt werden solle, sondern in der Frage¹²¹:

„how to make the transfer of billions of dollars to countries that had not asked for them, and would not ask for them.“¹²²

Die Lösung des Problems war eine öffentliche Rede an der Harvard Universität am 5. Juni 1947, in der George C. Marshall ein europäisches Wiederaufbauprogramm ankündigte.¹²³ Marshall betonte dabei, dass die Zahlungsfähigkeit Europas in den folgenden drei bis vier Jahren, durch den Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln und industriellen Erzeugnissen, um ein Vierfaches überstiegen werden würde.

¹¹⁸ Hofbauer, Westwärts, 70.

¹¹⁹ Woyke, Weltpolitik im Wandel, 136.

¹²⁰ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 60-61.

¹²¹ Joseph M. Jones, The Fifteen Weeks. February 21 – June 5, 1947. An Inside Account of the Genesis of the Marshall-Plan (New York, Chicago, Burlingame 1964) 239, zit. nach Daniel, Dollardiplomat in Europa, 46-47.

¹²² Daniel, Dollardiplomat in Europa, 47.

¹²³ Daniel, Dollardiplomat in Europa, 47.

Die folgenden Zitate sollen die wichtigsten Punkte der Harvard-Rede laut Wilfried Mähr herausheben: ¹²⁴

„In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß Europas Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln und sonstigen lebenswichtigen Gütern – hauptsächlich aus Amerika – so viel größer als seine gegenwärtige Zahlungsfähigkeit ist, daß es entweder wesentliche zusätzliche Hilfe benötigt oder aber sich einem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Niedergang sehr ernsten Charakters gegenüber sehen wird.“¹²⁵

„Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder eine Anschauung, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos. [...] Ich bin davon überzeugt, daß jede Regierung, die am Wiederaufbau mitarbeiten will, die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten finden wird.“¹²⁶

„Es wäre für die Regierung der Vereinigten Staaten weder angemessen noch wirkungsvoll, wenn sie in einseitiger Weise ein Programm aufstellen würde, das dazu bestimmt ist, Europa wirtschaftlich wieder auf eigene Füße zu stellen. Das ist Sache der Europäer. Ich glaube, daß die Initiative von Europa ausgehen muß. Die Rolle unseres Landes sollte in freundschaftlicher Hilfe bei dem Aufstellen eines europäischen Programms und in der späteren Unterstützung eines solchen bestehen, sofern es uns ausführbar zu sein scheint.“¹²⁷

Die Rede war ein eindeutiges Angebot an Europa, aber um sicherzugehen, dass die Europäer dies auch als Angebot verstehen, überzeugte Archeson drei britische Journalisten von der Wichtigkeit dieser Rede, welche den Inhalt sofort an die britischen Zeitungen weiterleiten sollten, für die sie schrieben, und diese sollten wiederum Außenminister Bevin informieren. Diese Vorgehensweise sollte der Öffentlichkeit zeigen, dass die Initiative von den europäischen Staaten ausginge.¹²⁸

¹²⁴ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 71.

¹²⁵ Österreichisches ERP Handbuch. Die grundlegenden Dokumente des Europäischen Wiederaufbaus (Wien 1950) 29.

¹²⁶ Österreichisches ERP Handbuch, 30.

¹²⁷ Österreichisches ERP Handbuch, 30.

¹²⁸ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 71-72.

Der Harvard-Rede lag allerdings kein konkreter Wiederaufbauplan zugrunde, vielmehr war die Rede eine Mischung aus verschiedenen Vorschlägen. Die Grundlagen dieser Rede bildeten ein Bericht des Policy Planning Staff (PPS) vom 23. Mai 1947, ein Memorandum von Staatssekretär William L. Clayton von Ende Mai 1947 und eine Rede von Dean G. Archeson von Anfang Mai 1947. Der Bericht des PPS wurde ebenfalls in aller Eile erstellt und sah ein kurzfristiges „Kohle für Europa“-Programm vor, wodurch die Kohleförderung im Ruhrgebiet angekurbelt werden sollte, um die dringend benötigte Versorgung Europas sicherzustellen. Ein langfristiger Plan sollte dagegen von den europäischen Staaten selbst, mit Hilfe der USA, erstellt werden. Clayton forderte hingegen, dass die USA die Leitung des europäischen Wiederaufbaus übernehmen sollten.¹²⁹ Die Rede von Archeson am 8. Mai 1947 war inhaltlich schon sehr ähnlich der Harvard-Rede von Marshall einen Monat später.¹³⁰

Ute Daniel schreibt, dass zur Überraschung der US-Administration nicht nur westeuropäische, sondern auch osteuropäische Staaten sowie die Sowjetunion Interesse an den noch sehr allgemein formulierten Vorschlägen von Marshall zeigten. So zeigte sich die polnische Regierung bereits am 20. Juni 1947 bereit, an einem europäischen Wiederaufbauprogramm mitzuarbeiten und am 24. Juni 1947 erklärte sich auch die Sowjetunion zu Gesprächen bereit. Diese Verhandlungen, die Anfang Juli 1947 zwischen Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion stattfanden, scheiterten allerdings.¹³¹

4.5. Die Pariser Konferenz

Am 17. Juni 1947 reiste der britische Außenminister Bevin zu seinem französischen Amtskollegen Bidault nach Paris, um das Angebot Marshalls zu besprechen. Bereits einen Tag danach wurde eine Einladung an die sowjetische Regierung gesandt, um den Wiederaufbau Europas mithilfe der USA zu besprechen. Trotz dieser Einladung erwartete man eine Absage der Sowjetunion und hatte auch schon geplant, dass Großbritannien und Frankreich die Initiative allein ergreifen würden. Doch die Sowjetunion nahm die Einladung an und so kam es am 27. Juni 1947 zu

¹²⁹ *Gimbel*, Die Entstehung des Marshall-Plans, 25-27.

¹³⁰ *Mähr*, Der Marshallplan in Österreich, 67-68.

¹³¹ *Daniel*, Dollardiplomatie in Europa, 47-48.

der Pariser Drei-Mächte-Konferenz, an der die drei Außenminister Bevin, Bidault und Molotow teilnahmen.¹³²

Die unterschiedlichen Vorstellungen über die amerikanische Hilfe führten aber bald zum Stillstand der Verhandlungen. Günter Bischof und Hans Petschar schreiben, dass die Verhandlungen vor allem an der Diskussion über die Zahlungsbilanz, die strikte Rechenschaftspflicht gegenüber der USA und der Gefahr, dass sich die sowjetischen Satellitenstaaten aus Osteuropa in Richtung der Einflussphäre der USA und damit von Moskau wegbewegen könnten, scheiterten. Allerdings hofften sowohl Bidault als auch Bevin, dass die Sowjetunion nicht am Marshall-Plan teilnehmen würde, da man befürchtete, dass der amerikanische Kongress einer Hilfe für Europa, die die Sowjetunion miteinschloss, nicht zustimmen würde. Die Einladung wurde also lediglich für ganz Europa ausgesprochen, um nicht den Vorwurf der Spaltung Europas auf sich zu ziehen.¹³³ Nachdem die sowjetische Delegation die Verhandlungen beendet hatte, fasste Molotow die Vorbehalte gegenüber dem Marshall-Plan zusammen:¹³⁴

„Wie die Erklärung der britischen Delegation stellt auch das französische Projekt ein Wirtschaftsprogramm für ganz Europa auf, obwohl der Großteil der europäischen Staaten noch kein eigenes staatliches Wirtschaftsprogramm aufzuweisen hat. Um ein derartiges allumfassendes europäisches Programm auszuarbeiten, wird die Bildung einer besonderen Organisation vorgeschlagen, die die Möglichkeiten und den Bedarf der europäischen Staaten feststellen soll; dann erst soll die Möglichkeit des Erhaltens der amerikanischen wirtschaftlichen Hilfe geprüft werden. Die Frage der amerikanischen Wirtschaftshilfe – von der bisher Konkretes noch nicht bekannt ist – soll also zum Anlaß dienen, daß die französische und britische Regierung jetzt eine neue Organisation bilden, die den europäischen Staaten übergeordnet wird, und die sich in innere Angelegenheiten der europäischen Staaten einmischt. Dabei beanspruchen England und Frankreich mit einer Reihe ihnen nahestehender Staaten eine dominierende Stellung in dieser Organisation... Es wird auf jeden Fall die Möglichkeit des Erhalts des amerikanischen Kredits für das

¹³² Gerd Hardach, Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948-1952 (München 1994) 47-48.

¹³³ Bischof, Der Marshall Plan, 65-67.

¹³⁴ Daniel, Dollardiplomatie in Europa, 48.

eine oder das andere Land in Abhängigkeit gebracht vom gehorsamen Betragen gegenüber der erwähnten Organisation...‘ Die Einbeziehung des deutschen Wirtschaftspotentials werde erwogen, ,obwohl allgemein bekannt ist, daß die gerechten Reparationsforderungen der Verbündeten... bis jetzt noch nicht befriedigt wurden. Daraus folgt, daß auf Rechnung der Verbündeten die deutschen Möglichkeiten nicht für Reparationen verwendet werden, sondern anderen Zwecken dienen sollen... Wozu wird also die Verwirklichung des anglo-französischen Vorschlags... führen? Sie wird dazu führen, daß sich England, Frankreich und eine Gruppe mit ihnen gehender Staaten von den anderen europäischen Staaten löst, was Europa in zwei Staatengruppen spalten wird‘. “¹³⁵

In dieser Begründung von Molotow über den Abbruch der Verhandlungen sind bereits zwei Argumente, die von der „Österreichische Zeitung“ gegen den Marshall-Plan vorgebracht wurden, enthalten, nämlich die Gefährdung der Souveränität der teilnehmenden Staaten und die Bildung eines westlichen Blocks. In der später folgenden Darstellung der Ergebnisse der Qualitativen Inhaltsanalyse wird darauf näher eingegangen.

Die Einigkeit, mit der Bidault und Bevin gegenüber Molotow auftraten, täuschte allerdings, da auch Großbritannien und Frankreich mit den Vorschlägen Marshalls nicht ganz einverstanden waren. So wollte Großbritannien eine größere Rolle in der Weltwirtschaft, als nur einer von vielen europäischen Staaten zu sein, der amerikanische Hilfe bekäme, spielen. Frankreich hatte mit den hegemonialen Ansprüchen der Vereinigten Staaten weniger Probleme als Großbritannien. Die französische Regierung war mit den Planungen Westdeutschlands, das im Marshall-Plan eine wichtige Rolle einnehmen sollte, nicht einverstanden, wie dies auch schon bei der Moskauer Außenministerkonferenz geäußert wurde.¹³⁶

Bereits am 4. Juli 1947 luden Bevin und Bidault alle europäischen Staaten, bis auf Spanien, zur Pariser Konferenz, auf der eine europäische Antwort auf das amerikanische Angebot ausgearbeitet werden sollte, ein. Das Interesse der osteuropäischen Staaten stellte die Sowjetunion vor große Probleme, da man befürchtete,

¹³⁵ Keesings Archiv der Gegenwart (KAdG) (Frauenfeld 1946/47) 113 oE, 1132 D, zit. nach Daniel, Dollardiplomatie in Europa, 49.

¹³⁶ Hardach, Der Marshall-Plan, 49-50.

den Einfluss auf die eigenen Satellitenstaaten zu verlieren und so lehnten auf Befehl aus Moskau alle osteuropäischen Staaten die Einladung ab.¹³⁷

Die eigentliche Pariser Konferenz begann am 12. Juli 1947 ohne die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Satellitenstaaten. Das Komitee für die Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (CEEC), das die Aufstellung und Koordinierung eines europäischen Wiederaufbauplanes zur Aufgabe hatte, wurde durch Vertreter folgender Länder zusammengesetzt: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und Türkei. Außerdem wurde Deutschland durch die drei Besatzungsmächte Frankreich, Großbritannien und die USA vertreten. Letztere entsandte auch noch Wirtschaftsexperten und Beobachter nach Paris, um „freundschaftliche Hilfe“ anzubieten,¹³⁸ allerdings, so schreibt zumindest Gerd Hardach, sollten diese Experten auch die amerikanischen Forderungen übermitteln und die Ergebnisse der Verhandlungen zugunsten der USA beeinflussen.¹³⁹

Um einen gemeinsamen Wiederaufbauplan in die Wege zu leiten, musste jeder der sechzehn Staaten einen Fragebogen ausfüllen, durch den die jeweiligen Bedürfnisse bestimmt werden sollten. Das Ergebnis war eine Liste von Forderungen an die USA mit einer Gesamtsumme von 29 Milliarden Dollar.¹⁴⁰ Diese Summe wurde von Vertretern aus den USA als viel zu hoch abgewiesen.¹⁴¹ Im August 1947 arbeitete das US-State Department selber einen Vorschlag aus, der bereits die wichtigsten Ziele, die der spätere Marshall-Plan verfolgen sollte, enthielt. Dazu gehörten die Steigerung der Produktion, die Stabilisierung von Währungen und Staatsfinanzen, die Förderung des europäischen Handels und die Überwindung der Dollarlücke, womit ein Zahlungsbilanzdefizit Westeuropas gegenüber den USA gemeint war.¹⁴² Bevor allerdings am 22. September 1947 der Abschlussbericht der Pariser Konferenz veröffentlicht werden konnte, mussten zwei Punkte, die sich als schwer lösbar bis unlösbar herausstellten, diskutiert werden. Zum einen wurde ein

¹³⁷ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 74-75.

¹³⁸ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 75-76.

¹³⁹ Hardach, Der Marshall-Plan, 52.

¹⁴⁰ Bischof, Der Marshall Plan, 69.

¹⁴¹ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 79.

¹⁴² Hardach, Der Marshall-Plan, 52-55.

französischer Plan zur Errichtung einer Zollunion von Großbritannien abgelehnt, da dieser eine Gefährdung für die britische Wirtschaftsplanung dargestellt hätte. Zum anderen stellte der deutsche Wiederaufbau im Zuge des Marshall-Plans eine große Hürde dar. So sollte ein neuer Industrieplan, der eine Erhöhung der Stahlproduktion in der Bizone vorsah, zum Gelingen des Marshall-Plans beitragen. Allerdings war damit die französische Kohleversorgung aus dem Ruhrgebiet, mit der Frankreich selbst zum größten Stahlproduzenten Europas werden wollte, gefährdet. Bidault drohte daraufhin mit dem Austritt Frankreichs aus den Marshall-Plan Verhandlungen, aber er hätte damit Frankreich mehr geschadet als geholfen, da der britisch-amerikanische Industrieplan sowieso umgesetzt worden wäre und Frankreich auch keine Gelder aus der Marshall-Plan Hilfe erhalten hätte.¹⁴³

Am 22. September 1947 wurde schließlich der Schlussbericht der Pariser Konferenz, der im Wesentlichen die Ziele des Vorschlags des State Department enthielt, veröffentlicht. Die US-Administration zeigte sich allerdings nicht vollkommen zufrieden, da man sich auch konkrete Schritte zur Umsetzung erwartet hätte, diese aber in diesem Plan noch nicht enthalten waren. Der Bedarf wurde für den Zeitraum von 1948 bis 1951 auf 22 Milliarden Dollar festgesetzt. Diese 22 Milliarden Dollar sollten sich aus Exportüberschüssen an Drittländer (3 Milliarden Dollar), durch Kredite von internationalen Organisationen (3 Milliarden Dollar) und durch amerikanische Hilfgelder (16 Milliarden Dollar) zusammensetzen. Bis 1951 sollte das Dollarproblem in Europa beseitigt sein.¹⁴⁴

Die endgültige Version des Marshall-Plans wurde erst am 3. April 1948 vom US-Kongress beschlossen¹⁴⁵, aber die Qualitative Inhaltsanalyse der Zeitungen „Wiener Kurier“ und „Österreichische Zeitung“ wird sich auf die Pariser Konferenz im Sommer 1947 beschränken, weshalb auf die weiteren Fortschritte der Marshall-Plan Verhandlungen nicht mehr eingegangen wird.

4.6. Die sowjetische Reaktion

Nachdem die Sowjetunion die Teilnahme am Marshall-Plan abgelehnt und die Ablehnung durch die osteuropäischen Satellitenstaaten erzwungen hatte, war eine

¹⁴³ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 76-79.

¹⁴⁴ Hardach, Der Marshall-Plan, 55.

¹⁴⁵ Hardach, Der Marshall-Plan, 65.

gesamteuropäische Kooperation nun auch offiziell gescheitert.¹⁴⁶ Der Marshall-Plan war für die Sowjetunion nun ein „*neues Beispiel für den Dollar-Imperialismus, der die wirtschaftliche und politische Versklavung Europas zum Ziel habe.*“¹⁴⁷

Die Reaktion der Sowjetunion bestand in der Schaffung des „Molotow-Plans“ und in der Bildung der Kominform (Kommunistisches Informationsbüro). Der „Molotow-Plan“ war aber weniger ein Wiederaufbauplan als eine Bündelung von Handelsverträgen zwischen der Sowjetunion und osteuropäischen Staaten, welche zwischen Juli und September 1947 abgeschlossen wurden. Damit sollte eine engere Bindung der osteuropäischen Staaten an die Sowjetunion ermöglicht und zeitgleich der Einfluss der westeuropäischen Staaten beschränkt werden.¹⁴⁸ Eine Spaltung Europas, für die in weiten Teilen Westeuropas bereits die Sowjetunion verantwortlich gemacht wurde, wie dies Wilfried Loth schreibt, wurde durch die Gründung der Kominform konkreter. Bei der Gründungskonferenz der Kominform wurde bereits von einem „anti-imperialistischen und demokratischen Lager“, womit die Sowjetunion gemeint war, und einem „imperialistischen antidemokratischen Lager“, womit die USA und die Länder des Marshall-Plans gemeint waren, gesprochen. Von westeuropäischer Seite wurde die Kominform als Angriff auf die westeuropäischen Demokratien und als Wiederaufleben der Weltrevolution gesehen.¹⁴⁹

¹⁴⁶ Loth, Die Teilung der Welt, 184.

¹⁴⁷ Rolf Steininger, Der Wiederaufbau der Sozialistischen Internationale. Deutschland und der Marshall-Plan. In: Othmar Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt am Main 1986) 489.

¹⁴⁸ Mähr, Der Marshallplan in Österreich, 75.

¹⁴⁹ Steininger, Der Wiederaufbau der Sozialistischen Internationale, 489-490.

5. Der Beginn des Kalten Krieges

Wilfried Loth charakterisiert den Kalten Krieg als

„Prozeß der Blockbildung in Ost und West: der Prozeß der Etablierung einer neuen internationalen Ordnung nach dem Zusammenbruch des europäischen Staatensystems infolge der nationalsozialistischen Expansion – ein Prozeß, der vom machtpolitischen und ideologischen Gegensatz der USA und der UdSSR dominiert wurde, von der gesellschaftlichen Verfassung der beteiligten Staaten ausging und auf diese polarisierend zurückwirkte, von der wechselseitigen Furcht vor einem Übergreifen der Gegenseite auf die eigene Sicherheitssphäre geprägt wurde und darum zur Zweiteilung Deutschlands und Europas, zu Mentalitäten und Praktiken eines permanenten Belagerungszustands und zu weltweiter Konkurrenz um Einflußsphären führte.“¹⁵⁰

Der Beginn dieses Prozesses ist sehr schwer zu datieren. Wilfried Loth gibt mehrere Möglichkeiten für den Beginn des Ost-West-Konfliktes an, je nachdem welches Kriterium man betrachtet. So kann man den Beginn für 1917 ansetzen, wenn man die Systemauseinandersetzung zwischen den USA und UdSSR analysieren möchte. Wenn man den Zeitraum betrachtet, in dem der Gegensatz der beiden Weltmächte das internationale System beeinflusste, so ist 1943 eine sinnvolle Datierung für den Beginn. Für diese Arbeit ist vor allem die dritte Möglichkeit interessant, denn Wilfried Loth schreibt, dass der Beginn des Kalten Krieges für 1947 anzusetzen ist, wenn man den Sprachgebrauch analysieren möchte.¹⁵¹

Der Kalte Krieg zeichnete sich dadurch aus, dass es keinen eindeutigen Aggressor und keinen eindeutigen Verteidiger gab, sondern die Auseinandersetzung war ein Wechselspiel aus Reagieren und Agieren. In den Jahren von 1945 bis 1947 steigerte sich das Konfliktpotential zwischen der Sowjetunion und den USA. Oliver Rathkolb schreibt, dass vor allem die USA nach dem Amtsantritt von George C. Marshall 1947 eine Haltung einnahm, die auf Konfrontation mit der Sowjetunion gerichtet war. Die Sowjetunion hingegen, nach wie vor geschwächt vom Zweiten

¹⁵⁰ Loth, Die Teilung der Welt, 344.

¹⁵¹ Loth, Die Teilung der Welt, 344-345.

Weltkrieg, versuchte durch expansionistisch angelegte Politik die eigene Schwäche zu überspielen.¹⁵²

1947 wurde die Auseinandersetzung auch in der Öffentlichkeit in aller Schärfe ausgetragen, denn nachdem ein gemeinsames Vorgehen in Deutschland und auch in Korea gescheitert war, konzentrierten sich sowohl die Sowjetunion als auch die Westmächte auf die Stabilisierung ihrer jeweiligen Einflussbereiche. Unter den Voraussetzungen wachsender Ost-West-Spannungen kam es im Frühjahr 1947 zur Rede Trumans vor dem Kongress, die später als Truman-Doktrin bekannt wurde, und zur Ankündigung des Marshall-Plans. Laut Rolf Steininger waren die Truman-Doktrin und der Marshall-Plan Instrumente zur Eindämmung des vermeintlichen Machtstrebens der Sowjetunion.¹⁵³

Vor dem Hintergrund wachsender Ost-West-Spannungen im Frühjahr und Sommer 1947 soll nun die qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt werden. Die Vorgehensweise wird in Kapitel 6 näher beschrieben.

¹⁵² Oliver Rathkolb, *Kalter Krieg und politische Propaganda in Österreich 1945-1950*. In: Michael Hansel, Michael Rohrwasser (Hg.), *Kalter Krieg in Österreich*. Literatur-Kunst-Kultur (Wien 2010) 12.

¹⁵³ Steininger, *Der Kalte Krieg*, 16-18.

6. Untersuchungszeitraum und Methode

In dieser Arbeit wird zur Beantwortung der Forschungsfrage die Methode qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring herangezogen. Dabei werden die beiden Zeitungen „Wiener Kurier“ und „Österreichische Zeitung“ im Zeitraum zwischen 5. Juni 1947 und 24. Oktober 1947 auf die in der Einleitung formulierten Forschungsfragen hin analysiert. Den Beginn des Untersuchungszeitraums stellt die Rede von George C. Marshall an der Harvard Universität dar und das Ende wird ein Monat nach der Veröffentlichung des Schlussberichts der Pariser Konferenz angesetzt. Laut George C. Marshall selbst führte die gescheiterte Moskauer Außenministerkonferenz im März/April 1947 zu der Entstehung des Marshall-Plans¹⁵⁴, da aber das Vorhaben erst am 5. Juni 1947 bei der Rede Marshalls an der Harvard-Universität veröffentlicht wurde, wurde auch erst im Anschluss darüber in den Zeitungen berichtet. Für die Analyse war vor allem der Zeitraum der Pariser Verhandlungen interessant, da dabei die Teilnehmerländer festgelegt und eine Spaltung Europas sichtbar wurde. Außerdem wurden auf der Pariser Konferenz bereits die wichtigsten Ziele festgelegt, die später in den Ausschüssen noch ausgearbeitet wurden. Die Pariser Konferenz wurde bereits am 22. September 1947 mit dem Schlussbericht und dem Feststehen der sechzehn Teilnehmerstaaten beendet, um aber ein besseres Bild über die Berichterstattung zur Pariser Wiederaufbaukonferenz zu erhalten, wurde der Untersuchungszeitraum bis ein Monat nach der Beendigung ausgedehnt.

„Die Qualitative Inhaltsanalyse stellt eine Familie von Verfahren zur systematischen Textanalyse dar, die regelgeleitet und nachvollziehbar Texte auf eine Fragestellung hin interpretieren und auswerten.“¹⁵⁵

Die qualitative Inhaltsanalyse zeichnet sich vor allem durch das systematische und regelgeleitete Vorgehen aus, aber ist kein Standardinstrument, sondern muss je nach Untersuchungsmaterial und den gestellten Forschungsfragen neu entwickelt werden. Um das regelgeleitete Vorgehen sicherstellen zu können, müssen Kategorien gebildet werden, welche entweder im Vorhinein (deduktiv) oder während

¹⁵⁴ Gimbel, Die Entstehung des Marshall-Plans, 27.

¹⁵⁵ Christina Ramsenthaler, Was ist „Qualitative Inhaltsanalyse?“ In: Martin Schnell, Christian Schulz, Harald Kolbe, Christian Dunger (Hg.), Der Patient am Lebensende. Eine Qualitative Inhaltsanalyse (Wiesbaden 2013) 23.

der Bearbeitung des Materials (induktiv) entstehen.¹⁵⁶ Es wurde bei dieser Zeitungsanalyse sowohl auf die induktive als auch auf die deduktive Kategorienbildung zurückgegriffen.

Im Zuge dieser Arbeit wird eine inhaltliche Strukturierung durchgeführt, bei der ich bestimmte Themen, Inhalte und Aspekte aus einem Text herausarbeite und diese dann zusammenfassend darstelle. Dazu werden bei einem ersten Analysedurchgang Kategorien entwickelt, die sich an den Forschungsfragen orientieren. Diese Kategorien werden anschließend zusammengefasst dargestellt.¹⁵⁷

Die Darstellung der Analyseergebnisse findet mithilfe von Zitaten aus den beiden Zeitungen statt, die die jeweilige Kategorie für den Untersuchungszeitraum am besten beschreiben. Im Kapitel „Beantwortung der Forschungsfragen“ wird versucht, die Berichterstattung der beiden Zeitungen gegenüberzustellen und zu interpretieren.

Zur besseren Übersicht sollen hier noch einmal die Forschungsfragen, die bereits in der Einleitung formuliert wurden, dargestellt werden:

1. Welche Argumente werden für oder gegen den Marshall-Plan vorgebracht? Inwiefern lässt sich in der Berichterstattung zum Marshall-Plan bereits ein Ost-West-Konflikt erkennen?
2. Welche Themen werden im Zusammenhang mit Österreich und dem Marshall-Plan angesprochen? Welche Rolle spielt Österreich bei den Planungen zum Marshall-Plan in der Berichterstattung?
3. Werden in den Zeitungen Alternativen zum Marshall-Plan angesprochen? Wie sehen diese aus und werden konkrete Vorschläge gemacht?

Bevor aber die Darstellung der Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse vorgenommen wird, ist es wichtig eine Quellenkritik bzw. eine Analyse des Ausgangsmaterials¹⁵⁸, wie dies Mayring bezeichnet, durchzuführen. Hierfür wird in Kapitel 7 einerseits auf die österreichische Presseentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

¹⁵⁶ Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (Weinheim und Basel 2010) 48-49.

¹⁵⁷ Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 98.

¹⁵⁸ Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 52.

als auch auf die Entstehung und Zielsetzung der beiden Besatzungsarmeezeitungen eingegangen.

6.1. Methodische Vorgehensweise bei der qualitativen Inhaltsanalyse

In diesem Kapitel soll auf den Ablauf der Analyse näher eingegangen werden. Der erste Schritt ist die Festlegung des Materials, dazu habe ich die beiden Zeitungen nach Artikeln zum Marshall-Plan während des Untersuchungszeitraumes durchsucht. Dabei war die Volltextsuche ANNO (Austrian Newspapers Online) der Österreichischen Nationalbibliothek sehr hilfreich. Zusätzlich zur Online-Recherche mit ANNO habe ich die gesammelten Ausgaben der „Österreichische Zeitung“ und des „Wiener Kurier“ während des Untersuchungszeitraumes durchgearbeitet. Für die Analyse relevant waren schlussendlich 88 Artikel des „Wiener Kurier“ und 60 Artikel der „Österreichische Zeitung“. Im nächsten Schritt habe ich die Quellenkritik durchgeführt, welche in Kapitel 7 dargestellt wird.

Die eigentliche Analyse fand in mehreren Schritten statt. Der erste Durchgang des Materials diente der Kategorienbildung. Dabei habe ich nach Argumenten gesucht, die für oder gegen den Marshall-Plan vorgebracht wurden. Weiters waren jene Textstellen interessant, in denen über den Marshall-Plan im Zusammenhang mit Österreich berichtet wurde und in denen Alternativen zum Marshall-Plan thematisiert wurden. Aus diesem ersten Analysedurchgang entstanden folgende Kategorien, auf die ich hier kurz eingehen möchte.

Die Kategorien des „Wiener Kurier“:

1. **Werbung für den Marshall-Plan:** Positive Selbstdarstellung und Werbung für den Marshall-Plan kommt in der Berichterstattung immer wieder vor. Jene Argumente, die die Bedeutung des Marshall-Planes für Europa hervorheben und die gute Zusammenarbeit loben, finden hier Eingang.
2. **Blockbildung durch die Sowjetunion:** Das Argument der Spaltung Europas, die durch die Sowjetunion betrieben werde, wird durch die ablehnende Haltung der UdSSR gegenüber dem Marshall-Plan begründet.
3. **Marshall-Plan und Truman-Doktrin:** Der Marshall-Plan wird im „Wiener Kurier“ gerne mit der Truman-Doktrin in Verbindung gebracht. Jene oftmals sich widersprechenden Argumente werden im Zuge dieser Kategorie dargestellt.

4. **Kritik an der Sowjetunion:** Neben dem Vorwurf, dass die Sowjetunion die Spaltung Europas vorantreibe, gibt es auch noch andere Kritikpunkte an der UdSSR, die vom „Wiener Kurier“ vorgebracht werden. So würde die Sowjetunion Verhandlungen über den Wiederaufbau Europas bewusst blockieren, Tatsachen verdrehen und bewusst den Frieden Europas gefährden.
5. **Eigeninitiative Europas gefordert:** Die Notwendigkeit einer europäischen Initiative wird über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg immer wieder erwähnt. Dabei wird der „Wiener Kurier“ nicht müde zu betonen, dass dies ein europäischer Wiederaufbau sei und die USA dabei nur freundschaftliche Hilfe anbieten würde.
6. **Alternativen zum Marshall-Plan:** Hier werden Berichte näher beleuchtet, die sich mit Wiederaufbauplänen neben dem Marshall-Plan beschäftigen. Dabei werden sowohl sowjetische Gegenpläne thematisiert als auch Pläne, die unterstützend zum Marshall-Plan umgesetzt werden sollen.
7. **Österreich und der Marshall-Plan:** Die Berichterstattung über die Rolle Österreichs in den Planungen zum Marshall-Plan und Reden österreichischer Politiker, über die im „Wiener Kurier“ berichtet wird, werden in dieser Kategorie dargestellt.

Die Kategorien der „Österreichische Zeitung“:

1. **Marshall-Plan und Truman-Doktrin:** Die „Österreichische Zeitung“ bringt den Marshall-Plan und die Truman-Doktrin ebenfalls in Verbindung, allerdings wird hauptsächlich darüber berichtet, dass der Marshall-Plan ein Instrument sei, hilfsbedürftige Länder in US-amerikanische Abhängigkeit zu bringen.
2. **Souveränität durch Marshall-Plan gefährdet:** In der Berichterstattung ist das Hauptargument gegen den Marshall-Plan, dass die Souveränität der Teilnehmerländer gefährdet werde. Hier wird über die Unterordnung Europas unter die Kontrolle der USA, die Abhängigkeit vom Dollar und aufgezwungene Bedingungen berichtet.
3. **Wirtschaftskrise in den USA:** In dieser Kategorie wird die Berichterstattung dargestellt, die den USA vorwirft, dass der Marshall-Plan lediglich dazu diene, eine drohende Wirtschaftskrise, die durch Überproduktion

entstanden sei, abzuwenden. Dabei wird geschrieben, dass Europa lediglich als Absatzmarkt für US-Erzeugnisse diene.

4. **Unstimmigkeiten zwischen den westlichen Alliierten:** Hier wird näher auf die Berichterstattung eingegangen, die die Differenzen zwischen den westlichen Alliierten thematisiert und durch die die Einigkeit in der Ausarbeitung des Marshall-Plans in Frage gestellt wird.
5. **Blockbildung durch den Marshall-Plan:** Die „Österreichische Zeitung“ bringt über den gesamten Untersuchungszeitraum immer wieder den Vorwurf, dass durch den Marshall-Plan und westliche Aktionen Blockbildung betrieben werde. Dabei wären die Sowjetunion und die Staaten Osteuropas von vornherein unerwünscht gewesen und ein Ost-West-Konflikt werde bewusst in Kauf genommen.
6. **Alternativen zum Marshall-Plan:** In dieser Kategorie werden sowjetische Vorschläge für einen europäischen Wiederaufbau thematisiert. Dabei wird vor allem auf Handelsverträge eingegangen, die die Sowjetunion mit ihren osteuropäischen Satellitenstaaten abgeschlossen hat.
7. **Österreich und der Marshall-Plan:** In der Berichterstattung über Österreich wird geschrieben, dass die Unabhängigkeit Österreichs durch den Marshall-Plan gefährdet werde und sogar ein neuer wirtschaftlicher Anschluss an Deutschland stattfinden würde.

In einem zweiten Durchgang des Materials habe ich die für die Forschungsfragen relevanten Absätze den Kategorien zugeordnet und besonders passende Textstellen als Beispiele, die in der Darstellung der Ergebnisse zu finden sind, ausgewählt. Die Darstellung der Ergebnisse folgt in Kapitel 8.

7. Die österreichische Presseentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

Die österreichische Presse nach dem Zweiten Weltkrieg wird von Ulrike Harmat als „Lizenzpresse“ bezeichnet, da die Herausgeber einer Zeitung, egal ob es sich dabei um eine Parteizeitung oder eine unparteiliche Zeitung handelte, um eine Genehmigung, bzw. Lizenz bei der jeweiligen Besatzungsmacht ansuchen mussten. Der Grund für eine derartige Kontrolle lag darin, dass die Besatzungsmächte ein Wiederaufleben der nationalsozialistischen Ideologie verhindern, die demokratischen Grundsätze fördern und die militärische Sicherheit der Alliierten garantieren wollten.¹⁵⁹

Die Entwicklung der Presse war durch ein Drei-Phasen-Modell geprägt. In der ersten Phase wurde jegliche mediale Berichterstattung untersagt, dann wurde diese von den Besatzungsmächten selbst wieder begonnen und später in österreichische Hände übergeben.¹⁶⁰

Anfang April 1945 wurden die letzten Zeitungen der Nationalsozialisten in Wien gedruckt, danach gab es eine Woche lang keine Zeitungen. Bereits am 15. April 1945 wurde die erste Ausgabe der „Österreichische Zeitung“ von der Roten Armee herausgegeben.¹⁶¹ In den westlichen Bundesländern kamen noch bis Anfang Mai nationalsozialistische Blätter heraus, wie zum Beispiel die „Salzburger Zeitung“. Nur zwei Tage nach der sowjetischen „Österreichische Zeitung“ wurde „Neues Österreich“ unter gemeinsamer Herausgeberschaft von ÖVP, SPÖ und KPÖ auf den Markt gebracht. Mit dieser Zusammenarbeit der drei Parteien sollte auch der Wille zur Wiedererrichtung einer parlamentarischen Demokratie signalisiert werden. Neben den Parteizeitungen „Arbeiter-Zeitung“ (SPÖ), „Das Kleine Volksblatt“ (ÖVP)

¹⁵⁹ Ulrike Harmat, Die Medienpolitik der Alliierten und die österreichische Tagespresse 1945 – 1955. In: Gabriele Melischek, Josef Seethaler (Hg.), Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation Bd. 5: 1945-1955. Mit einem Überblick über die österreichische Tagespresse der Zweiten Republik bis 1998 (Frankfurt am Main 1999) 57.

¹⁶⁰ Wolfgang Müller, Informationsmedien in der „Besatzungszeit“: Tagespresse, Rundfunk, Wochenschau 1945-1955. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Medien-geschichte. Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) 80.

¹⁶¹ Wolfgang Müller, Die „Österreichische Zeitung“. In: Gabriele Melischek, Josef Seethaler (Hg.), Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation Bd. 5: 1945-1955. Mit einem Überblick über die österreichische Tagespresse der Zweiten Republik bis 1998 (Frankfurt am Main 1999) 16.

und „Volksstimme“ (KPÖ) wurde auch die bald auflagenstärkste Zeitung „Wiener Kurier“ 1945 herausgegeben.¹⁶²

Die Themen, die in den Zeitungen der Nachkriegszeit angesprochen wurden, wandelten sich mit der Zeit. Zu Beginn standen Überlebensfragen der Bevölkerung und die Kriegsfolgen im Mittelpunkt, wie zum Beispiel Lebensmittelaufäufe und die Heimkehr von Kriegsgefangenen. Im Herbst 1946 waren die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse das Hauptthema in der Berichterstattung. Die ersten öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten begannen ebenfalls im Herbst 1946 und hier vor allem in den Besatzungszeitungen. Die „Österreichische Zeitung“ und die „Volksstimme“ waren von einem teilweise starken Antiamerikanismus und einer Verherrlichung der sowjetischen Politik geprägt. Die westlichen Zeitungen agierten hier etwas subtiler.¹⁶³ Darauf wird später noch etwas genauer eingegangen.

Am 1. Oktober 1945 wurde mit der Deklaration über die Pressefreiheit in Österreich eine gemeinsame Grundlage für die alliierte Pressepolitik geschaffen. Dabei sollte der österreichischen Presse unter bestimmten Bedingungen, die erfüllt sein mussten, eine größtmögliche Freiheit gewährt werden.¹⁶⁴ Die Bedingungen wurden von Ulrike Harmat folgendermaßen zusammengefasst:

- *„Aufrechterhaltung demokratischer Grundsätze und entschlossener Kampf gegen die nationalsozialistischen, großdeutschen und militärischen Ideologien;*
- *Keine Veröffentlichung von Material, das geeignet wäre, die militärische Sicherheit der Besatzungstruppen oder einer der Besatzungsmächte zu gefährden;*
- *Keine Veröffentlichung von Material, das den Zweck verfolgt, Zwiespalt zwischen den Alliierten zu säen oder Misstrauen des österreichischen Volkes gegen die Besatzungsmächte zu erzeugen;*

¹⁶² Andy Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte. Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) 178-179.

¹⁶³ Müller, Informationsmedien in der „Besatzungszeit“, 87.

¹⁶⁴ Harmat, Die Medienpolitik der Alliierten, 60.

- *Keine Veröffentlichung von Material, das geeignet wäre, die öffentliche Ordnung zu gefährden.*¹⁶⁵

Dieses Dekret, das vom Alliierten Rat geschaffen wurde, wurde vor allem herangezogen, um Redakteure verschiedener Zeitungen zu mahnen, wenn „antialliierte Artikel“ oder Artikel, die „eine Neigung zur nationalsozialistischen Ideologie“ hatten, publiziert wurden. So bot das Dekret eine Möglichkeit der Kontrolle der Presse durch die Besatzungsmächte.¹⁶⁶

Insgesamt war der Wiederaufbau der österreichischen Zeitungslandschaft nach dem Zweiten Weltkrieg durch folgende Entwicklungen geprägt:

- Durch Maßnahmen der Besatzungsmächte und der österreichischen Regierung wurde die Zeitungslandschaft relativ schnell wiederaufgebaut. So gab es Ende 1945 bereits 32 Tageszeitungen, wovon es nur sechs bereits in der Ersten Republik gegeben hatte.
- Durch die Notwendigkeit einer Lizenzierung durch die Besatzungsmächte bei der Herausgabe einer neuen Zeitung gab es relativ wenige von Parteien oder Besatzungsmächten unabhängige Zeitungen. Die Zeitungslandschaft wurde vor allem durch Besatzungs- und Parteizeitungen geprägt. Dies lag auch am Modus der Papierverteilung, wo Parteizeitungen gegenüber unabhängigen Zeitungen bevorzugt wurden.
- Die Auflagen der 1945 neu geschaffenen Besatzungszeitungen gingen zwar über den Zeitraum der Besatzung zurück, aber ihr Einfluss, und hier ist vor allem der „Wiener Kurier“ zu nennen, blieb präsent.¹⁶⁷

¹⁶⁵ Harmat, Die Medienpolitik der Alliierten, 60.

¹⁶⁶ Harmat, Die Medienpolitik der Alliierten, 61-62.

¹⁶⁷ Müller, Informationsmedien in der „Besatzungszeit“ 87-88.

7.1. „Österreichische Zeitung“

Die Herausgabe eigener Zeitungen stellte für alle Alliierten eine wichtige medienpolitische Maßnahme dar. Wie weiter oben bereits erwähnt, wurde die „Österreichische Zeitung“ als erste Nachkriegs-Zeitung am 15. April 1945 herausgegeben. Der Titel zeigt bereits das klare Bekenntnis zu einer unabhängigen und freien österreichischen Nation.¹⁶⁸

Die Berichterstattung der „Österreichische Zeitung“ konzentrierte sich am Beginn auf Frontnachrichten und den Vormarsch der Roten Armee, Nachrichten und Berichte aus der Sowjetunion und internationale Themen, wie zum Beispiel der Amtsantritt von US-Präsident Truman. Die Zeitung hatte auch einen Kulturteil und publizierte Briefe österreichischer Kriegsgefangener.¹⁶⁹ Rudolf Tschögl schreibt außerdem, dass auch antinazistische Berichte und Berichte über den Wiederaufbau Österreichs und der Sowjetunion veröffentlicht wurden.¹⁷⁰

Die „Österreichische Zeitung“ erschien zunächst mit dem Untertitel „Frontzeitung für die Bevölkerung Österreichs“ bevor dieser im August 1945 auf „Zeitung der Roten Armee für die Bevölkerung Österreichs“ abgeändert wurde. Der Hinweis auf die Herausgeberschaft der Roten Armee blieb bis 1950 bestehen.¹⁷¹

Zu Beginn war die „Österreichische Zeitung“ noch keine Tageszeitung, sondern sie erschien im 6-Tages-Abstand. Erst ab Anfang September 1945 erschien die „Österreichische Zeitung“ täglich außer montags. Die Zeitung hatte einen Umfang von acht Seiten, die Sonntagsausgabe umfasste sogar zwölf Seiten. Im Jänner 1947 musste die Seitenanzahl wegen Papierknappheit und einer Krise in der Stromversorgung sogar auf zwei Seiten reduziert werden. Grundsätzlich war aber eine vergleichsweise hohe Seitenzahl möglich, da die Papierzuteilung die amerikanische und sowjetische Besatzungsmacht bevorzugte und die Auflage der „Österreichischen Zeitung“ geringer war als jene des „Wiener Kurier“.¹⁷²

¹⁶⁸ Mueller, Die „Österreichische Zeitung“, 16-17.

¹⁶⁹ Wolfgang Mueller, Österreichische Zeitung und Russische Stunde. Die Informationspolitik der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich 1945-1955 (Wien 1998) 93.

¹⁷⁰ Rudolf Tschögl, Tagespresse, Parteien und alliierte Besatzung. Grundzüge der Presseentwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945-1947 (Wien 1979) 56.

¹⁷¹ Mueller, Die „Österreichische Zeitung“, 17.

¹⁷² Mueller, Die „Österreichische Zeitung“, 18.

Die Zeitung wurde, bis die ersten Wiederaufbauarbeiten in Wien abgeschlossen waren, in Steinamanger (Szombathely) gedruckt und übersiedelte dann nach Wien in die Druckerei Waldheim-Eberle, in der zuvor der „Völkische Beobachter“ gedruckt worden war. Anfang August übersiedelte die „Österreichische Zeitung“ in das Gebäude der Rotationsdruckerei am Fleischmarkt 3-5 in der Wiener Innenstadt und die Druckerei Waldheim-Eberle wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht beschlagnahmt und als Redaktions- und Verlagsort für den „Wiener Kurier“ verwendet.¹⁷³

Die Redaktion der „Österreichische Zeitung“ setzte sich sowohl aus sowjetischem als auch aus österreichischem Personal zusammen. Zu Beginn überwogen Artikel von sowjetischen Mitarbeitern, aber im Laufe der Zeit wurden bis auf den Posten des Chefredakteurs und des Abteilungsleiters immer mehr Aufgaben von österreichischem Personal übernommen. Die Artikel der österreichischen Mitarbeiter mussten dem Ressortleiter, welcher immer ein sowjetischer Offizier war, vorgelegt werden und konnten nach etwaigen Änderungen publiziert werden. Bei diesen Änderungen handelte es sich aber meistens um stilistische Fragen, da die meisten österreichischen Mitarbeiter kommunistisch eingestellt waren und es so kaum zu ideologischen Meinungsverschiedenheiten kam. Bis auf die außenpolitischen Berichte, die hauptsächlich als fertige Artikel von TASS und Prawda übernommen wurden, stammten die meisten Artikel von österreichischen Journalisten. Wolfgang Müller charakterisiert die „Österreichische Zeitung“ als durchaus attraktiven Arbeitgeber, da einerseits die Bezahlung gut war und andererseits die Möglichkeit bestand, unter guten Bedingungen zu arbeiten und außer der Kontrolle durch den Ressortchef keine Form der Zensur bestand.¹⁷⁴

Die Ziele der „Österreichische Zeitung“ lassen sich in verschiedenen Phasen beschreiben. Für diese Arbeit ist vor allem der Übergang von der ersten in die zweite Phase interessant. So war das Hauptziel kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, die Bevölkerung mit lebenswichtigen Informationen über den Verlauf des Krieges, über Befehle der Besatzungsmacht, über Lebensmittelverteilungen und über Kleinanzeigen für den Austausch von Gütern und Dienstleistungen zu informieren. Diese Informationsaufgaben, die die „Österreichische Zeitung“ übernahm, waren

¹⁷³ Mueller, Die „Österreichische Zeitung“, 19.

¹⁷⁴ Mueller, Österreichische Zeitung und Russische Stunde, 95-98.

von großer Bedeutung und wurden auch von der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen. Neben dieser informativen Aufgabe war das Hauptmotiv zur Gründung dieser Zeitung auch die Rolle der Roten Armee zur Befreiung Österreichs zu betonen und für die Sowjetunion zu werben. Ab 1946 gab es, im Zuge der medialen Konfrontation mit den Westmächten, einen Wandel in der Zielsetzung der „Österreichischen Zeitung“. Wolfgang Müller bezeichnete diese Phase als „Ideologisierung“, die sich durch einen starken Antiamerikanismus auszeichnete.¹⁷⁵ Das folgende Zitat bringt diesen Wandel gut auf den Punkt:

„Es ist, wie gezeigt wurde, als ein Ausdruck der bereits erwähnten ‚Ideologisierung‘, eines Prozesses der ‚Einigelung‘ ideologischer Standpunkte, anzusehen, der in den Medien eine verbale Radikalisierung und wachsende Aggression bis hin zur hysterischen Rhetorik des Kalten Krieges, die trotz des Bekenntnisses zu ‚nüchterner Information‘ von Sensationsschlagzeilen und Falschmeldungen als propagandistischen Mitteln überreichen Gebrauch machte, mit sich brachte.“¹⁷⁶

Um den Erfolg einer Zeitung bewerten zu können, macht es Sinn, sich die Auflagenstärke anzusehen. Rudolf Tschögl hat für die „Österreichische Zeitung“ die Auflagenstärke für Juli 1947 herangezogen, die zwischen 30 000 und 50 000 Ausgaben täglich lag. Diesen laut Rudolf Tschögl und Wolfgang Müller geringen Erfolg der Zeitung führen sie auf die antisowjetische Grundstimmung der österreichischen Bevölkerung und auf die unausgefeilte Propagandastrategie der Sowjetunion zurück.¹⁷⁷ Das Problem an solchen Angaben ist, dass es nur wenige Untersuchungen zur Positionierung der „Österreichische Zeitung“ auf dem österreichischen Zeitungsmarkt gibt. Es gab verschiedene Umfragen zwischen 1947 und 1949 zur Frage: „Welche Zeitung lesen Sie?“, aber die Umfragen wurden alle von der amerikanischen Besatzungsmacht durchgeführt und deshalb sind die Ergebnisse kritisch zu betrachten. Die verschiedenen amerikanischen Schätzungen stimmten allerdings weitgehend miteinander überein und schwankten zwischen 30 000 Auflagen im August 1947 und 45 000 Auflagen im März 1949.¹⁷⁸ Wolfgang

¹⁷⁵ Mueller, Die „Österreichische Zeitung“, 25-26.

¹⁷⁶ Mueller, Die „Österreichische Zeitung“, 27.

¹⁷⁷ Tschögl, Tagespresse, Parteien und Alliierte Besatzung, 154.

¹⁷⁸ Mueller, Österreichische Zeitung und Russische Stunde, 101-103.

Müller gibt drei Faktoren an, warum diese amerikanischen Umfragen dennoch zutreffend sein könnten:

1. Es ist plausibel, dass die „Österreichische Zeitung“ durch die mehrheitlich antisowjetische Einstellung der Bevölkerung weitestgehend abgelehnt wurde.
2. Der amerikanische Informationsdienst überschätzte meist den sowjetischen Einfluss in Österreich, weshalb eine bewusste Herabsetzung der Auflagenstärke unwahrscheinlich ist.
3. Die durch die sowjetische Besatzungsmacht durchgeführten Zwangsmaßnahmen zur Absatzsteigerung beweisen den geringen Verkaufserfolg der „Österreichische Zeitung“. Laut Wolfgang Müller wurden dabei Trafikanten gezwungen mehr Zeitungen zu kaufen, als sie verkaufen konnten.¹⁷⁹

Die „Österreichische Zeitung“ war laut Wolfgang Müller eine äußerlich konservative und unmoderne Zeitung, die es nicht schaffte, mit den österreichischen Blättern und schon gar nicht mit dem modernen „Wiener Kurier“ zu konkurrieren.¹⁸⁰

7.2. „Wiener Kurier“

Auch die amerikanische Besatzungsmacht wusste um die Wichtigkeit einer deutschsprachigen Tageszeitung, um sich Einfluss und Kontrolle auf dem österreichischen Pressesektor zu sichern. Dafür wurde der US-Presseoffizier Colonel Albert W. Reid vom ISB-Chef Mc.Chrysal mit dem Aufbau einer eigenen Besatzungszeitung beauftragt.¹⁸¹

Die US-amerikaner wollten eine Zeitung nach dem Vorbild von „Salzburger Nachrichten“ und „Oberösterreichische Zeitung“ und warben dafür Oskar Maurus Fontana von der Zeitung „Neues Österreich“ als Chefredakteur ab.¹⁸² Oskar Maurus Fontana wurde aber bereits zum Jahreswechsel 1945/46 von dem US-Presseoffizier Hendric J. Burns abgelöst, da er es nicht schaffte, oder auch nicht forcierte, eine Zeitung nach US-amerikanischem Stile zu gestalten. Der Erfolg der Zeitung stellte sich erst dann ein, als US-Journalisten das Ruder übernahmen und

¹⁷⁹ Mueller, Österreichische Zeitung und Russische Stunde, 103.

¹⁸⁰ Mueller, Die „Österreichische Zeitung“, 33.

¹⁸¹ Michael Schönberg, Die amerikanische Medien- und Informationspolitik in Österreich von 1945 bis 1950 (Wien 1975) 139.

¹⁸² Oliver Rathkolb, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945 bis 1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur- und Rundfunkpolitik (Wien 1981) 116.

vor allem harte politische Berichte und Weltnachrichten mit dicken Schlagzeilen publizierten.¹⁸³ US-Medienexperte und dritter Chefredakteur des „Wiener Kurier“ Theodore Kaghan fasste den Fehler, den Oskar Maurus Fontana begangen hatte, folgendermaßen zusammen:

„Its news coverage was second-rate because the editors were allowed to devote too much space to ‚journalism‘, European-style, instead of news, American-style. The paper was heavy with culture and light on facts.“¹⁸⁴

Unter Fontana war der „Wiener Kurier“ eine unpolitische Zeitung mit kultureller Betonung, die sich der Verbreitung der Demokratie und dem Kampf gegen den Faschismus widmete. Auch unter Burns blieben diese Ziele bestehen, er gestaltete die Zeitung lediglich nach amerikanischem Vorbild um. Neben „Reeducation“ und Entnazifizierung legte Burns bereits einen großen Stellenwert auf die amerikanische Selbstdarstellung. Das heißt, dass die Position der amerikanischen Besatzungsmacht nicht angezweifelt bzw. erschüttert werden durfte. Dies wurde durch eine interne Zensur ermöglicht, die gegebenenfalls auch die Veröffentlichung von kritischen Meldungen verhinderte.¹⁸⁵ Laut Reinhold Wagnleitner wurden aber nicht nur positive Berichte über die USA publiziert. So veröffentlichte Theodore Kaghan auch kritische Beiträge über Missstände in den USA unter dem Motto: *„even when it hurts.“* Eben solche kritischen Artikel sollen das Ansehen des „Wiener Kurier“ gesteigert haben und vor allem dessen politische Glaubwürdigkeit erhöht haben.¹⁸⁶

Alfred Hiller schreibt, dass es eine der Hauptaufgaben des „Wiener Kurier“ war, den LeserInnen die offizielle amerikanische Version zu bestimmten Ereignissen nahezubringen, ohne dabei als Propagandablatt zu gelten.¹⁸⁷ Zu den Themen, die angesprochen wurden, gehörten neben antikommunistischen Berichten¹⁸⁸ vor allem pro-amerikanische Beiträge, die den ÖsterreicherInnen den „American way of life“ nahebringen sollten.¹⁸⁹ Allerdings schreibt Reinhold Wagnleitner, dass die positive Darstellung der amerikanischen Lebensweise und die Überbetonung der

¹⁸³ Reinhold Wagnleitner, *Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg* (Wien 1991) 113-114.

¹⁸⁴ Wagnleitner, *Coca-Colonisation und Kalter Krieg*, 114.

¹⁸⁵ Rathkolb, *Politische Propaganda*, 119-121.

¹⁸⁶ Wagnleitner, *Coca-Colonisation und Kalter Krieg*, 114.

¹⁸⁷ Alfred Hiller, *Amerikanische Medien- u. Schulpolitik in Österreich (1945-1950)* (Wien 1974) 45.

¹⁸⁸ Wagnleitner, *Coca-Colonisation und Kalter Krieg*, 114.

¹⁸⁹ Hiller, *Amerikanische Medien- u. Schulpolitik*, 49.

kommunistischen Bedrohung alleine nicht ausgereicht hätten, um die auflagenstärkste Tageszeitung in Wien zu werden. Entscheidend für den Erfolg waren das moderne Layout, knallige Schlagzeilen, gute Bilder und die scheinbare Trennung zwischen Nachrichten und Meinungen.¹⁹⁰ Eine Kolumne scheint hier besonders erwähnenswert, auch im Hinblick auf die Marshall-Plan Berichterstattung. Die „Stimme Amerikas“ stellte Artikel aus amerikanischen Tageszeitungen zu verschiedenen Themen gegenüber. Geschickterweise wurden dabei nicht nur regierungsfreundliche Artikel ausgewählt, sondern es kamen auch kritische Zeitungen zu Wort, was den österreichischen LeserInnen die Meinungsvielfalt und die lebendige Demokratie der USA aufzeigen sollte. Allerdings wurde bei der Auswahl sehr genau darauf geachtet, den politischen Gegnern kein Propagandamaterial zu liefern.¹⁹¹

„Die Stimme Amerikas, so lautete der Titel einer Kolumne des Wiener Kurier. Diese Überschrift wäre wohl auch ein passender Name für die Publikation als Ganzes gewesen.“¹⁹²

Es gab aber einige absolute Tabuthemen, wie zum Beispiel Berichte über den hohen Kalorienverbrauch in den USA, Fotos von Nahrungsmitteln, Kochrezepte, Reportagen von Festessen und Restaurants oder Berichte über Rekordern in den USA, außer diese Berichte wurden im Zusammenhang mit einer Nahrungsmittellieferung für Österreich veröffentlicht.¹⁹³

Der Erfolg des „Wiener Kurier“ lässt sich anhand der Auflagenhöhe und LeserInnenzahl darstellen. So steigerte sich die Auflagenhöhe von rund 250 000 Ausgaben im Januar 1945 auf ca. 300 000 Ausgaben im Juni 1946 und blieb dann relativ konstant bei dieser Auflagenhöhe. Bei einer Umfrage in der amerikanischen Besatzungszone Wiens, bei der 1000 Personen zwischen September und Oktober 1947 befragt wurden, gaben 69% an, regelmäßige oder zumindest gelegentliche LeserInnen des „Wiener Kurier“ zu sein.¹⁹⁴ Zum Vergleich gaben bei derselben Umfrage nur 3,5% an, Leserin oder Leser der „Österreichische Zeitung“ zu sein.¹⁹⁵

¹⁹⁰ Wagnleitner, Coca-Colonisation und Kalter Krieg, 115.

¹⁹¹ Hiller, Amerikanische Medien- u. Schulpolitik, 48.

¹⁹² Wagnleitner, Coca-Colonisation und Kalter Krieg, 116.

¹⁹³ Wagnleitner, Coca-Colonisation und Kalter Krieg, 115-116.

¹⁹⁴ Harmat, Die Medienpolitik der Alliierten, 78.

¹⁹⁵ Mueller, Die „Österreichische Zeitung“, 31.

Auch diese Zahlen sind wieder kritisch zu betrachten, da die Umfrage von der amerikanischen ISB durchgeführt wurde und nur Personen aus der amerikanischen Besatzungszone Wiens befragt wurden.

Der „Wiener Kurier“ war die stärkste Tageszeitung Wiens und wurde österreichweit nur von der „Arbeiter-Zeitung“ knapp übertroffen.¹⁹⁶

7.3. „War of Words“ zwischen „Wiener Kurier“ und „Österreichische Zeitung“

Unter dem „War of Words“ wird von Oliver Rathkolb eine offene Medien-Konfrontation zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungsmacht verstanden. Vor allem der „Wiener Kurier“ und die „Österreichische Zeitung“ trugen diesen Konflikt in Österreich aus. Über den Beginn der Konfrontation gibt es verschiedene Angaben in der Literatur, so setzt Stearman den Beginn auf den 11. Juli 1946, da an diesem Tag die „Österreichische Zeitung“ die amerikanische Besatzungsmacht für die Opposition gegen die sowjetischen Reparationsforderungen kritisierte.¹⁹⁷ Schönberg gibt den Spätwinter 1946 als Beginn für die Konfrontation an, da hier erstmalig von der kommunistischen Presse in Österreich Attacken gegen den US-Präsidenten Truman publiziert wurden.¹⁹⁸

Durch diese offene Medien-Konfrontation wurde, vor der österreichischen Öffentlichkeit, die Kriegskoalition faktisch aufgelöst und die Interessen der jeweiligen Besatzungsmacht traten in den Vordergrund. Der Höhepunkt dieser ideologischen Auseinandersetzung fand in Österreich zwischen 1947 und 1949 statt.¹⁹⁹

Die Themen des Konfliktes waren die allgemeine Politik der beiden Nationen, die Besatzungspolitik in Österreich und ab 1947 vor allem der Marshall-Plan.²⁰⁰ Auch Wolfgang Müller sieht in der Berichterstattung zum Marshall-Plan die erste Eskalation des „War of Words“. Parallel zu den Gesprächen über die ERP-Hilfe zwischen den USA und Österreich startete die „Österreichische Zeitung“ eine Kampagne mit zwei Hauptargumenten gegen den Marshall-Plan. So wurde einerseits mit einer angeblichen Gefährdung der Unabhängigkeit Österreichs sowie

¹⁹⁶ Berthold Molden, Die Ost-West-Drehscheibe. In: Manfred Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich (Wien/ Köln/ Weimar 2010) 696.

¹⁹⁷ Rathkolb, Politische Propaganda, 124.

¹⁹⁸ Schönberg, Die amerikanische Medien- und Informationspolitik, 92.

¹⁹⁹ Rathkolb, Kalter Krieg und politische Propaganda in Österreich, 24.

²⁰⁰ Molden, Die Ost-West-Drehscheibe, 700.

andererseits mit einer Verletzung des Zweiten Kontrollabkommens argumentiert. Weiters wurde behauptet, dass die USA Österreich in eine Art koloniale Abhängigkeit bringen wollten, um die Rohstoffversorgung für die US-Produktion zu sichern und einen europäischen Markt für US-Waren zu öffnen.²⁰¹

Die sowjetischen Zeitungen zerstörten durch eine permanente antiamerikanische Propaganda, die auch teilweise auf Fakten beruhte, ihre Wirksamkeit. Die amerikanischen Zeitungen hingegen schafften es durch dosierte antikommunistische Propaganda und gute Themenauswahl viel besser ihre Ziele umzusetzen. So reduzierten die amerikanischen Zeitungen ihre Angriffe auf die UdSSR in einer konfliktgeladenen Zeit, um den Marshall-Plan nicht zu gefährden und verstärkten die Propaganda in einer Phase der Beruhigung wieder.²⁰² Wie gezielt die amerikanische ISB ihr Propagandainstrument einsetzte, wird anhand einer Aussage von Theodore Kaghan von Ende 1948 sichtbar:

„I don't mean that the press doesn't have power, it has. It can educate, persuade, convince, build and destroy. It is a weapon. It is a tremendously powerful weapon. But at the same time it is an amazingly delicate weapon. You can't just load it full of words every day and fire away, and have the words hit your target.“²⁰³

²⁰¹ Mueller, Die „Österreichische Zeitung“, 40-41.

²⁰² Rathkolb, Kalter Krieg und politische Propaganda in Österreich, 26.

²⁰³ Rathkolb, Kalter Krieg und politische Propaganda in Österreich, 25.

8. Darstellung der Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse des „Wiener Kurier“

8.1. Werbung für den Marshall-Plan

Im Wiener Kurier wird immer wieder versucht, die Bedeutung und die Notwendigkeit des Marshall-Plans hervorzuheben. Dazu werden sowohl US-Politiker als auch Politiker aus der ganzen Welt, die sich positiv gegenüber dem Marshallplan geäußert haben, zitiert. Am 20. Juni 1947 wird die Rede des ehemaligen britischen Außenministers Robert Anthony Eden, die er bei einer Unterhausdebatte gehalten hat, wiedergegeben:

„Dieses großmütige Angebot hat Europa und der Welt neue Hoffnung gegeben. Es ist eine wirklich generöse Geste, die den Vergleich mit den großen Handlungen der Geschichte nicht zu scheuen braucht, denn Europa steht vor einer Wirtschaftskrise, die vielleicht in sechs oder in zwölf Monaten akut wird.“²⁰⁴

Der „Wiener Kurier“ zitiert am 9. Juli 1947 eine Rede von Außenminister Bevin die er im Zuge der Pariser Verhandlungen gehalten hat, in der er erklärt, dass der Marshall-Plan unbedingt erforderlich sei, um die Einheit Europas wiederherzustellen:

„Außenminister Bevin bezeichnete gestern den Marshall-Plan als den bedeutendsten Beitrag zur Herstellung der Einheit Europas. Europa, so führte Bevin aus, blute heute aus vielen Wunden, und es bestehe die Gefahr, daß sich dabei der ganze Kontinent verblute. Dem müsse unter allen Umständen Einhalt geboten werden, wobei alle Vorurteile ideologischer oder religiöser Art abgelegt werden sollten.“²⁰⁵

Am 14. August 1947 wird eine Stellungnahme des südafrikanischen Ministerpräsidenten Smuts publiziert, in der er sich für den Marshall-Plan ausspricht:

„Der südafrikanische Ministerpräsident Smuts sprach in einem Interview die Überzeugung aus, daß der Europa-Hilfsplan des amerikanischen

²⁰⁴ „Bevin ist gegen Einparteienstaaten in Osteuropa“, WK, 20. Juni 1947, 1.

²⁰⁵ „Einheit auf dem Kontinent Europa ist nur auf wirtschaftlicher Basis möglich“, WK, 9. Juli 1947, 1.

Außenministers Marshall das einzige und beste Mittel sei, unser Zeitalter vor einer neuen Katastrophe zu retten.“²⁰⁶

Der französische Ministerpräsident Ramadier erklärt in einer Rundfunkansprache, auf die im Wiener Kurier eingegangen wird, dass Frankreich auf die Zusammenarbeit mit allen Ländern angewiesen sei, aber ganz besonders auf die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten:

„Wolle Frankreich seine Vorkriegsproduktion erreichen und überschreiten, sei der Marshall-Plan unerlässlich.“

Neben der Bedeutung des Marshall-Plans für Europa wird auch die Hilfsbereitschaft der US-Bevölkerung und der Wille der USA Europa zu helfen immer wieder betont. So hat George C. Marshall bei der Jahresversammlung der Gouverneure der amerikanischen Bundesstaaten in Salt Lake City am 15. Juli 1947 die amerikanische Bevölkerung zur Hilfe für Europa aufgefordert:

„Unter Hinweis darauf, daß sich die USA heute an einem Wendepunkt in den Beziehungen zu ihren traditionellen Freunden unter den Nationen der Alten Welt befinden, forderte der Außenminister das amerikanische Volk auf, aufmerksam und mit verständnisvoller Sympathie die derzeit in Europa gemachten Anstrengungen zur Beseitigung der Barrieren zu verfolgen. ‚Die Vertreter der in Paris versammelten europäischen Staaten‘, erklärte Marshall, ‚sollen wissen, daß ihren Beratungen in diesem Lande aufrichtige Sympathie und ehrliche Hilfsbereitschaft entgegengebracht wird, denn wir sind an einer Lösung äußerst stark interessiert.“²⁰⁷

Am 24. Juli 1947 werden die Ergebnisse einer Umfrage zitiert, die die Meinung der amerikanischen Bevölkerung zum Marshall-Plan untersucht hat.

„Die große Mehrheit der Befragten billigt das Projekt. Von den Personen, welche die näheren Einzelheiten kannten, antworteten 57 Prozent zustimmend. 21 Prozent mißbilligten den Plan, während sich 22 Prozent keine Meinung gebildet hatten.“²⁰⁸

²⁰⁶ „Smuts ‚Europa-Hilfsplan Marshalls wird nicht versagen!‘“, WK, 14. August 1947, 8.

²⁰⁷ „Marshall: USA müssen weiterhin ihren Freunden in Europa helfen“, WK, 15. Juli 1947, 1.

²⁰⁸ „USA halten weiter an 40jährigem Sicherheitspakt über Deutschland fest“, WK, 24. Juli 1947, 1.

8.2. Blockbildung durch die Sowjetunion

Das Argument der Blockbildung ist sehr interessant, da es sowohl von sowjetischer Seite als auch von der amerikanischen Seite verwendet wird. Im „Wiener Kurier“ wird dieses Argument über den gesamten Untersuchungszeitraum bei verschiedenen Themen immer wieder vorgebracht. So wird bereits am 10. Juni 1947, also fünf Tage nach der Rede Marshalls an der Harvard Universität, auf das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz hingewiesen und dass man trotz der Verzögerungstaktik der Sowjetunion eine Verbesserung für Westeuropa schaffen könne. Es wird geschrieben, dass die Sowjetunion die Spaltung Europas in zwei Wirtschaftsräume zum Ziel habe:

New York Times: „Es besteht wenig Aussicht auf die Mitwirkung Rußlands, das offensichtlich die Absicht hat, Europa wirtschaftlich in zwei Teile zu spalten. Die freien Länder aber müssen sich einigen, soweit es in ihrer Macht steht. [...] Das Ziel wäre, ganz Europa oder, wenn dies nicht erreichbar ist, Westeuropa zu einem einheitlichen Produktionsgebiet zu machen, das seine Bevölkerung ernähren und seine Schulden bezahlen kann.“²⁰⁹

Auch die französische Presse, die über die Beratungen von Bevin, Bidault und Ramadier in Paris berichtet hat, wird zitiert. Dabei wird ein mögliches Scheitern der Beratungen in den Raum gestellt und die Verantwortung für eine mögliche Blockbildung Europas wird bereits der Sowjetunion zugeschoben:

„Das MRP-Blatt ‚Aube‘ ist überzeugt, daß Rußland sich nicht weigern werde, ebenfalls von dem Plan zu profitieren, da es andernfalls für die Teilung Europas die alleinige Verantwortung trüge.“²¹⁰

Im Vorfeld der Verhandlungen zwischen Bevin, Bidault und Molotow Anfang Juli wird also bereits die Teilung Europas in den Raum gestellt und die Schuld daran der Sowjetunion gegeben. Bereits am 27. Juni 1947 wird geschrieben, dass ein Scheitern, ähnlich der Moskauer Außenministerkonferenz, nicht akzeptabel sei:

„Aus französischen Kreisen verlautete dazu, daß Außenminister Bidault besonders darauf bedacht sein werde, daß nicht wieder Argumente rein

²⁰⁹ „Die Stimme Amerikas: Marshalls Europa-Wirtschaftsprogramm“, WK, 10. Juni 1947, 2.

²¹⁰ „Verheißungsvoller Anfang der Pariser Konferenz über Europas Wiederaufbau“, WK, 18. Juni 1947, 1.

prinzipieller Natur die Verhandlungen blockieren, wie dies bereits bei der Moskauer Konferenz der Fall war.“²¹¹

Am 2. Juli, am Tag, an dem die Verhandlungen abgebrochen worden sind, wird wieder geschrieben, dass ein mögliches Scheitern die Schuld der Sowjetunion sei:

„In Paris herrscht eine fieberhafte Spannung, werden doch die nächsten Stunden die Entscheidung darüber bringen, ob sich Rußland doch noch in zwölfter Stunde entschließt, seine hartnäckigen Einwendungen fallen zu lassen und an dem amerikanischen Plan teilzunehmen. Man ist sich völlig bewußt, daß eine Ablehnung seitens Rußlands – mit der man bereits halb rechnen – die Spaltung Europas vertiefen würde.“²¹²

Am 3. Juli, nachdem die Verhandlungen endgültig gescheitert sind, schreibt der „Wiener Kurier“:

„Die Pariser Konferenz wurde gestern endgültig als ergebnislos abgebrochen, da Außenminister Molotow den letzten Kompromißvorschlag Bidaults zurückwies. Molotow gab nicht nur nicht das geringste Zeichen einer Bereitwilligkeit zur Verständigung, sondern verließ die Konferenz noch mit einer Warnung an die beiden Westmächte, daß der anglo-französische Vorschlag keine guten Ergebnisse zeitigen und Großbritannien und Frankreich mit ihren Maßnahmen eine Teilung Europas herbeiführen würden. Die Außenminister der Westmächte wiesen diese Drohung Molotows mit äußerst scharfen und bestimmten Worten zurück.“²¹³

In den folgenden Wochen und Monaten berichtet der „Wiener Kurier“ immer wieder über die sowjetischen Bestrebungen, den Marshall-Plan, oder zumindest die Teilnahme der sowjetischen Satellitenstaaten, zu verhindern. Im Zusammenhang mit der Nichtteilnahme osteuropäischer Staaten wird der Verweis auf die Sowjetunion vorgenommen und ihr die Schuld an der Spaltung Europas gegeben. Begründet wird dieser Vorwurf dadurch, dass sich das amerikanische Angebot immer an alle europäischen Staaten gerichtet habe und dass niemand, außer Spanien, von den Verhandlungen ausgeschlossen worden sei.

²¹¹ „Heute beginnt die Pariser Konferenz über Europas Wiederaufbau“, WK, 27. Juni 1947, 1.

²¹² „Frankreich versucht doch noch die Pariser Konferenz zu retten“, WK, 2. Juli 1947, 1.

²¹³ „Westmächte werden ohne Rußland am Marshall-Plan weiterarbeiten“, WK, 3. Juli 1947, 1.

New York Times: *„Wenn daher die Beratungen und der Wiederaufbau Europas ohne Rußland vorgenommen werden müssen oder wenn Rußland seine Satellitenstaaten veranlaßt, die Bemühungen zu boykottieren oder zu sabotieren und Europa damit in zwei Lager gespalten wird, dann wird dies Rußland zuzuschreiben sein.“*²¹⁴

*„Obzwar sich die Sowjetunion in gleichem Maße wie die Vereinigten Staaten und Großbritannien zur Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreichs verpflichtet hat zeigten die Ereignisse der Nachkriegsjahre die grundlegenden Unterschiede zwischen der russischen Auffassung von Freiheit und Unabhängigkeit und jener der westlichen Demokratien deutlich auf. Es ist nun klar, daß die Russen und ihre kommunistischen Handlanger, während sie laut über die Bildung eines ‚Westblocks‘ aufschrien, selbst eifrig am Werke waren, einen Ostblock zu schaffen.“*²¹⁵

*„Großbritannien und Frankreich ergriffen den Vorschlägen Marshalls entsprechend die Initiative und beriefen eine europäische Wiederaufbaukonferenz ein, zu der sie auch die Nationen Osteuropas mit Einschluß Rußlands einluden. Diese nahmen auch an der ersten Sitzung in Paris teil, doch verweigerte Rußland die Mitarbeit; bei der zweiten Sitzung erschien Rußland nicht, und mit ihm blieben seine acht Satellitennationen fern, nämlich die Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Finnland und Albanien, die zusammen eine Bevölkerung von 87 Millionen repräsentieren.“*²¹⁶

Der „Wiener Kurier“ zitiert auch den österreichischen Außenminister Dr. Gruber der in einem Radiovortrag zum Marshall-Plan erklärt hat, dass nicht der Marshall-Plan für die Spaltung Europas verantwortlich sei, sondern seine Gegner:

„Gegen den Marshall-Plan wurden verschiedene Vorwürfe erhoben. Wieso aber zum Beispiel eine neue Form der internationalen Zusammenarbeit, aufgebaut auf einer großzügigen amerikanischen Hilfe, zu der noch dazu sämtliche Staaten Europas eingeladen waren, eine Blockbildung darstellen soll,

²¹⁴ „Die Stimme Amerikas: Von Rußland hängt die Teilung Europas ab“, WK, 7. Juli 1947, 2.

²¹⁵ „Unsere Meinung: Worte und Taten“, WK, 19. Juli 1947, 2.

²¹⁶ „Was der ‚Marshall-Plan‘ will“, WK, 6. September 1947, 2.

*ist nicht recht verständlich. Zu einer Blockbildung könnte eine solche Vereinbarung höchstens durch die ständigen Attacken ihrer Gegner werden.*²¹⁷

Ab Oktober 1947 wird über die Neugründung der Kominform berichtet und darin die sowjetische Absicht, Europa in zwei Teile zu spalten, gesehen.

New York Times: *„Die ganze Angelegenheit hat aber auch eine positive Seite, da die russischen Absichten bis ins letzte klargeworden sind und die kommunistischen Parteien in allen Ländern als Werkzeuge des russischen Imperialismus gebrandmarkt sind. Der russische Schritt ist ein weiterer Ausdruck jener Politik, die die Welt in zwei Lager trennte.*²¹⁸

8.3. Marshall-Plan und Truman-Doktrin

In der Berichterstattung des „Wiener Kurier“ wird der Marshall-Plan immer wieder mit der Truman-Doktrin in Verbindung gebracht. So wird in der Ausgabe vom 10. Juni 1947 in der Spalte „Die Stimme Amerikas“, in der Auszüge aus Leitartikeln der US-Presse veröffentlicht werden, darauf eingegangen, dass die Truman-Doktrin nun weiterentwickelt werden müsse.

New York Times: *„Der nächste Schritt zur Entwicklung der Truman-Doktrin besteht darin, sie vielseitig und wirksam zu gestalten. Dazu ist eine Wirtschaftskonferenz in Europa erforderlich, zu welcher Großbritannien und die Vereinigten Staaten als interessierte Parteien eingeladen werden müssten.*²¹⁹

In der Ausgabe vom 20. Juni wird in der Spalte „Die Stimme Amerikas“ darauf hingewiesen, dass weder der Marshall-Plan noch die Truman-Doktrin irgendwelche Aggressions- oder Unterwerfungsbestrebungen vorsehen würden. Allerdings wird auch klargestellt, dass der Marshall-Plan eine neue Version der Truman-Doktrin sei.²²⁰

New York Times: *„Erstens stellt der Plan Marshalls keinen Rückzug gegenüber der Truman-Doktrin dar, sondern diese tritt durch ihn erneut in*

²¹⁷ „Marshall-Plan ist Großangriff auf das wirtschaftliche Elend in Europa“, WK, 25. September, 4.

²¹⁸ „Die Stimme Amerikas: Neugegründete Komintern ist ein Angriff auf den Marshall-Plan“, WK, 8. Oktober 1947, 2.

²¹⁹ „Die Stimme Amerikas: Marshalls Europa-Wirtschaftsprogramm“, Wiener Kurier (WK), 10. Juni 1947, 2.

²²⁰ „Die Stimme Amerikas: Marshall-Plan und Truman-Doktrin gehen Hand in Hand“, WK, 20. Juni 1947, 2.

Erscheinung. Die Truman-Doktrin bringt nicht nur die Entschlossenheit Amerikas zum Ausdruck, freien Völkern Hilfe zu leisten, welche sich gegen die Unterwerfungsversuche durch Druck von außen oder durch bewaffnete Minderheiten zur Wehr setzen, sondern auch den Willen der Vereinigten Staaten, gegen Not und Elend anzukämpfen.“²²¹

Am 12. Juli 1947 reagiert der „Wiener Kurier“ auf Kritik des sowjetischen Rundfunks und der sowjetischen Presse und schreibt:

„Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sind vielleicht auf ihrem tiefsten Punkt seit Beginn der Roosevelt-Ära angelangt. Die Russen sehen zwischen der Truman-Doktrin und dem Marshall-Plan keinen Unterschied mehr. Nach ihrer Ansicht sind ‚gewisse Kreise‘ in den Vereinigten Staaten an dieser Entwicklung schuld, wie auch die Außenminister Bevin und Bidault für die praktische Durchführung verantwortlich sind.“²²²

Es wird allerdings nicht näher darauf eingegangen, inwiefern sich die Truman-Doktrin und der Marshall-Plan unterscheiden. Vielmehr wird im Juni 1947 noch berichtet, dass der Marshall-Plan eine Fortsetzung der Truman-Doktrin sei. Eine konkrete Unterscheidung zwischen den Zielen des Marshall-Plans und der Truman-Doktrin wird dann am 5. September 1947 vorgenommen.

„In der Überzeugung, daß Europa und vornehmlich Großbritannien, was die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung sowie das Transportwesen betrifft, vor einem schwereren Winter als dem vergangenen stehen, seien die Diplomaten zu der Erkenntnis gekommen, daß nur schnelles Handeln des Kongresses die Krise erleichtern und dem Marshall-Plan zu Europas Wiederaufbau sowie die Truman-Doktrin zur Bekämpfung des Weltkommunismus zu retten vermöge.“²²³

Am 8. Oktober 1947 wird in der Spalte „Die Stimme Amerikas“ die Bedeutung des Marshall-Plans und der Truman-Doktrin für die westliche, demokratische

²²¹ „Die Stimme Amerikas: Marshall-Plan und Truman-Doktrin gehen Hand in Hand“, WK, 20. Juni 1947, 2.

²²² „Heute eröffnet Bidault in Paris Europas Wiederaufbau-Konferenz“, WK, 12. Juli 1947, 1.

²²³ „Einberufung einer Sondersitzung des US-Kongresses wird erwogen“, WK, 5. September 1947, 1.

Lebensweise betont. Es wird geschrieben, dass „*die russische Revolution in eine napoleonische Phase eingetreten ist*“²²⁴ und, dass die Sowjetunion so viele Länder wie möglich in ihren Einflussbereich bringen möchte.

New York Times: „*Die russische Maßnahme kann dem Selbsterhaltungstrieb der demokratischen Welt nur neuen Auftrieb geben, und die erste praktische Auswirkung muß die Wiedergesundung des westlichen Europa sein. Der russische Schritt hat Notwendigkeit und Dringlichkeit der Truman-Doktrin und des Marshall-Planes bewiesen.*“²²⁵

8.4. Kritik an der Sowjetunion

In dieser Kategorie wird die Kritik, die vom „Wiener Kurier“ gegenüber der Sowjetunion vorgebracht wird, dargestellt. Der Vorwurf, dass die Sowjetunion eine gezielte Spaltung Europas vorantreibe, wird so oft publiziert, dass ich dafür eine eigene Kategorie gebildet habe. Im Zeitraum der Konferenz der drei Außenminister Ende Juni/Anfang Juli wird vermehrt geschrieben, dass die Sowjetunion die Verhandlungen bewusst blockieren würde, genauso, wie sie das bereits bei der Moskauer Außenministerkonferenz gemacht habe. Am 20. Juni 1947 wird im „Wiener Kurier“ eine Rede von Bevin zitiert, in der er diesen Vorwurf, ohne die Sowjetunion konkret zu nennen, bereits geäußert hat.

„*Er unterstrich auch in der Unterhausdebatte erneut die Bedeutung des Marshall-Plans und erklärte, es sei von größter Wichtigkeit, ihn so schnell wie möglich in die Tat umzusetzen. Unter Hinweis auf die Moskauer Konferenz rief Bevin unter großem Beifall des Hauses auf: ‚Ich werde nicht mittun, wenn man versucht, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas durch Finessen des Verfahrens oder ähnlichen Klimbim aufzuhalten.*“²²⁶

„*Aus französischen Kreisen verlautete dazu, daß Außenminister Bidault besonders darauf bedacht sein werde, daß nicht wieder Argumente rein*

²²⁴ „Die Stimme Amerikas: Neugegründete Komintern ist ein Angriff auf den Marshall-Plan“, WK, 8. Oktober 1947, 2.

²²⁵ „Die Stimme Amerikas: Neugegründete Komintern ist ein Angriff auf den Marshall-Plan“, WK, 8. Oktober 1947, 2.

²²⁶ „Bevin ist gegen Einparteienstaaten in Osteuropa“, WK, 20. Juni 1947, 1.

prinzipieller Natur die Verhandlungen blockieren, wie dies bereits bei der Moskauer Konferenz der Fall war.“²²⁷

Beispiele, wie die Sowjetunion die Verhandlungen blockieren würde, werden am 30. Juni 1947 und am 1. Juli 1947 vorgebracht. So sollen Meinungsverschiedenheiten zwischen Molotow auf der einen Seite und Bevin und Bidault auf der anderen Seite vorliegen und so einen Fortschritt der Verhandlungen behindern. Diese Meinungsverschiedenheiten betreffen vor allem die Frage nach dem Umfang der US-Finanzhilfe. Molotow will den Umfang der Hilfe wissen, bevor man über einen Marshall-Plan verhandelt. Frankreich und England sehen die Initiative für ein europäisches Wiederaufbauprogramm allerdings bei Europa, weshalb Europa und nicht die USA einen Vorschlag ausarbeiten müsse.

„Außenminister Molotow, der einigemal scharf mit Außenminister Bevin zusammenstieß, weigerte sich, einem anglo-französischen Wiederaufbauprogramm für Europa zuzustimmen. Molotow wies darauf hin, daß der britische Vorschlag nichts anderes sei als ein Abklatsch des französischen Planes, den er bereits zu Beginn der Verhandlungen abgelehnt hätte. Beide Pläne würden den Versuch einer Einmischung in die wirtschaftlichen Angelegenheiten anderer Staaten darstellen.“²²⁸

„Wenn man Europa wieder zu produktiver Arbeit bringen wolle, könne man keine Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung des Marshall-Planes oder eine Verzögerung unerläßlicher gemeinsamer Aktionen in nächster Zukunft dulden.“²²⁹

„Außenminister Bevin erklärte, Großbritannien stelle sich vollinhaltlich hinter den neuen Kompromißvorschlag Frankreichs. Molotow dagegen soll nach einem kurzen Blick auf das Schriftstück erklärt haben, der neue Plan weiche nicht wesentlich von dem bereits abgelehnten ab.“²³⁰

Neben der fehlenden Verhandlungsbereitschaft, für die die Sowjetunion kritisiert wird, wird ihr auch vorgeworfen Tatsachen zu verdrehen. Diese Verdrehung der

²²⁷ „Heute beginnt die Pariser Konferenz über Europas Wiederaufbau“, WK, 27. Juni 1947, 1.

²²⁸ „Bisher kein Erfolg in Paris für Europas Wiederaufbau“, WK, 1. Juli 1947, 1.

²²⁹ „Bisher kein Erfolg in Paris für Europas Wiederaufbau“, WK, 1. Juli 1947, 1.

²³⁰ „Kompromißvorschlag Bidaults an Rußland: Frankreich versucht doch noch die Pariser Konferenz zu retten“, WK, 2. Juli 1947, 1.

Tatsachen verursache Missverständnisse im Ausland über die Ziele des Marshall-Plans.

„Ein böswillige Propaganda habe die Hilfsbereitschaft der Vereinigten Staaten in phantastischer Verdrehung der Wahrheit so hingestellt, als ob die Vereinigten Staaten damit imperialistische Ziele verfolgten und den Empfängern eine Art politischer oder wirtschaftlicher Herrschaft aufzwingen wollten, erklärte Außenminister Marshall gestern in einer Rede vor dem Klub der amerikanischen Journalistinnen.“²³¹

In einem Artikel am 12. Juli 1947 wird darauf eingegangen, dass sich die USA verpflichtet habe, beim europäischen Wiederaufbau eine entscheidende Rolle zu spielen, aber die Sowjetunion diese Aufgabe sehr erschwere, bzw. sogar den Frieden gefährde.

„Das schwierigste internationale Problem liegt jedoch darin, sich mit der Sowjetunion ins Einvernehmen zu setzen. [...] Wenn die amerikanische Initiative weiterhin vorherrschend bleiben soll, muß sich die Welt von zwei grundlegenden Tatsachen überzeugen: erstens, daß unsere Nation von sich aus jede Intoleranz auf das entschiedenste ablehnt, und zweitens, daß die von der Sowjetregierung und der sowjetrussischen kommunistischen Partei überall beharrlich verfolgte Methode der Intoleranz, der Unterdrückungs- und Zwangsmaßnahmen, der versteckten Infiltrationsmethoden, der propagandistischen Täuschung und der geheimen Absichten den Frieden bedroht.“

8.5. Eigeninitiative Europas gefordert

Über den gesamten Untersuchungszeitraum wird immer wieder die Notwendigkeit eines europäischen Wiederaufbauprogramms, das durch die europäischen Staaten selbst durchgeführt wird, betont. Hierzu blickt der „Wiener Kurier“ am 10. Juni 1947, auf die vorangegangenen Wirtschaftshilfen zurück, indem er in „Die Stimme Amerikas“ Auszüge aus der US-amerikanischen Presse zitiert, die auf die veränderte Wirtschaftshilfepolitik eingeht.

Washington Star: *„Bisher hat Amerika unter Aufwand von vielen Millionen Dollar unzusammenhängende Hilfsaktionen zugunsten einzelner Länder*

²³¹ „Böswillige Propaganda entstellt die Absichten der Vereinigten Staaten“, WK, 2. Juli 1947, 1.

unternommen, ohne Berücksichtigung der Erfordernisse des ganzen Kontinents. Von nun an soll das Programm so weit als möglich ergänzt und vereinheitlicht werden. Um dies zu erreichen, schlug der Außenminister Marshall vor, daß die europäischen Regierungen selbst die Initiative ergreifen mögen.“²³²

Der „Wiener Kurier“ betont immer wieder, dass die USA keinen Vorschlag machen würden und auch keine Zahlen über den Umfang nennen könnten, da die europäischen Länder selber feststellen sollen, wie viel man aus eigener Leistung produzieren kann und wieviel die USA noch beisteuern müsse. Nachdem der Bedarf geprüft worden sei, sollte den USA ein Vorschlag unterbreitet werden. Diese Vorgehensweise würde wiederum von der Sowjetunion stark kritisiert und sei auch ein Mitgrund für den Abbruch der Konferenz der drei Außenminister Anfang Juli 1947 gewesen.

„Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums stellte gestern fest, Außenminister Marshall habe allen Nachdruck auf die Tatsache gelegt, daß die Initiative nunmehr in den Händen der europäischen Länder liege und er mit weiteren Vorschlägen warten wolle, bis sein Plan angenommen oder abgelehnt wäre.“²³³

New York Times: *„Der zweite Punkt besagt, daß die amerikanische Hilfeleistung bezüglich ihres Umfangs und ihrer Verteilung unbedingt davon abhängen wird, welche Anstrengungen die verschiedenen Völker selbst zur Durchführung des Wiederaufbauprogramms auf sich zu nehmen bereit sind. Nachdem die Produktion die Grundlage für die wirtschaftliche Gesundung ist, muß Amerika seine Hilfe jenen Projekten zuwenden, welche am ehesten eine Hebung der europäischen Produktion versprechen.“²³⁴*

„Der bereits in Wien eingetroffene Leiter der österreichischen Delegation, Minister a. d. Dr. Taucher, erklärte einem Mitarbeiter der APA, daß es Aufgabe der Konferenz sei, zunächst zu ermitteln, wieweit sich Europa selbst helfen

²³² „Die Stimme Amerikas: Marshalls Europa-Wirtschaftsprogramm“, WK, 10. Juni 1947, 2.

²³³ „England wird Rußlands Stellungnahme zu Europahilfsplan fordern“, WK, 17. Juni 1947, 1.

²³⁴ „Die Stimme Amerikas: Marshall-Plan und Truman-Doktrin gehen Hand in Hand“, WK, 20. Juni 1947, 2.

*kann. Erst dann wird festzustellen sein, was noch fehlt und was Amerika zu decken vermag.*²³⁵

In der amerikanischen Armeezeitung wird immer wieder der freundschaftliche Charakter des Marshall-Plans betont. Das Ziel sei ein langfristiger Wiederaufbau Europas mit Unterstützung der USA, zumindest soweit dies möglich sei. Außerdem wird geschrieben, dass die Souveränität der europäischen Staaten nicht gefährdet werde, da die USA lediglich die Hilfe, die in Europa benötigt werde, leiste, sich aber nicht aktiv an den Verhandlungen beteilige. Die Initiative und das Engagement müsse von Europa kommen.

*„Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft Europas – unternommen aus Europas eigener Kraft unter großzügiger Beihilfe der Vereinigten Staaten – das ist das Ziel der Bestrebungen, die jetzt unter dem Namen ‚Marshall-Plan‘ zusammengefaßt werden. [...] Der Hauptzweck ist – nach den Worten Marshalls – Europa auf seine eigenen Füße zu stellen; Amerika wird gerne helfen dieses Ziel zu erreichen.“*²³⁶

*„Es ist eine der wichtigsten Voraussetzungen des europäischen Wiederaufbaues, daß er von den europäischen Regierungen durchgeführt wird und nicht durch ein direktes Eingreifen der Vereinigten Staaten, [...]. Sollten die Vereinigten Staaten versuchen, das Programm zu dirigieren, dann würden sie sich der Beschuldigung aussetzen, eine wirtschaftliche Herrschaft anzustreben. Dagegen werden die USA den europäischen Ländern mit freundlichem Rat zur Seite stehen.“*²³⁷

„Bezüglich des Marshall-Plans erklärte der amerikanische Handelsminister, dieser achte die Souveränität der europäischen Völker. Voraussetzung sei aber, daß die Empfängerstaaten sich nicht bloß als Empfänger von Wohltaten, sondern als arbeitsame Völker erweisen, die sich in weitem Ausmaß

²³⁵ „Bevor Amerika hilft, muß Europa seine eigenen Mittel feststellen“, WK, 28. Juli 1947, 1.

²³⁶ „Was der ‚Marshall-Plan‘ will“, WK, 6. September 1947, 2.

²³⁷ „Sechs Voraussetzungen für die praktische Durchführung des Marshall-Planes“, WK, 8. September 1947, 4.

selbst helfen und hiezu die ihnen dargebotene Hilfe zur Wiederherstellung der Produktionskraft verwenden.“²³⁸

8.6. Alternativen zum Marshall-Plan

Bereits am 12. Juli 1947, am Tag der Eröffnung der Pariser Wiederaufbaukonferenz, wird im „Wiener Kurier“ von einem Gegenplan der Sowjetunion zum Marshall-Plan berichtet. Allerdings wird nicht näher darauf eingegangen, woher diese Informationen stammen, bzw. wie ein sowjetischer Plan aussehen würde.

„Gegenplan der Sowjetunion für Osteuropa? [...]. Die Aussichten einer fest umrissenen wirtschaftlichen Hilfe der Sowjetunion an einige europäische Länder, vor allem an die, welche sich nicht mit dem Marshall-Plan identifizieren, nahm gestern in Kreisen ausländischer Beobachter feste Konturen an.“²³⁹

Mitte August werden in „Die Stimme Amerikas“ Berichte über ein britisches Wirtschaftsprogramm publiziert, das zusätzlich zum Marshall-Plan umgesetzt werden solle. Dieses Wirtschaftsprogramm „Attlees“ solle das britische Finanzproblem lindern, aber es wird auch darauf hingewiesen, dass noch kein konkreter Plan erstellt worden sei. Während des Untersuchungszeitraums wird im „Wiener Kurier“ nicht mehr auf dieses britische Wirtschaftsprogramm eingegangen.

New York Times: „Das neue Programm, mit welchem Großbritannien intensivere Anstrengungen zum Wiederaufbau einleiten will, setzt sich zum Ziel, die eigenen wirtschaftlichen Hilfsquellen weiter zu entwickeln und die Produktion zu erhöhen. Insbesondere verfolgt es den Zweck, die Transportmittel weiter auszubauen, die Lebensmittelaufbringung zu bessern und den Export zu erhöhen. Es sollen vor allem jene Produktionsgebiete bevorzugt berücksichtigt werden, welche für den Wiederaufbau von Bedeutung sind.“²⁴⁰

New York Herald Tribune: „Ob das Programm Premierminister Attlees ausreichen wird, über die Kluft hinwegzukommen, welche zwischen den

²³⁸ „US-Handelsminister Harriman fordert weitere Ernährungshilfe für Europa“, WK, 16. September 1947, 1.

²³⁹ „Heute eröffnet Bidault in Paris Europas Wiederaufbau-Konferenz“, WK, 12. Juli 1947, 1.

²⁴⁰ „Die Stimme Amerikas: Marshall-Plan kann Englands Wirtschaftslage bessern“, WK, 12. August 1947, 2.

Dollareinnahmen und Dollarausgaben besteht, hängt selbstverständlich davon ab, wie energisch es durchgeführt wird.“²⁴¹

Ab September 1947 wird die Notwendigkeit einer kurzfristigen Hilfe für Europa diskutiert, da sich die Situation in Europa durch den kalten Winter, die Trockenheit, Missernten und finanzielle Beschränkungen in einigen Ländern verschärft habe. Langfristig werde der Marshall-Plan diese Probleme lösen, aber eine Soforthilfe solle die größten Versorgungsprobleme lindern.

„Die dringende Notwendigkeit einer vorläufigen Hilfestellung an Europa noch vor Verwirklichung des Programms, das gegenwärtig in Paris ausgearbeitet wird, war gestern Gegenstand einer Pressekonferenz des amerikanischen Außenministers Marshall. Er betonte, die Beendigung der gegenwärtig laufenden eingehenden Untersuchungen könne nicht abgewartet werden.“²⁴²

New York Herald Tribune: *„Außenminister Marshall hat das Problem in zwei Teile zerlegt: in den auf lange Sicht berechneten Wiederaufbauplan und die Maßnahmen der Nothilfe, die seiner Meinung nach sofort ergriffen werden müssen, um der Drohung einer untragbaren Hunger- und Kältekatastrophe in Europa zu begegnen.“²⁴³*

Das Ende September neu gegründete Kommunistische Informationsbüro (Kominform) wird im Westen als Neuauflage der 1943 aufgelösten Komintern gesehen.²⁴⁴ Wahrscheinlich wird auch deshalb im „Wiener Kurier“ über die Komintern geschrieben und nicht über die Kominform, wie sie eigentlich heißt. Die Kominform wird im „Wiener Kurier“ als große Gefahr für den westeuropäischen Wiederaufbau gesehen, da man ein wirtschaftliches Chaos befürchtet.

„Der geschäftsführende amerikanische Außenminister Lovett erklärte gestern, das neue Programm des neuen kommunistischen Informationsbüros, das kürzlich auf der Konferenz der neun kommunistischen Parteien in

²⁴¹ „Die Stimme Amerikas: Marshall-Plan kann Englands Wirtschaftslage bessern“, WK, 12. August 1947, 2.

²⁴² „Marshall: Sofortige Hilfe für Europa ist dringend nötig“, WK, 11. September 1947, 1.

²⁴³ „Die Stimme Amerikas: Amerika darf die Not in Europa nicht leichtnehmen“, WK, 12. September 1947, 2.

²⁴⁴ Rolf Steininger, Der Wiederaufbau der Sozialistischen Internationale. Deutschland und der Marshall-Plan. In: Othmar Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt am Main 1986), 489.

Warschau errichtet wurde, würde im Falle seiner Durchführung zu einem wirtschaftlichen Chaos in Europa führen. Nach Ansicht des amerikanischen Außenministeriums gleicht das in Warschau erlassene Manifest einem Eisberg, dessen größerer Teil unter dem Wasserspiegel liegt.“²⁴⁵

New Orleans States: „Die Welt kann jetzt sehen, daß die Kommunisten in neun europäischen Ländern eng verbunden sind, um den Marshall-Plan zu sabotieren und den Vereinigten Staaten und den mit ihnen befreundeten Nationen möglichst großen Abbruch zu tun. Die neue Komintern ist das Zeichen, daß die kommunistische Koalition dazu verurteilt ist, die westlichen Staaten auf der Seite der Demokratie zu erhalten. Man kann erwarten, daß nun ein stärkerer Druck auf Österreich, Frankreich und Italien ausgeübt werden wird, um diese Länder in die Arme des Kommunismus zu treiben.“²⁴⁶

„Die kommunistischen Parteien wollen in Europa, die Herstellung geordneter Lebensverhältnisse unmöglich machen, da sie erkannt haben, daß Chaos und Unordnung jene Atmosphäre schaffen, die die Vorbedingung für ihre Machtergreifung ist‘, erklärte der amerikanische Handelsminister Harriman gestern in einer Rede vor der ‚Inland Press Association‘. Die Vereinigten Staaten müßten dagegen ihre Bemühungen um die Wiedererrichtung der Weltwirtschaft trotz dem Versuch der Sowjetunion, die Ziele der USA zu entstellen und den Wiederaufbau Europas zu verzögern, auch weiterhin fortsetzen.“²⁴⁷

8.7. Österreich und der Marshall-Plan

Am 3. Juli 1947 wird ein Interview von Bundeskanzler Figl zitiert, in dem er auf die amerikanischen Pläne für den europäischen Wiederaufbau näher eingeht. Er versichert, dass eine Annahme dieser Hilfeleistungen die österreichische Souveränität nicht gefährde und dass die Teilnahme an diesem Programm an keine politischen Gegenleistungen geknüpft sei. Am 9. Juli informiert der „Wiener Kurier“,

²⁴⁵ „USA erklären: Die Komintern zielt auf wirtschaftliches Chaos in Europa ab“, WK, 9. Oktober 1947, 1.

²⁴⁶ „Die Stimme Amerikas: Neugründung der Komintern ein Zeichen der Schwäche“, WK, 11. Oktober 1947, 3.

²⁴⁷ „Komintern will geordnete Lebensverhältnisse unmöglich machen“, WK, 15. Oktober 1947, 1.

dass Österreich die Einladung zur Pariser Konferenz, die am 12. Juli 1947 beginnt, angenommen habe.

„Die Stellungnahme der Bundesregierung zum sogenannten Marshall-Plan umriß der Kanzler dahingehend, daß die Regierung jeden Plan begrüße, der zur internationalen Zusammenarbeit, zur Sicherung des Friedens und zur Förderung des Wohlstandes der Völker beiträgt.“²⁴⁸

„In der über diesen Beschluß abgegebenen Mitteilung wird darauf hingewiesen, der Ministerrat sei der einhelligen Auffassung, daß sich Österreich im Hinblick auf seine eigene schwierige Lage und die günstige Rückwirkung, die eine Gesundung der gesamteuropäischen Wirtschaft auf die eigenstaatliche Wirtschaft ausüben müßte, dieser großzügigen Initiative der Vereinigten Staaten und dem von den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens zur Realisierung vorgeschlagenen Programm nicht verschließen könne.“²⁴⁹

Welche Rolle Österreich bei der Umsetzung des Marshall-Plans einnehmen solle, wird im „Wiener Kurier“ am 15. Juli 1947 erstmals ersichtlich. Österreich werde dem Fachausschuss für Energiewirtschaft angehören. Ende September wird im „Wiener Kurier“ auf den ersten Teil des Schlussberichts der Pariser Konferenz eingegangen und geschrieben, dass in Österreich Wasserkraftwerke entstehen sollen.

„Den vier Unterausschüssen für Ernährung und Landwirtschaft, Eisen und Stahl, Transportwesen, Energieversorgung und Brennstoffwirtschaft werden neben Großbritannien und Frankreich jeweils die auf diesem Gebiet meistinteressierten Staaten angehören. Österreich wurde als Mitglied des Fachausschusses für Energiewirtschaft ausersehen.“²⁵⁰

„Der Bericht stellt vor allem fest, daß die Sicherung der Brennstoff- und Energieversorgung als Schlüsselpunkt für die Gesundung Europas anzusehen sei. [...]. So sollen in Italien, Frankreich und im österreichisch-italienisch-

²⁴⁸ „Figl: US-Hilfe für Oesterreich enthält keine politischen Bedingungen“, WK, 3. Juli 1947, 1.

²⁴⁹ „Oesterreich hat die Einladung zur Pariser Konferenz angenommen“, WK, 9. Juli 1947, 1.

²⁵⁰ „Heute voraussichtlich letzte Plenarsitzung der Pariser Konferenz“, WK, 15. Juli 1947, 1.

schweizerischen Grenzgebiete sechs neue Wasserkraftwerke errichtet werden.“²⁵¹

Der „Wiener Kurier“ geht auch auf den Konflikt mit der Sowjetunion in Bezug auf Österreich ein. So wird auf die Vorwürfe reagiert, die die Sowjetunion gegenüber dem Marshall-Plan vorbringt, nämlich dass politische Gegenforderungen daran geknüpft seien. Weiters wird geschrieben, dass sich die ÖsterreicherInnen von diesen falschen Anschuldigungen nicht täuschen ließen.

„Kurz gesagt, das österreichische Volk weiß, wer wirklich ernst und aufrichtig wünscht, daß sein Land wieder als freier und souveräner Staat aufgebaut wird, und es weiß, wer ihm wirklich dabei hilft, dieses Ziel zu erreichen.“²⁵²

New York Herald Tribune: *„Es ist offenkundig, daß Rußland bei seinem Widerstand gegen Amerikas Hilfe eine Position bezieht, die sowohl sein Ansehen als auch die wichtigsten Interessen Europas außerordentlich gefährdet. So werden es beispielsweise die Österreicher kaum verständlich finden, wie die amerikanische Aufsicht bei der Verteilung amerikanischer Kredite und Hilfslieferungen einen schweren Schlag gegen ihre Unabhängigkeit bedeuten könnte, um so mehr als diese Unabhängigkeit selbst nach einer langen Periode russischer Besetzung offenbar unberührt geblieben ist, eine Besetzung, die Moskau scheinbar nicht gerne beenden will.“²⁵³*

Zum Ende der Pariser Konferenz, als die Teilnahme Österreichs bereits festgestanden hat, werden Aussagen von hochrangigen österreichischen Politikern zitiert, die eine österreichische Teilnahme am Marshall-Plan als positiven Impuls für die österreichische Wirtschaft sehen. So stellt Außenminister Gruber bereits am 19. September 1947 laut „Wiener Kurier“ klar, dass eine Teilnahme Österreichs rechtlich möglich sei. Über Bundeskanzler Figl, der den Marshall-Plan Anfang Oktober bei einer öffentlichen Kundgebung verteidigte, wird am 7. Oktober berichtet.

„Er habe die Möglichkeit gehabt, die Verpflichtungen, die sich für Österreich aus dem Marshall-Plan ergeben, zu prüfen und festzustellen, daß diese mit

²⁵¹ „Der Wortlaut des Pariser Schlußberichtes wurde vorgestern veröffentlicht“, WK, 29. September 1947, 1.

²⁵² „Unsere Meinung: Worte und Taten“, WK, 19. Juli 1947, 2.

²⁵³ „Die Stimme Amerikas: USA-Politik wird ihren Eindruck auf Europa nicht verfehlen“, WK, 23. August 1947, 2.

dem österreichischen Kontrollabkommen durchaus im Einklang stehen. Die Hauptfrage Österreichs sei es nun, die Zeit zwischen dem Ablauf der Hilfsabkommen und dem Inkrafttreten des Marshall-Planes, der eine für die nächsten vier Jahre gesicherte Basis bedeuten würde, zu überbrücken.“²⁵⁴

„Gegen die an Österreich wegen seiner Beteiligung am Marshall-Plan geübte Kritik nahm Bundeskanzler Figl am Sonntag in einer Kundgebung von 10.000 Bauern in Waidhofen a. d. Ybbs Stellung. Der Marshall-Plan, so sagte er, wolle nichts anderes als die Vereinigung aller europäischen Staaten zu gemeinsamer Arbeit, und auch Österreich müsse sich in die Reihe jener stellen, die für die Freiheit aller wirklichen demokratischen Staaten in Europa arbeiten.“²⁵⁵

²⁵⁴ „Dr. Gruber: Marshall-Plan im Einklang mit Kontrollabkommen“, WK, 19. September 1947, 4.

²⁵⁵ „Der Marshall-Plan ist nichts anderes als Nachbarschaftshilfe der Völker“, WK, 7. Oktober 1947, 4.

9. Darstellung der Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse der „Österreichische Zeitung“

9.1. Marshall-Plan und Truman-Doktrin

Am 9. Juli 1947 reagiert die „Österreichische Zeitung“ auf einen Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“, wo laut „Österreichische Zeitung“ geschrieben wird, dass ein Unterschied zwischen dem Marshall-Plan und der Truman-Doktrin bestehe. An die Truman-Doktrin seien politische Bedingungen geknüpft, wohingegen der Marshall-Plan eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik darstelle.

„Zur Truman-Doktrin müßten die Sozialisten nein sagen; den Marshall-Plan dürfen sie bejahen.“²⁵⁶

Die „Österreichische Zeitung“ kritisiert die „Arbeiter-Zeitung“ dafür, dass sie versuche George C. Marshall mit seinem Plan zu einem Sozialisten zu machen.

„Zwischen der Truman-Doktrin und dem Marshall-Plan einen Gegensatz zu konstruieren ist ein Advokatenkniff von Verteidigern des amerikanischen Imperialismus.“²⁵⁷

Der britische Labour-Abgeordnete Zilliacus hat in einem Interview erklärt, dass es keinen Marshall-Plan gebe, sondern dies nur ein Versuch sei, die Truman-Doktrin weiter auszubauen.

„Die gegenwärtige britisch-französische Politik‘ betonte der Abgeordnete ,ist ein Versuch, die Truman-Doktrin von Südost- auf Westeuropa auszudehnen, nicht aber ein Versuch des Wiederaufbaues Europas.‘“

Am 19. Juli 1947 schreibt die „Österreichische Zeitung“, dass man nach wie vor nicht genau wisse, was der Marshall-Plan eigentlich sei, aber er soll die gleichen wirtschaftlichen und politischen Gedanken enthalten wie die Griechenland-Hilfe.

„Den Kern des ‚Marshall-Planes‘ setzte der griechische Vertreter auseinander. Er ‚tröstete‘ die Konferenzteilnehmer damit, daß der ‚Marshall-Plan‘ die gleichen ‚wirtschaftlichen und politischen‘ Gedanken enthalte, die auch die Grundlagen der Griechenland-‚Hilfe‘ darstellen, allerdings in umfassender

²⁵⁶ „Ein Advokatenkniff“, Österreichische Zeitung (ÖZ), 9. Juli 1947, 1.

²⁵⁷ „Ein Advokatenkniff“, ÖZ, 9. Juli 1947, 2.

und dauernder Form. Mit der amerikanischen Hilfe können offenbar nur diejenigen rechnen, die, wie die Vertreter Griechenlands, ‚Onkel Sam‘ still und demütig ihre Hochachtung bezeigen und ihren bedingungslosen und vorbehaltlosen Gehorsam bewiesen haben.“²⁵⁸

Weiters wird behauptet, dass in Osteuropa eine gute demokratische Entwicklung stattfinde und die USA deshalb die Truman-Doktrin in den westeuropäischen Ländern umzusetzen versuche.

„In den Ländern, wo vor dem Krieg ein volksfeindliches Regime herrschte, geht heute ein Prozeß einschneidender demokratischer Erneuerung und nationaler Wiedergeburt auf der festen Grundlage der neuen Demokratie und einer wahrhaften Volksmacht vor sich. Unter diesen Umständen suchen die Verwirklicher der ‚Truman-Doktrin‘, ihre Wühlarbeit im Westteil des europäischen Festlandes zu treiben. Doch auch dort wird ihr Vorgehen auf den wachsenden Widerstand der Völker stoßen.“²⁵⁹

Am 14. September 1947 zitiert die „Österreichische Zeitung“ ein Schreiben des republikanischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses Bender, das in der „New York Times“ veröffentlicht worden ist.

„In Griechenland und der Türkei, heißt es in dem Schreiben Benders, erweisen wir Regierungen, die beim Volk kaum oder überhaupt keine Unterstützung finden, unentgeltliche Hilfe. In Wirklichkeit stellt unser Vorgehen auf diesem Gebiet eine Ignorierung der Vereinten Nationen dar. Der Marshall-Plan ist ein neuer Schlag gegen das Ansehen der Vereinten Nationen.“²⁶⁰

Die „Österreichische Zeitung“ schreibt am 20. September, dass der Marshall-Plan als ein politisches Druckmittel gegen notleidende Länder eingesetzt werde und die USA so gegen die Prinzipien der UNO verstoße, wonach Hilfe für andere Länder nicht als politische Waffe eingesetzt werden dürfe.

„Besonders eklatante Beispiele für die Verletzung der Prinzipien der UNO und ihrer Ignorierung sind die sogenannte Truman Doktrin und der ‚Marshall-Plan‘. [...] Der ‚Marshall-Plan‘ ist, wie jetzt klar ersichtlich, im Grunde

²⁵⁸ „Der Versuch, ganz Europa in die Hand zu bekommen, ist gescheitert“, ÖZ, 19. Juli 1947, 1.

²⁵⁹ „Die Pläne der amerikanischen Kapitalisten haben einen wunden Punkt“, ÖZ, 31. Juli 1947, 8.

²⁶⁰ „Der Marshall-Plan – ein neuer Schlag gegen die UNO“, ÖZ, 14. September 1947, 8.

genommen lediglich eine den Verhältnissen im Nachkriegseuropa angepaßte Fassung der Truman-Doktrin.“²⁶¹

Das Argument, dass der Marshall-Plan eine Neuauflage der Truman-Doktrin sei, wird auch am 24. Oktober, also ca. ein Monat nach der Veröffentlichung des Abschlussberichts der Pariser Konferenz, noch einmal vorgebracht.

„Da die ‚Truman-Doktrin‘ eine so ungünstige Aufnahme fand, tauchte die Notwendigkeit des ‚Marshall-Planes‘ auf, eines stärker verschleierte Versuches der Durchführung der gleichen expansionistischen Politik.“²⁶²

9.2. Souveränität durch Marshall-Plan gefährdet

Das Argument, dass die USA durch den Marshall-Plan die Souveränität der europäischen Staaten unterwandere, zieht sich ab dem 2. Juli 1947, am Tag des Scheiterns der Dreier-Konferenz, durch den gesamten Untersuchungszeitraum. So wird am 2. Juli 1947 ein TASS-Bericht zitiert, indem behauptet wird, dass der Bevin-Bidault-Plan nur das Ziel haben kann, eine für die USA, England und Frankreich vorteilhafte Wirtschaftspolitik zu betreiben, ohne dabei Rücksicht auf die Souveränität der europäischen Staaten zu nehmen.

„Sie hätten jedoch offenbar nichts dagegen, sich über die Errichtung einer Kontrolle über andere europäische Staaten zu einigen, um mit Hilfe des sogenannten „leitenden Komitees den Versuch zu machen, die Wirtschaft dieser Länder den eigenen Bedürfnissen und Wünschen sowie den Forderungen der Vereinigten Staaten von Amerika anzupassen.“²⁶³

In einem Artikel der „Prawda“, der am 8. Juli 1947 in der „Österreichische Zeitung“ zitiert wird, wird erklärt, warum es zum Scheitern der Konferenz der drei Außenminister gekommen sei. Unter anderem wird auch wieder darauf eingegangen, dass für die Sowjetunion eine Teilnahme am Marshall-Plan nicht möglich sei, da die Souveränität der Teilnehmerländer gefährdet werde.

„Der Außenminister der Sowjetunion Molotow deckte auf der Pariser Beratung den wahren Inhalt des britischen sowie des französischen Planes auf.

²⁶¹ „Die Truman-Marshall-Pläne sind unvereinbar mit den Prinzipien der UNO“, ÖZ, 20. September 1947, 2.

²⁶² „‚Marshall-Plan‘ = besser getarnte ‚Truman-Doktrin‘“, ÖZ, 24. Oktober 1947, 4.

²⁶³ „Sowjetischer Vorschlag: Statt Wirtschaftsdiktat Hilfe beim Wiederaufbau“, ÖZ, 2. Juli 1947, 1.

Selbstverständlich wurde der französisch-britische Plan, der ein französisch-britisches Diktat und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der europäischen Staaten und die Beeinträchtigung der nationalen Souveränität in erster Linie der kleinen Länder Europas vorsieht, von der Sowjetdelegation abgelehnt.“

Bereits am 9. Juli werden diese Vorwürfe wiederholt:

„Der ganze Zweck der Beratung besteht demnach darin, daß die europäischen Länder das hinnehmen sollen, was von England und Frankreich für sie ‚vorausbestimmt‘ wird, und dann den Weg einschlagen, den Bevin und Bidault ihnen weisen.“²⁶⁴

Am 13. Juli 1947 schreibt die „Österreichische Zeitung“, wie der Marshall-Plan aussehen werde. Als Beispiel wird die Kohlegewinnung in Polen angeführt. So müsse Polen mehr Kohle produzieren, wenn das von England und Frankreich gefordert werde, auch wenn dies andere polnische Wirtschaftszweige beeinträchtigen würde.

„Die „Zusammenarbeit“ Amerikas mit Europa würde faktisch folgendermaßen aussehen: Amerika behält seine Pläne für sich und führt ungehindert das durch, was ihm paßt. Europa aber muß sich in seinen Plänen, wenn es sie bestätigt haben will, nach dem Dollardiktat richten. Anders gesagt, ist die Teilnahme der USA an der „europäischen Zusammenarbeit“ an die Bedingung geknüpft, daß sich die europäischen Länder ohne Widerrede dem Willen der Wall Street fügen.“

Am 19. Juli schreibt die „Österreichische Zeitung“, dass die Pariser Konferenz gescheitert sei, da den Ländern die Unabhängigkeit wichtiger sei, als amerikanische Dollar.

„Der Versuch des amerikanischen Kapitals, durch die Vermittlung Bevins und Bidaults ganz Europa in die Hand zu bekommen, ist sichtlich gescheitert, denn in vielen europäischen Ländern haben sich mächtige demokratische

²⁶⁴ „England und Frankreich Europas ‚Wegweiser‘“, ÖZ, 9. Juli 1947, 1.

Kräfte entwickelt, die fähig sind, nicht nur in Worten, sondern durch Taten ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verteidigen.“²⁶⁵

Am 6. September 1947 schreibt die „Österreichische Zeitung“, dass die nordeuropäischen Staaten gemerkt haben, wie wichtig Handelsbeziehungen mit Osteuropa seien und haben deswegen wichtige Handelsverträge mit der Sowjetunion abgeschlossen. Weiters wird behauptet, dass die Unabhängigkeit der skandinavischen Länder durch solche Verträge weiter ausgebaut werde, ganz im Gegensatz zum Marshall-Plan.

„Man hat scheinbar in den skandinavischen Ländern wohl begriffen, daß der Abbruch der natürlichen Wirtschaftsverbindungen zwischen Nord- und Osteuropa, den der berühmte Marshall-Plan bezweckt, für Schweden, Norwegen und Dänemark äußerst ungünstig wäre. Er würde die bedingungslose Unterordnung der Länder Nordeuropas unter die amerikanischen Monopolherren zur Folge haben.“

Am 2. Oktober 1947 wird die französische Zeitung „Humanité“ zitiert, die schreibt, dass die USA bereits beträchtliche Gewinne auf Kosten des französischen Volkes gemacht habe.

Humanité: „Was beziehen wir von den Vereinigten Staaten außer Getreide und Mais? Unbrauchbares ‚Ueberschußmaterial‘, schlechtes Fleisch, unmoralische Filme und keine Maschinen, die den vom Marshall-Plan untergrabenen Monnet-Plan in Gang bringen könnten. Die französische Regierung mußte für amerikanisches Ueberschußmaterial, das nicht mehr als 50 Millionen wert war, 300 Millionen bezahlen. Die Liebedienerei vor dem amerikanischen Dollar führt zu dem endgültigen Ruin des Landes und zu seiner Erniedrigung auf die Stufe eines elenden Satellitenstaates.“²⁶⁶

9.3. Wirtschaftskrise in den USA

Den USA wird bereits ab 26. Juni 1947 vorgeworfen, dass der Marshall-Plan hauptsächlich den Zwecken der USA diene, da diese vor einer Wirtschaftskrise stünden und deshalb auf der Suche nach neuen Absatzmärkten seien. Das Problem der europäischen Länder sei es aber, dass sie nicht genügend Dollarfonds zur

²⁶⁵ „Der Versuch, ganz Europa in die Hand zu bekommen, ist gescheitert“, ÖZ, 19. Juli 1947, 1.

²⁶⁶ „Ausland-Pressestimmen: Ernüchterung in Frankreich“, ÖZ, 2. Oktober 1947, 8.

Verfügung haben, da der amerikanische Import weit über dem Export nach Amerika stehe. Die Gefahr eines Rückganges des amerikanischen Außenhandels bestehe, womit eine Wirtschaftskrise in den USA drohe.

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß Marshalls Vorschlag sein Entstehen dem heutigen Zustand der amerikanischen Wirtschaft verdankt. Allgemein herrscht die Meinung, daß der Nachkriegsboom in den USA zu Ende geht und die Gefahr einer Wirtschaftskrise sich mit jedem Tag verstärkt. [...]. Die Geschäftswelt der USA sucht somit die drohende Wirtschaftskrise in den USA durch Beseitigung dieser Dollarkrise in Europa abzuschwächen“²⁶⁷

Am 6. August 1947 wird ein sowjetischer Wirtschaftsexperte zitiert, der die Wirtschaftskrise in den USA für das Jahr 1948 vorausgesagt hat, aber darauf hingewiesen hat, dass die Krise bereits begonnen haben könnte. Er ist sich aber sicher, dass der Marshall-Plan lediglich ein Notanker für die amerikanische Wirtschaft sei.

„Immer größere Bestände von Fertigerzeugnissen sammeln sich in Fabriken, in Lagerräumen der Großhändler und bei den Kleinhändlern an. In den USA wird jetzt schon allgemein zugegeben, daß eine Krise heraufzieht. Hierbei vermeidet man aber sorgsam das Wort ‚Krise‘ und setzt dafür harmlosere Ausdrücke, wie ‚Depression‘ und dergleichen. [...]. Der wirtschaftliche Sinn dieses ‚Planes‘ besteht eben darin, den USA die Möglichkeit zu bieten, den Absatz ihrer Waren auf den Außenmärkten zu verstärken, ohne daß man aus dem Auslande Waren einführen müßte.“²⁶⁸

Die „Österreichische Zeitung“ schreibt am 31. August 1947, dass die relativ protektionistische Politik der USA zwischen den Weltkriegen, einer Politik der offenen Expansion gewichen sei. Die USA hat sich durch Kriegslieferungen bereichert und ist so zu einer bestimmenden militärischen und wirtschaftlichen Macht geworden und propagiert erfolgreich, dass nur der „Wirtschaftsliberalismus“ imstande sei, die europäische Wirtschaft wiederaufzubauen.

„Es ist aber noch zu früh, dem amerikanischen Wirtschaftssystem ein Loblied zu singen. Die Hauptsymptome einer neuen Wirtschaftskrise – Herabsetzung

²⁶⁷ „Europahilfe – oder politisches Manöver?“, ÖZ, 26. Juni 1947, 1.

²⁶⁸ „USA vor schwerer Wirtschaftskrise“, ÖZ, 6. August 1947, 1-2.

der Produktion, Steigen der Arbeitslosigkeit und Einschränkung des Innenmarktes – sind bereits da.“²⁶⁹

Aufgrund der Dollarknappheit, wird am 3. September 1947 berichtet, beschränken bereits viele Länder, darunter Frankreich, England, Australien, Südafrika und Kanada ihre US-Importe, weshalb die Gefahr einer Anhäufung von großen, unverkäuflichen Vorräten steige. Aus diesem Grund sollen die Marshall-Plan Verhandlungen beschleunigt werden.

„Im Zusammenhang mit diesen Krisenanzeichen steht auch die dringende Forderung des amerikanischen stellvertretenden Außenminister Lovett, das amerikanische Expansionsprogramm in Europa – das allerdings in der Terminologie der amerikanischen Propaganda die Beziehungen einer ‚Hilfe an die notleidenden Länder‘ trägt – sofort beschleunigt durchzuführen, ohne auf das Ergebnis der Pariser ‚Marshall-Plan‘-Konferenz und auf die Genehmigung durch den amerikanischen Kongreß zu warten.“²⁷⁰

Die „Österreichische Zeitung“ bringt am 30. September 1947 noch einmal das Argument, dass die USA durch ihre expansionistische Politik die Wirtschaftskrise zu verhindern versuche und der Marshall-Plan dabei eine große Rolle spielen solle.

„Amerika war sich von vornherein klar, daß es durch den Marshall-Plan allein die drohende Krise nicht wird aufhalten können. Die Forderung der Durchdringung der Welt mit amerikanischem Kapital ist die logische Fortsetzung der Marshall-Plan-Politik. Durch den Verkauf von Rohstoffen oder Produktionsstätten an Amerikaner kommen die ihr nationales Vermögen verkaufenden Länder in den Besitz von Dollars, so daß sie wieder amerikanische Waren einkaufen können, das amerikanische Kapital dagegen in den Besitz neuer imperialistischer Positionen. Eine Politik, die die drohende Wirtschaftskrise mit Hilfe einer imperialistischen Expansion bekämpfen will, muß sich nun offen als Verteidiger privatkapitalistischer Interessen deklarieren.“²⁷¹

²⁶⁹ „Die wirtschaftlichen Hintergründe der amerikanischen Expansionspolitik“, ÖZ, 31. August 1947, 8.

²⁷⁰ „Aus der Wirtschaft: Stellvertretender USA-Außenminister verlangt Beschleunigung der Europa-„Hilfe“, ÖZ, 5. September 1947, 3.

²⁷¹ „Aus der Wirtschaft: Amerikanische Politik schützt amerikanisches Privatkapital“, ÖZ, 30. September 1947, 3.

9.4. Unstimmigkeiten zwischen den westlichen Alliierten

Ab Ende Juli 1947 wird in der „Österreichische Zeitung“ vermehrt über Unstimmigkeiten zwischen den westlichen Alliierten berichtet. So sollen vor allem Frankreich und die USA in der Ruhrfrage unterschiedliche Positionen vertreten. Die USA möchte, laut der „Österreichische Zeitung“, eine Wiederherstellung des Industriepotentials Westdeutschlands und eine völlige Unterordnung des Ruhrgebiets unter amerikanische Kontrolle.²⁷²

„Die Verkündung der neuen amerikanischen Pläne mit Westdeutschland hat bereits die Differenzen zwischen den amerikanischen Präsidenten auf die Weltherrschaft und ihren britisch-französischen Bevollmächtigten in Europa zutage gefördert.“²⁷³

„Um den Produktionsplan der westlichen Stahlindustrie zu erhöhen, benötigen die Vereinigten Staaten nicht nur die Ruhrkohle, sondern auch das lothringische Eisenerz. Auf Frankreich wird ein Druck ausgeübt, damit es auf die Entwicklung seiner Hüttenindustrie zugunsten des amerikanisierten Westdeutschlands verzichtet.“²⁷⁴

Auch zwischen Großbritannien und den USA wird ein Konflikt vermutet. So wird am 6. September 1947 auf die Kritik der „New York Times“ an den Vorschlägen von Bevin eingegangen. Der britische Außenminister Bevin habe vorgeschlagen, dass die USA ihr Gold im Wert von 20 Milliarden Dollar freigeben solle, um den Marshall-Plan zu finanzieren. Die „New York Times“ kritisiere Bevin einerseits für diesen Vorschlag und andererseits für die Vorgehensweise bei der Bekämpfung der britischen Finanzkrise. Die „Österreichische Zeitung“ schreibt dazu:

„Wenn es um Gold geht, läßt die Wall Street eben jede diplomatische Höflichkeit beiseite und nennt selbst den Minister ‚geistig unreif‘, der sich bis jetzt als Propagandist des ‚Marshall-Planes‘ und Hauptorganisator der Pariser Konferenz ganz im Geiste der jetzigen USA-Politik betätigt hat.“²⁷⁵

²⁷² „Der ‚Marshall-Plan‘ eine bittere Pille für Frankreich“, ÖZ, 10. August 1947, 8.

²⁷³ „Die Pläne der amerikanischen Kapitalisten haben einen wunden Punkt“, ÖZ, 31. Juli 1947, 8.

²⁷⁴ „Der ‚Marshall-Plan‘ eine bittere Pille für Frankreich“, ÖZ, 10. August 1947, 8.

²⁷⁵ „Antwort der Wall Street an Bevin“, ÖZ, 6. September 1947, 2.

Am 17. September 1947 schreibt die „Österreichische Zeitung“ über Bedingungen, die Frankreich und England zu erfüllen hätten, um Kredite über den Marshall-Plan zu erhalten:

„Die französische Zeitung ‚Liberation‘ hat die Bedingungen der amerikanischen ‚Hilfe‘ für Frankreich veröffentlicht, darunter die, daß die Politiker der Vorkriegszeit in die Regierung einbezogen werden müssen. Das beweist, daß die amerikanischen Retter Europas sich nicht mehr mit der Entfernung der kommunistischen Minister aus der Regierung begnügen. Die Rädelsführer der Wall Street wollen offenbar nicht einmal mehr Bidault und seinen Freunden, die bereits sind, die Interessen der französischen Sicherheit außer acht zu lassen und der Wiedererrichtung der deutschen Rüstungsindustrie dicht vor den Toren Frankreichs unter der Kontrolle des amerikanischen Kapitals zuzustimmen, Anerkennung zollen.“²⁷⁶

„Viele britische Blätter haben die letzte Bankettrede Bevins aufgegriffen, in der dieser die Amerikaner ermahnt, England nicht etwa als eine drittrangige Macht zu betrachten. Allerdings muß man feststellen: Wenn der britische Außenminister schon derartige öffentliche Erklärungen machen muß, so beweist dies nur, daß es um das britische Ansehen in den USA schlecht bestellt ist, und zeigt klar und deutlich, wie die britisch-amerikanischen Beziehungen aussehen.“²⁷⁷

Am 24. Oktober 1947 publiziert die „Österreichische Zeitung“ eine Art Zusammenfassung der Argumente gegen den Marshall-Plan. Dabei wird auch geschrieben, dass es die USA geschafft habe, Frankreich und England mithilfe des Marshall-Plans zu erniedrigen:

„Obgleich der ‚Marshall-Plan‘ die endgültige Erniedrigung Englands wie auch Frankreichs zu einer zweitrangigen Macht vorsieht, klammerten sich die Labour-Regierung Attlees in England und die sozialistische Regierung Ramadier in Frankreich an ihn wie ein Rettungsanker.“²⁷⁸

²⁷⁶ „Unerhörte Zumutungen an Frankreich und England“, ÖZ, 17. September 1947, 8.

²⁷⁷ „Unerhörte Zumutungen an Frankreich und England“, ÖZ, 17. September 1947, 8.

²⁷⁸ „Marshall-Plan = besser getarnte ‚Truman-Doktrin‘“, ÖZ, 24. Oktober 1947, 4.

9.5. Blockbildung durch Marshall-Plan

Die „Österreichische Zeitung“ schreibt Ende Juni 1947, kurz vor der Konferenz der drei Außenminister in Paris, dass der Marshall-Plan, wenn er so umgesetzt wird wie dies einige *„übereifrige amerikanische Reaktionäre“*²⁷⁹ fordern, Europa in zwei Blöcke spalten werde.

*„Es ist klar, daß diese Tendenz darauf hinausläuft, an die Stelle einer so außerordentlich wichtigen Angelegenheit, wie es der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft ist, abenteuerliche Manöver zu setzen, die den Westen in Gegensatz zum Osten bringen und die ohnehin bestehenden großen Schwierigkeiten verschärfen würden“*²⁸⁰

Außerdem vermutet die „Österreichische Zeitung“, dass die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten von vornherein unerwünscht gewesen seien und dass man in offiziellen amerikanischen Kreisen nicht damit gerechnet habe, dass die Sowjetunion die Einladung zu den Verhandlungen annehmen würde.²⁸¹

*„So wie England und Frankreich schon im vorhinein mit einem Mißerfolg der Dreiministerberatung rechneten, hatten sie auch schon ihre eigenen weiteren Pläne bereit. [...]. Indessen zeigt es sich, daß die Pariser Beratung keinesfalls Europa repräsentiert. Jugoslawien, Rumänien, Finnland, Ungarn, Bulgarien, die Tschechoslowakei, Polen und Albanien haben die Einladung abgelehnt. Auch die Sowjetunion nimmt natürlich nicht teil.“*²⁸²

Am 23. Juli 1947 wird zum ersten Mal der Vorwurf geäußert, dass ein Westblock entstehen soll, in dem der deutsche Wiederaufbau eine entscheidende Rolle spielen werde.

„Es wird immer offensichtlicher, daß den amerikanischen Vorschlägen Churchills Idee eines Westblocks oder der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ zugrunde liegt. Das wiederhergestellte industrielle Deutschland soll im Zentrum dieses Blocks stehen und das Ruhrgebiet das Eigentum von amerikanischen und englischen Monopolen werden. Die amerikanischen Kredite sind

²⁷⁹ „Europahilfe – oder politisches Manöver?“, ÖZ, 26. Juni 1947, 2.

²⁸⁰ „Europahilfe – oder politisches Manöver?“, ÖZ, 26. Juni 1947, 2.

²⁸¹ „Pariser Beratungen sollen Marshall-Plan klären“, 28. Juni 1947, 1.

²⁸² „Konferenz im Schatten des Dulles-Planes“, ÖZ, 13. Juli 1947, 2.

*also keineswegs zum Wiederaufbau der von der hitlerischen Aggression geschädigten Länder Europas, sondern in erster Linie für Deutschland bestimmt.*²⁸³

*„Bildung eines Westblocks unter Führung der USA. Dieses Ziel ist von bedeutender politischer Bedeutung. Die Ausrichtung dieses Blocks würde ausschließlich antisowjetisch sein. [...]. Die zweite Zielsetzung des ‚Marshall-Planes‘ besteht darin, Deutschland (mit Ausnahme der sowjetischen Zone) zu einer militärischen Basis des amerikanischen Imperialismus im Herzen Europas zu machen.*²⁸⁴

*„Der ‚Marshall-Plan‘ ist ein Beweis für die offenen Expansionspolitik der USA. Er stellt nichts anderes dar, als den Versuch einen westeuropäischen Block unter der Führung der Vereinigten Staaten zu schaffen, dessen wirtschaftliche Grundlage Westdeutschland sein soll. Die Bildung einer mächtigen wirtschaftlich-militärischen Basis der USA im Mittelpunkt Europas – das ist der Sinn der Expansionsbestrebungen der amerikanischen Monopolkreise.*²⁸⁵

*„Gleichzeitig ist dieser Plan ein Versuch, Europa in zwei Lager zu spalten und mit Hilfe Großbritanniens und Frankreichs einen Block aus verschiedenen europäischen Ländern zu bilden, der den Interessen der demokratischen Länder Osteuropas und in erster Linie der Sowjetunion feindlich gegenübersteht. Die wichtigste Besonderheit dieses Planes ist das Bestreben, den Ländern Osteuropas einen Block aus verschiedenen westeuropäischen Ländern, einschließlich Westdeutschlands, entgegenzustellen. Dabei soll Westdeutschland und die deutsche Schwerindustrie (Ruhrgebiet) zu einem der wichtigsten wirtschaftlichen Stützpunkte der amerikanischen Expansion in Europa, entgegen der nationalen Interessen der Länder, die Opfer der deutschen Aggression waren, benützt werden.*²⁸⁶

„Sie versuchten – jetzt nicht mehr unter englischer, sondern unter amerikanischer Führung – einen Westblock zu schaffen. Als Fundament dieses

²⁸³ „Der Marshall-Plan und die neuen demokratischen Länder“, ÖZ, 23. Juli 1947, 8.

²⁸⁴ „USA vor schwerer Wirtschaftskrise“, ÖZ, 6. August 1947, 2.

²⁸⁵ „Die wirtschaftlichen Hintergründe der amerikanischen Expansionspolitik“, ÖZ, 31. August 1947, 8.

²⁸⁶ „Die Truman-Marshall-Pläne sind unvereinbar mit den Prinzipien der UNO“, ÖZ, 20. September 1947, 2.

Blocks ist Westdeutschland gedacht. In erster Linie handelt es sich um ein Wiederaufleben der wirtschaftlichen (und damit auch der militärischen) Macht Deutschlands, das zur Hauptbasis der amerikanischen Expansion auf dem europäischen Kontinent werden soll.“²⁸⁷

Anfang Oktober 1947 werden zwei Politiker zitiert, die den Marshall-Plan dafür kritisieren, Europa in zwei Teile zu spalten. So wird am 30. September 1947 eine Rede des polnischen Delegierten Lange bei der UNO Generalversammlung zitiert:

„Alle Fachleute sind sich darüber einig“, führte Lange weiter aus, „daß der Wiederaufbau Europas nicht durchgeführt werden kann wenn es in zwei Teile getrennt, wenn zwischen Ost- und Westeuropa eine künstliche Barriere errichtet wird. Jeder Wiederaufbauplan, der Deutschland eine Priorität einräumt, bedeutet eine Beeinträchtigung der anderen Länder und würde nur zur Wiederherstellung jener Situation führen, aus der bereits zwei Weltkriege entstanden sind.“²⁸⁸

Am 3. Oktober 1947 wird auf einen Artikel des ehemaligen Vizepräsidenten der USA Wallace eingegangen, der in der Zeitschrift „New Republic“ veröffentlicht worden ist:

„Ich habe absolut kein Vertrauen zu irgendeinem Marshall-Plan, der Westeuropa gegen Osteuropa aufhetzt“, schreibt Wallace. „Politisch bringt er uns nichts, als den Haß dafür, daß wir unsere Milliarden dazu verwenden, einen Druck auf die Regierungen und Völker auszuüben. Die an der Spitze jener Länder stehenden Reaktionäre werden uns lieben, weil sie in uns ihre Retter erblicken. Die Arbeiter dagegen werden uns hassen, weil sie annehmen, daß wir bestrebt sind, reaktionäre Regierungen zu unterstützen oder zu schaffen und das Wirtschaftssystem Westeuropas im Interesse der Wall Street zu beeinflussen.“²⁸⁹

²⁸⁷ „Der Marshall-Plan und die heranreifende Wirtschaftskrise in den USA“, ÖZ, 12. Oktober 1947, 8.

²⁸⁸ „Aus der Generalversammlung der UNO“, ÖZ, 30. September 1947, 8.

²⁸⁹ „Wallace: ‚Die europäischen Arbeiter werden Amerika hassen‘“, ÖZ, 3. Oktober 1947, 1.

9.6. Alternativen zum Marshall-Plan

Die „Österreichische Zeitung“ schreibt in dem Untersuchungszeitraum nie von einem konkreten sowjetischen Wiederaufbauplan, allerdings werden verschiedene Handelsverträge angesprochen, die von der „Österreichische Zeitung“ selbst oder von anderen Zeitungen gelobt werden. So wird am 1. Juli 1947 der rumänisch-sowjetische Handelsvertrag thematisiert und die rumänische Zeitung „Timpul“ zitiert:

„Diese Tat der UdSSR ist besonders charakteristisch in dem Augenblick, wo in Paris der Marshall-Plan besprochen wird. Die UdSSR, wo die Wiederaufbauarbeiten in vollem Gange sind, läßt den mit ihr befreundeten demokratischen Völkern direkte, praktische Hilfe zukommen. [...]. Wir mußten unsere Freunde im Osten um Hilfe angehen, und obwohl auch die UdSSR von der Dürre betroffen war, streckte sie uns auch diesmal hilfreich die Hand entgegen.“²⁹⁰

Am 2. Juli 1947 wird der britisch-französische Vorschlag, wie der Marshall-Plan aussehen soll, und der Vorschlag der Sowjetunion gegenübergestellt. Der größte Unterschied wird darin gesehen, dass der britisch-französische Vorschlag einen Eingriff in die Souveränität der teilnehmenden Länder darstelle, wohingegen der sowjetische Vorschlag dies verhindern würde.

„Der sowjetische Plan schließt die Möglichkeit der Einmischung der Großmächte in die inneren Angelegenheiten kleinerer europäischer Staaten aus und ist für den Fall berechnet, daß die USA tatsächlich die Absicht haben, den europäischen Ländern wirtschaftliche Hilfe beim Wiederaufbau ihrer Wirtschaft zu erweisen. Eben dieser Antrag würde in beträchtlichem Maße zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der europäischen Staaten beitragen und entspricht den wahren Interessen der Völker Europas.“²⁹¹

Laut „Österreichische Zeitung“ wäre der richtige Weg, bei allen europäischen Staaten anzufragen, welche Kredite sie nötig hätten, aber dies sei von Bevin und Bidault abgelehnt worden. Weiters wird geschrieben, dass weder Frankreich noch England das Außenhandelsdefizit in den Griff bekommen habe. Anders sei dies

²⁹⁰ „Sowjetisches Getreide für Rumänien“, ÖZ, 1. Juli 1947, 8.

²⁹¹ „Satt Wirtschaftsdiktat Hilfe beim Wiederaufbau.“, ÖZ, 2. Juli 1947, 2.

bei Jugoslawien (Fünfjahresplan), Polen (Dreijahresplan), Tschechoslowakai und Bulgarien (Zweijahresplan) gelaufen, denn das wichtigste Prinzip für den Wiederaufbau Ost- und Mitteleuropas sei der zunehmende Warenaustausch, der die Versorgung mit allen Arten von industriellen und landwirtschaftlichen Gütern sicherstelle.

„Ein schlagendes Beispiel für eine solche ökonomische Zusammenarbeit bieten die soeben in Moskau abgeschlossenen Besprechungen zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei. Industriewaren, Rohstoffe, landwirtschaftliche Erzeugnisse werden in einem mächtigen Strom nach beiden Richtungen fließen.“²⁹²

Am 8. Oktober 1947 wird auf Berichte von verschiedenen österreichischen Zeitungen, die über einen „Molotow-Plan“ als Gegenplan zum Marshall-Plan geschrieben haben, reagiert. Diesen gäbe es aber laut „Österreichische Zeitung“ gar nicht und die Berichterstattung diene lediglich dazu, von den Problemen des Marshall-Plans abzulenken. Es wird geschrieben, dass die amerikanische Propaganda die nationalsozialistische Propaganda gegen die slawischen Völker abgelöst habe.

„Da ist die Katze aus dem Sack. Der Popanz des ‚Molotow-Planes‘, gestützt auf die Goebbelsche Krücke der Verleumdung der Sowjetunion und der slawischen Völker, soll das Ansehen des diskreditierten Marshall-Planes stärken und dem USA-Kapital einen Vorwand zur ‚Einigung Europas‘ unter der Dollarfuchtel liefern.“²⁹³

9.7. Österreich und der Marshall-Plan

Am 2. Juli 1947 wird Österreich zum ersten Mal gemeinsam mit dem Marshall-Plan thematisiert. Hier wird bereits das Hauptargument, das die „Österreichische Zeitung“ dem Marshall-Plan in Bezug auf Österreich vorwirft, vorgebracht. So werde durch den Marshall-Plan die Souveränität Österreichs gefährdet.

„Als Beispiel dafür, wie die Kreditpolitik der USA zur Unterwerfung der kleineren Staaten angewandt wird, weist der Bericht auf das kürzliche Abkommen über einen USA-Kredit für Oesterreich hin. Aus dem Inhalt dieses Abkommens geht hervor, daß die österreichische Regierung der

²⁹² „Der Marshall-Plan und die neuen demokratischen Länder“, ÖZ, 23. Juli 1947, 8.

²⁹³ „Wir lesen: Kriegshetzer am Werk“, ÖZ, 8. Oktober 1947, 2.

*amerikanischen Kontrolle unterstellt wird, obwohl amerikanische Politiker nicht wenig über ihre Besorgnis um die Unabhängigkeit Oesterreichs gesprochen haben.*²⁹⁴

In der Sitzung des Alliierten Rates am 10. Juli 1947 gibt der sowjetische Hochkommissar für Österreich Generaloberst Kurassow eine Erklärung ab, die in der „Österreichische Zeitung“ zitiert wird:

*„Indem der Sowjetteil der Alliierten Kommission in Oesterreich die Bedeutung der Wirtschaftshilfe vermerkt, die die Vereinigten Staaten [...] Oesterreich erweisen, sieht er sich gleichzeitig genötigt, die Aufmerksamkeit der Hochkommissare darauf zu richten, daß eine der Besatzungsmächte, die Schwierigkeiten des Wiederaufbaues der österreichischen Volkswirtschaft und die Not des österreichischen Volkes ausnützend, Oesterreich Bedingungen für diese Hilfeleistung aufzwingt, die dieses Land in außerordentlich große Abhängigkeit von dem Land bringen, das diese Hilfe erweist, was zweifellos in direktem Widerspruch zur Moskauer Deklaration über die Wiederherstellung Oesterreichs als freier, unabhängiger Staat steht.“*²⁹⁵

Am 22. Juli 1947 werden der „Wiener Kurier“ und Außenminister Gruber scharf kritisiert, Falschmeldungen zu verbreiten und die innenpolitische Situation Österreichs zu gefährden. So hat der „Wiener Kurier“ laut „Österreichische Zeitung“ durch falsche Behauptungen den Eindruck eines gescheiterten sowjetischen Putschversuches in Österreich erweckt. Die Quelle dafür soll der Außenminister Gruber gewesen sein.

*„Gewisse amerikanische Kreise und ihre österreichischen Agenten ergreifen jede Gelegenheit, die Situation des Landes zu erschweren und die Besetzung noch möglichst zu verlängern. Das ist die konkrete Politik, die die Unabhängigkeit und Souveränität Oesterreichs bedroht.“*²⁹⁶

²⁹⁴ „Sowjetischer Vorschlag: Statt Wirtschaftsdiktat Hilfe beim Wiederaufbau“, ÖZ, 2. Juli 1947, 1.

²⁹⁵ „Generaloberst Kurassow im Alliierten Rat: Abkommen mit USA gefährdet Oesterreichs Unabhängigkeit“, ÖZ, 11. Juli 1947, 1.

²⁹⁶ „Oesterreich vor der Gefahr der Verwandlung in eine USA-Kolonie“, ÖZ, 22. Juli 1947, 2.

Am 26. September 1947 wird Außenminister Grubers Radiovortrag zitiert und darauf hingewiesen, dass der Marshall-Plan lediglich die Unabhängigkeit Österreichs gefährde.

„Außenminister Dr. Gruber hat sich in seinem Radiovortrag beeilt, zu den ersten Gratulanten nach der Schweregeburt des Pariser Schlußberichtes zum ‚Marshall-Plan‘ zu gehören. Die Hoffnungen, die er an diesen Bericht knüpft, veranlaßten ihn, den ‚Marshall-Plan‘ als einen wirklichen ‚Großangriff auf das wirtschaftliche Elend in Europa‘ zu bezeichnen [...]. Wenn man etwas näher auf die Materie eingeht, wenn man aber die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe dieses ‚sogenannten‘ Marshall-Planes prüft, so zeigt es sich, daß er in Wirklichkeit ein Großangriff auf die Selbstständigkeit der europäischen Völker und nicht auf das Elend in Europa ist.“²⁹⁷

Nachdem der Pariser Abschlussbericht unterzeichnet worden ist, schreibt die „Österreichische Zeitung“ von einem neuen Anschluss Österreichs an Deutschland. Zum ersten Mal bringt sie dieses Argument am 24. September 1947 in einem Bericht über das „Alpen-Tennessee“-Projekt, bei dem die Wasserkraft von Bayern, Österreich und Norditalien zusammengefasst werden solle.

„Oesterreich müßte, da seine Energiezentren im Rahmen des Gesamtsystems von den amerikanischen Zentralstellen verwaltet werden würden, zu einem völlig willenlosen Anhängsel der deutschen B-Zone herabsinken. So würde es einen neuen wirtschaftlichen ‚Anschluß‘ mit allen seinen politischen Folgen geben.“²⁹⁸

Am 26. September 1947 schreibt die „Österreichische Zeitung“ über eine von Dr. Gruber als wünschenswert bezeichnete europäische Zollunion. Dies würde die Preisgabe der staatlichen Selbstständigkeit bedeuten und als Beispiel werden die Steyrwerke herangezogen, die in einer Zollunion mit den großen Betrieben des Ruhrgebietes konkurrieren müssten.

„Was für Oesterreich bei einer solchen Lage einzig und allein noch übrigbliebe, wäre ein kalter, wirtschaftlicher ‚Anschluß‘ an die von den USA beherrschte Bi-Zone mit allen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen

²⁹⁷ „Ein ‚Großangriff‘“, ÖZ, 26. September 1947, 1.

²⁹⁸ „Nach drei Monaten“, ÖZ, 24. September 1947, 2.

*einer Unterordnung der österreichischen Wirtschaft unter die Führung durch das USA-Kapital.*²⁹⁹

Zwei Tage später, am 28. September 1947, wird noch einmal darauf eingegangen, dass die österreichischen Energiequellen in ein Stromsystem eingebaut werden sollen, die nicht nur die österreichische Bevölkerung beliefert, sondern auch die amerikanische Zone Deutschlands und Oberitaliens.

*„Es ist klar, daß ein Anschluß des österreichischen Stromnetzes an Deutschland einem wirtschaftlichen und politischen Anschluß an den von Amerika beherrschten Teil Deutschlands gleichkommt.“*³⁰⁰

In diesem Artikel werden noch zwei andere Argumente gegen den Marshall-Plan mit Österreich in Verbindung gebracht. Nämlich der Vorwurf der Blockbildung durch den Marshall-Plan und die Truman-Doktrin, die auch in Österreich Anwendung finden sollte.

*„Hat dieses Abkommen Oesterreichs Wirtschaft für die Dauer der Hilfslieferungen der amerikanischen Kontrolle unterstellt, so hat sich Oesterreich nun auf Jahre hinaus verpflichtet, an einem westeuropäischen ‚Wirtschaftsplan‘ teilzunehmen, seine wirtschaftliche Entwicklung in Bahnen zu lenken, die den Interessen des amerikanischen Kapitals in Europa, der Aufspaltung Europas in zwei Teile und der politischen Herrschaft des Monopolkapitals über seinen westlichen Teil dienen.“*³⁰¹

*„Die amerikanischen Kongreßabgeordneten, die Wien besuchten, haben aus dieser besonderen Rolle Oesterreichs auch kein Geheimnis gemacht, indem sie erklärten, daß sich Oesterreich in der gleichen Lage wie Griechenland befinde und mindestens ebenso ‚geschützt‘ werden müsse wie Griechenland.“*³⁰²

²⁹⁹ „Ein ‚Großangriff‘“, ÖZ, 26. September 1947, 2.

³⁰⁰ „Ein zweiter ‚Anschluß‘ Oesterreichs?“, ÖZ, 28. September 1947, 1.

³⁰¹ „Ein zweiter ‚Anschluß‘ Oesterreichs?“, ÖZ, 28. September 1947, 1.

³⁰² „Ein zweiter ‚Anschluß‘ Oesterreichs?“, ÖZ, 28. September 1947, 1.

10. Beantwortung der Forschungsfragen

**Welche Argumente werden für oder gegen den Marshall-Plan vorgebracht?
Inwiefern lässt sich in der Berichterstattung zum Marshall-Plan bereits ein Ost-West-Konflikt erkennen?**

Erwartungsgemäß wird vom „Wiener Kurier“ hauptsächlich positiv über den Marshall-Plan berichtet und die „Österreichische Zeitung“, die im Juni 1947 noch Interesse an einem gemeinsamen europäischen Wiederaufbauprogramm gezeigt hat, berichtet nach dem Scheitern der Dreierkonferenz Anfang Juli 1947 ausschließlich negativ über den Marshall-Plan und jene Länder, die diesen unterstützen, bzw. bewerben.

Der „Wiener Kurier“ wird während des Untersuchungszeitraums nicht müde zu betonen, dass der Marshall-Plan für den Wiederaufbau Europas unbedingt notwendig sei. Dabei wird mehrmals auf die vorangegangenen Wiederaufbauprogramme verwiesen, die zu wenig Wirkung gezeigt hätten und weshalb ein Umdenken notwendig sei, um eine drohende Wirtschaftskrise in Europa abwenden zu können. Dabei wird gerne auf namhafte Politiker zurückgegriffen, die im „Wiener Kurier“ zitiert werden, wenn sie sich positiv gegenüber dem Marshall-Plan geäußert haben. Außerdem wird auf die Einstellung der amerikanischen Bevölkerung gegenüber dem Marshall-Plan eingegangen. Diese sei sich im Klaren, dass eine groß angelegte amerikanische Hilfe notwendig sei, um eine freundschaftliche Beziehung aufbauen und damit zu einer Lösung der europäischen Krise beitragen zu können.

Dabei wird auch immer wieder betont, dass die Initiative zu einem europäischen Wiederaufbauprogramm von Europa ausgehen müsse, da ein nachhaltiger Wiederaufbau das Engagement der europäischen Staaten benötige, da die amerikanische Hilfe sonst wieder nur zu einer kurzfristigen Linderung der Krise führen würde.

Genau dieses Argument, dass der Marshall-Plan auf freundschaftlicher Hilfe basiere, wird von der „Österreichische Zeitung“ stark bezweifelt. Dieser Zweifel an den Absichten der USA sei auch ein Mitgrund, warum sich die Sowjetunion aus den Marshall-Plan-Verhandlungen zurückgezogen hat. So behauptet die „Österreichische Zeitung“, dass durch den Marshall-Plan die Souveränität der Teilnehmerländer gefährdet werde. Das Hauptziel des Marshall-Plans liege also nur darin,

eine vorteilhafte Wirtschaftspolitik für die USA, Frankreich und Großbritannien zu betreiben, ohne dabei auf die Eigenständigkeit der europäischen Länder Rücksicht zu nehmen.

Ein weiterer Grund für das amerikanische Interesse an einem „Marshall-Plan“ sei, laut „Österreichische Zeitung“, die herannahende Wirtschaftskrise in den USA. Durch den Marshall-Plan soll das europäische Dollardefizit behoben werden und somit ein neuer Absatzmarkt für die USA entstehen. Der Marshall-Plan wird auch als Notanker für die amerikanische Wirtschaft bezeichnet.

Die „Österreichische Zeitung“ berichtet über Unstimmigkeiten zwischen den westlichen Alliierten. Zum einen wird immer wieder über einen Konflikt zwischen Frankreich und den USA zur Frage des deutschen Wiederaufbaus, wobei hier vor allem das Ruhrgebiet thematisiert wird, berichtet, zum anderen sollen sich Bevin und die USA über die Finanzierung des Marshall-Plans uneinig gewesen sein. Ein weiterer Konfliktpunkt, zumindest laut „Österreichische Zeitung“, sollen die Bedingungen gewesen sein, die an den Marshall-Plan geknüpft worden sind.

Sehr interessant ist das Thema der Blockbildung. So berichten sowohl der „Wiener Kurier“ als auch die „Österreichische Zeitung“ darüber, dass die jeweils andere Besatzungsmacht Europa spalten würde. So wird der Sowjetunion vorgeworfen, dass sie durch den Abbruch der Dreierkonferenz und die Bestrebungen die osteuropäischen Satellitenstaaten an der Teilnahme zu hindern, Europa in zwei Lager gespalten habe. Die „Österreichische Zeitung“ sieht allerdings den Marshall-Plan als spaltendes Element, zumindest in der Form, wie ihn die USA, Frankreich und Großbritannien umsetzen würden. Außerdem, so wird weiters behauptet, seien die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten von vornherein unerwünscht gewesen. Die Sowjetunion sei nur zu den Verhandlungen eingeladen worden, um die Verantwortung für die Spaltung Europas der UdSSR zuschieben zu können. Die „Österreichische Zeitung“ sieht im Marshall-Plan ein Instrument, wodurch ein Westblock mit Westdeutschland als Bollwerk gegen den Osten entstehen soll.

Ein weiteres Thema, das ebenfalls beide Zeitungen aufgreifen, ist der Vergleich der Truman-Doktrin mit dem Marshall-Plan. Im Gegensatz zum Thema Blockbildung widersprechen sich der „Wiener Kurier“ und die „Österreichische Zeitung“ aber gar nicht. Die „Österreichische Zeitung“ sieht im Marshall-Plan eine

angepasste Truman-Doktrin, womit der amerikanische Imperialismus auf Westeuropa ausgedehnt werden soll. Der Marshall-Plan enthalte also die gleichen wirtschaftlichen und politischen Ziele wie die Truman-Doktrin. Der „Wiener Kurier“ sieht den Marshall-Plan ebenfalls als Fortsetzung der Truman-Doktrin. Auch wenn beide Zeitungen den Marshall-Plan und die Truman-Doktrin in Verbindung bringen, werden die beiden Programme unterschiedlich bewertet. So sieht die „Österreichische Zeitung“ in der Truman-Doktrin und dem Marshall-Plan einen Angriff auf die gut funktionierenden osteuropäischen Demokratien, wohingegen der „Wiener Kurier“ den Kommunismus als Gefahr für die westlichen Demokratien ausmacht und deshalb sowohl den Marshall-Plan als auch die Truman-Doktrin als notwendig ansieht.

Der „Wiener Kurier“ berichtet zwar ausschließlich positiv über den Marshall-Plan, kritisiert aber bei dieser Berichterstattung gerne die Sowjetunion. Dabei wird vor allem im Juni und Juli 1947 geschrieben, dass die Sowjetunion bewusst die Marshall-Plan-Verhandlungen blockiere, genauso wie sie das bereits bei der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 gemacht habe. Nachdem die Dreierkonferenz abgebrochen worden ist, wird der Sowjetunion und den sowjetischen Medien vorgeworfen, Propaganda gegen den Marshall-Plan zu betreiben. Dabei werden die gut gemeinten Ziele der USA so hingestellt, als würden sie nur der amerikanischen Expansion dienen. Dabei wird vom „Wiener Kurier“ vor der Sowjetunion, die mit ihrem Vorgehen den Frieden in Europa gefährde, gewarnt.

Im „Wiener Kurier“ und in der „Österreichische Zeitung“ ist ganz klar eine sich verschärfende Sprache erkennbar. So ist im Juni 1947 die Kritik am Marshall-Plan durch die „Österreichische Zeitung“ noch relativ zurückhaltend. Nach dem Scheitern der Dreierkonferenz Anfang Juli 1947 allerdings wird starke Kritik an den westlichen Besatzungsmächten geübt. Diese würden eine imperialistische Politik in Europa unter dem Vorwand einer freundschaftlichen Hilfe betreiben. Der „Wiener Kurier“ hingegen gibt der Sowjetunion die Schuld an der Spaltung Europas. Diese habe sich durch die Ablehnung des Marshall-Plans gegen ein gemeinsames Europa gestellt und gefährde somit den Frieden.

Neben dieser sprachlichen Verschärfung lässt sich vor allem an dem Vorwurf der Blockbildung und dem Vergleich zwischen Truman-Doktrin und Marshall-Plan ein

Ost-West-Konflikt feststellen. Sowohl „Wiener Kurier“ als auch die „Österreichische Zeitung“ werfen nach der Dreierkonferenz der jeweils anderen Besatzungsmacht vor, Europa zu spalten. Davor ist die Wichtigkeit eines gemeinsamen europäischen Wiederaufbaus betont worden, danach wird nur noch von dem westeuropäischen Marshall-Plan und osteuropäischen Handelsverträgen gesprochen. Hier sieht man meiner Meinung nach eine Verschärfung des Ost-West-Konflikts.

Die hergestellte Verbindung zwischen Truman-Doktrin und Marshall-Plan, die beide Zeitungen vornehmen, ist ebenfalls als Verschärfung des Ost-West-Konflikts zu sehen. Einerseits sieht die „Österreichische Zeitung“ im Marshall-Plan ein Instrument, das sich offen gegen den Kommunismus richtet, wenn es diesen mit der Truman-Doktrin gleichstellt, andererseits sieht der „Wiener Kurier“ den Marshall-Plan durchaus als Erweiterung der Truman-Doktrin, was auch den Schluss nahelegt, dass die Truman-Doktrin auf ganz Westeuropa erweitert werden soll.

Welche Themen werden im Zusammenhang mit Österreich und dem Marshall-Plan angesprochen? Welche Rolle spielt Österreich bei den Planungen zum Marshall-Plan in der Berichterstattung?

Der „Wiener Kurier“ zitiert gerne den Bundeskanzler Figl und den Außenminister Gruber, die eine Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan befürworten. Dabei wird die Notwendigkeit der amerikanischen Hilfe für die österreichische Wirtschaft betont und darauf hingewiesen, dass keinerlei politische Bedingungen an die Teilnahme geknüpft seien. Ganz im Gegenteil sei der Marshall-Plan ein Mittel die Unabhängigkeit Österreichs wiederherzustellen, doch die Sowjetunion habe kein Interesse an der Souveränität Österreichs, sondern möchte die Besatzung solange wie möglich beibehalten.

Die „Österreichische Zeitung“ hingegen sieht die Souveränität Österreichs durch den Marshall-Plan gefährdet, da die USA die schwierige wirtschaftliche Lage Österreichs ausnützen würde, um das Land in amerikanische Abhängigkeit zu bringen. Außenminister Gruber wird von der „Österreichische Zeitung“ kritisiert, die Situation falsch einzuschätzen, denn der Marshall-Plan sei kein Angriff auf das wirtschaftliche Elend in Europa, sondern ein Großangriff auf die Selbstständigkeit der europäischen Völker. Österreich habe sich nun der amerikanischen Hilfe unterstellt und dabei zu einer Blockbildung in Europa beigetragen. „Die

„Österreichische Zeitung“ versucht dies mit Aussagen von amerikanischen Politikern, die auch für Österreich die Truman-Doktrin als notwendig ansehen, zu bestätigen.

Die Rolle Österreichs im Marshall-Plan wird vom „Wiener Kurier“ bereits Mitte Juli publiziert. Österreich soll eine wichtige Rolle in der Energieversorgung einnehmen, indem im Grenzgebiet zwischen Österreich, Schweiz und Italien Wasserkraftwerke entstehen sollen, um damit die benachbarten Länder mit Energie zu versorgen. Die „Österreichische Zeitung“ sieht darin wiederum einen neuen Anschluss Österreichs an die deutsche Bizone. Dieser wirtschaftliche und politische Anschluss würde Österreichs Souveränität untergraben und zu einer Unterordnung der österreichischen Wirtschaft führen.

**Werden in den Zeitungen Alternativen zum Marshall-Plan angesprochen?
Wie sehen diese aus und werden konkrete Vorschläge gemacht?**

Es werden in beiden Zeitungen alternative Wirtschaftshilfen und Wiederaufbauprogramme in den Raum gestellt, aber nicht konkretisiert. Dabei schreiben beide Zeitungen sehr positiv über Wiederaufbauprogramme, die den eigenen Vorstellungen entsprechen, und kritisieren jene Pläne, die diesen zuwiderlaufen.

Im „Wiener Kurier“ handelt es sich vor allem um Programme, bzw. Pläne, die den Marshall-Plan unterstützen. Zum Beispiel wird ein britisches Programm erwähnt, das von Premierminister Attlees initiiert worden sei und eine Produktionssteigerung in England zum Ziel habe. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass noch kein konkreter Plan erstellt worden sei und es wird auch während des Untersuchungszeitraums nicht mehr darauf eingegangen. Ein weiteres Beispiel für ein unterstützendes Programm ist die Interimshilfe, die zu einer kurzfristigen Linderung der Versorgungskrise in Europa führen soll, damit für die Ausarbeitung des Marshall-Plans genügend Zeit bleibt.

Kritisch sieht der „Wiener Kurier“ einen sowjetischen Gegenplan zum Marshall-Plan, wie dies Mitte Juli geschrieben wird, aber man bekommt keine Informationen, wie dieser Plan aussehen soll, bzw. ob dieser Plan überhaupt kommen werde. Vielmehr wird in der Gründung der Kominform eine Bedrohung für den westeuropäischen Wiederaufbau gesehen. Der „Wiener Kurier“ schreibt dabei von der neuen Komintern, die das Ziel habe, den Marshall-Plan zu sabotieren und Chaos

in Europa zu verbreiten. Besonders gefährdet von einer sowjetischen Machtergreifung seien Österreich, Frankreich und Italien.

Die „Österreichische Zeitung“ schreibt im Gegensatz zum „Wiener Kurier“ nie von einem Gegenplan zum Marshall-Plan, sondern lobt die Handelsverträge, die zwischen der Sowjetunion und einigen osteuropäischen Staaten abgeschlossen worden sind. Bei diesen Handelsverträgen stehe der Warenaustausch im Mittelpunkt, der die Versorgung sicherstelle, aber nicht die Souveränität der einzelnen Länder gefährde, wie dies der Marshall-Plan machen würde. Außerdem wird betont, dass die Sowjetunion den Freunden im Osten gerne helfe, obwohl man selbst mit den Kriegsfolgen und der Dürre zu kämpfen habe.

Die „Österreichische Zeitung“ reagiert auf die Berichterstattung von verschiedenen österreichischen Zeitungen über einen angeblichen Molotow-Plan mit dem Vorwurf, dass die westliche Propaganda gegen die Sowjetunion lediglich von den Problemen, die der Marshall-Plan mit sich bringe, ablenken wolle.

Die Frage, ob konkrete Vorschläge zu alternativen Wiederaufbauprogrammen gemacht werden, muss man mit einem klaren Nein beantworten. Beide Zeitungen schreiben zwar über verschiedene Pläne oder Programme, aber diese Berichterstattung dient im Endeffekt nur dazu, für oder gegen den Marshall-Plan zu argumentieren. Es wird keine erstzunehmende Alternative erwähnt und schon gar nicht näher beschrieben.

11. Resümee

Die Analyse der beiden Zeitungen „Wiener Kurier“ und „Österreichische Zeitung“ zeigt, dass bereits im Sommer 1947 die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten über einen gemeinsamen Wiederaufbau Europas gescheitert waren. Die Argumente, die von den Zeitungen für oder gegen den Marshall-Plan vorgebracht wurden, waren sehr unreflektiert und zielten nur darauf ab, die Gegenseite zu kritisieren und die eigene Position zu stärken.

Die US-amerikanische Besatzungsarmeezeitung in Österreich, der „Wiener Kurier“, versuchte die Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Wiederaufbaus in den Vordergrund zu stellen. Die positive Darstellung des Marshall-Plans stand dabei im Fokus. Dabei wurde aber auch Kritik an der Sowjetunion geübt, die durch die Ablehnung eines gemeinsamen Wiederaufbauprogrammes Blockbildung betrieben hätte.

Die „Österreichische Zeitung“ berichtete im Juni 1947, dass sich die Sowjetunion durchaus an einem europäischen Wiederaufbau beteiligen wollte, aber nach dem Scheitern der Konferenz der drei Außenminister in Paris von Ende Juni 1947 bis Anfang Juli 1947, wurde der Marshall-Plan lediglich als imperialistisches Instrument der USA dargestellt. Die Argumente, die dabei vorgebracht wurden, wiederholten sich über den gesamten Untersuchungszeitraum immer wieder.

Die „Österreichische Zeitung“ konnte über keinen konkreten Wiederaufbauplan der Sowjetunion berichten. Lediglich einige kleinere Handelsverträge mit osteuropäischen Staaten wurden thematisiert, aber hauptsächlich wurde Kritik am US-amerikanischen Marshall-Plan geübt.

Auffällig ist, dass kaum über die inhaltlichen Fortschritte der Pariser Verhandlungen berichtet wurde, weder vom „Wiener Kurier“ noch von der „Österreichische Zeitung“. Die positive Selbstdarstellung und die Kritik an der ideologischen Gegenseite schienen im Vordergrund zu stehen. Der Marshall-Plan kann deshalb durchaus als Instrument zur stärkeren Positionierung der USA in Europa angesehen werden, da bei der Veröffentlichung des Programmes Anfang Juni 1947 noch kein Plan ausgearbeitet war. Die Hauptaussage war lediglich, dass die USA bei einem europäischen Wiederaufbau großzügige Hilfe anbieten würde, falls der Plan den US-amerikanischen Vorstellungen entspräche. Die Sowjetunion hingegen,

geschwächt vom Zweiten Weltkrieg, hatte ganz andere wirtschaftliche Voraussetzungen als die USA und konnte deshalb auch keinen adäquaten Gegenplan anbieten. Dies war auch ein Grund, warum sich die „Österreichische Zeitung“ auf negative Berichterstattung gegenüber dem Marshall-Plan beschränken musste und nur wenige sowjetische Maßnahmen bewerben konnte.

Natürlich wirft diese Diplomarbeit auch weiterführende Forschungsfragen auf. So wäre es interessant, die qualitative Inhaltsanalyse mit weiteren Tageszeitungen, auch von den Besatzungsmächten unabhängigen, durchzuführen. Eine weitere Möglichkeit wäre den Untersuchungszeitraum auszudehnen, zum Beispiel bis Anfang April 1948, als der Marshall-Plan vom US-Kongress verabschiedet wurde.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Durchführung einer Sprachanalyse oder eine Analyse der Argumentationsstrategien der beiden Zeitungen.

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, wird immer wieder mit dem Marshall-Plan argumentiert, wenn es um Entwicklungshilfe geht. Die Analyse der Berichterstattung zeigte allerdings, dass der Marshall-Plan durchaus ein politisches Instrument zur Durchsetzung der US-amerikanischen Ziele war und eine entscheidende Rolle bei der Verschärfung des Ost-West-Konfliktes spielte und nicht nur für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas entwickelt wurde.

Literaturverzeichnis

Günter *Bischof*, Hans *Petschar*, Der Marshall Plan. Die Rettung Europas und der Wiederaufbau Österreichs (Wien 2017).

Ernst *Bruckmüller*, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. In: Ernst *Bruckmüller*, Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? (Wien 2006) 10-26.

Ute *Daniel*, Dollardiplomatie in Europa. Marshallplan, kalter Krieg und US-Außenwirtschaftspolitik 1945-52 (Düsseldorf 1982).

John *Gimbel*, Die Entstehung des Marshall-Plans. In: Othmar Nikola *Haberl*, Lutz *Niethammer* (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt am Main 1986) 25-35.

Gerd *Hardach*, Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948-1952 (München 1994).

Ulrike *Harmat*, Die Medienpolitik der Alliierten und die österreichische Tagespresse 1945 – 1955. In: Gabriele *Melischek*, Josef *Seethaler* (Hg.), Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation Bd. 5: 1945-1955. Mit einem Überblick über die österreichische Tagespresse der Zweiten Republik bis 1998 (Frankfurt am Main 1999) 57-96.

Alfred *Hiller*, Amerikanische Medien- u. Schulpolitik in Österreich (1945-1950) (Wien 1974).

Hannes *Hofbauer*, Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau (Wien 1992).

Andy *Kaltenbrunner*, Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945. In: Matthias *Karmasin*, Christian *Oggolder* (Hg.), Österreichische Mediengeschichte. Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) 175-198.

Martina Kessel, Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947 (München 1989).

Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955 (München 2000).

Wilfried Mähr, Der Marshallplan in Österreich (Graz/Wien/Köln 1989).

Wilfried Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. Die amerikanische Finanz- und Wirtschaftshilfe an Österreich in den Jahren 1945-1950 (Wien 1985).

Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (Weinheim und Basel 2010).

Berthold Molden, Die Ost-West-Drehscheibe. In: Manfred Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich (Wien/ Köln/ Weimar 2010) 687-774.

Wolfgang Müller, Die „Österreichische Zeitung“. In: Gabriele Melischek, Josef Seethaler (Hg.), Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation Bd. 5: 1945-1955. Mit einem Überblick über die österreichische Tagespresse der Zweiten Republik bis 1998 (Frankfurt am Main 1999) 11-56.

Wolfgang Müller, Informationsmedien in der „Besatzungszeit“: Tagespresse, Rundfunk, Wochenschau 1945-1955. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte. Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) 75-98.

Wolfgang Mueller, Österreichische Zeitung und Russische Stunde. Die Informationspolitik der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich 1945-1955 (Wien 1998).

Österreichisches ERP Handbuch. Die grundlegenden Dokumente des Europäischen Wiederaufbaus (Wien 1950).

Christina *Ramsenthaler*, Was ist „Qualitative Inhaltsanalyse?“ In: Martin *Schnell*, Christian *Schulz*, Harald *Kolbe*, Christian *Dunger* (Hg.), Der Patient am Lebensende. Eine Qualitative Inhaltsanalyse (Wiesbaden 2013) 23-42.

Oliver *Rathkolb*, Kalter Krieg und politische Propaganda in Österreich 1945-1950. In: Michael *Hansel*, Michael *Rohrwasser* (Hg.), Kalter Krieg in Österreich. Literatur-Kunst-Kultur (Wien 2010) 11-34.

Oliver *Rathkolb*, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945 bis 1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur- und Rundfunkpolitik (Wien 1981).

Manfried *Rauchensteiner*, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955 (Graz 1995).

Michael *Schönberg*, Die amerikanische Medien- und Informationspolitik in Österreich von 1945 bis 1950 (Wien 1975).

Hans Jürgen *Schröder*, Informationskampagnen zum Marshall-Plan. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 112 (2007) 43-48.

Hans *Seidel*, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (Wien 2005).

Rolf *Steininger*, Der Kalte Krieg (Frankfurt am Main 2006).

Rolf *Steininger*, Der Wiederaufbau der Sozialistischen Internationale. Deutschland und der Marshall-Plan. In: Othmar *Haberl*, Lutz *Niethammer* (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt am Main 1986) 481-500.

Dieter *Stiefel*, Coca-Cola kam nicht über die Enns: Die ökonomische Benachteiligung der sowjetischen Besatzungszone. In: Günter *Bischof*, Dieter *Stiefel* (Hg.), „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998 (Wien 1999) 111-132.

Rudolf *Tschögl*, Tagespresse, Parteien und alliierte Besatzung. Grundzüge der Presseentwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945-1947 (Wien 1979).

Karl *Vocelka*, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik (Graz/Wien/Köln 2000).

Reinhold *Wagnleitner*, Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg (Wien 1991).

Fritz *Weber*, Wiederaufbau zwischen Ost und West. In: Reinhard *Sieder*, Heinz *Steinert*, Emmerich *Talos* (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur (Wien 1996) 68-79.

Wichard *Woyke*, Weltpolitik im Wandel. Revolutionen, Kriege, Ereignisse ... und was man daraus lernen kann (Wiesbaden 2016).

Online-Nachweise:

Technisches Museum, Österreichische Mediathek (Hg.), Marshall-Plan und Westintegration, online unter: <https://www.mediathek.at/staatsvertrag/wiederaufbau/marshallplan-und-westintegration/> (29. Mai 2019).

Quellenverzeichnis

„Wiener Kurier“, Jg. 3

„Die Stimme Amerikas: Marshalls Europa-Wirtschaftsprogramm“, Wiener Kurier (WK), 10. Juni 1947, 2.

„Truman in Kanada: Eine Welt freier, gleichberechtigter und friedlicher Nachbarn soll entstehen“, WK, 12. Juni 1947, 4.

„Europa muss selbst Initiative zu einem Wirtschaftsprogramm ergreifen“, WK, 13. Juni 1947, 1.

„Bevin kommt morgen zur Besprechung des Marshall-Planes nach Paris“, WK, 16. Juni 1947, 1.

„England wird Rußlands Stellungnahme zu Europahilfsplan fordern“, WK, 17. Juni 1947, 1.

„Verheißungsvoller Anfang der Pariser Konferenz über Europas Wiederaufbau“, WK, 18. Juni 1947, 1.

„Ausarbeitung des Europa-Hilfsplanes in Paris: Bevin und Bidault laden Molotow zur Besprechung ein“, WK, 19. Juni 1947, 1.

„Bevin ist gegen Einparteienstaaten in Osteuropa“, WK, 20. Juni 1947, 1.

„Die Stimme Amerikas: Marshall-Plan und Truman-Doktrin gehen Hand in Hand“, WK, 20. Juni 1947, 2.

„Befriedung in Amerika über die Pariser Besprechungen Bevin-Bidault“, WK, 20. Juni 1947, 4.

„Bidault: Marshall-Plan entscheidet die nächste Zukunft Europas“, WK, 21. Juni 1947, 1.

„Sowjetunion wird an Besprechungen des Marshall-Planes teilnehmen“, WK, 23. Juni 1947, 1.

„Dreimächtekonferenz über Marshall-Plan beginnt am Freitag in Paris“, WK, 24. Juni 1947, 1.

„Auch die Polnische Republik ist zur Mitarbeit am Marshall-Plan bereit“, WK, 25. Juni 1947, 1.

„Die Stimme Amerikas: UN-Wirtschaftsexperten werden an Marshalls Europaplan mitarbeiten“, WK, 25. Juni 1947, 2.

„Morgen beginnt in Paris die Dreierkonferenz über den Marshall-Plan“, WK, 26. Juni 1947, 1.

„Heute beginnt die Pariser Konferenz über Europas Wiederaufbau“, WK, 27. Juni 1947, 1.

„Besprechungen der drei Außenminister haben gestern in Paris begonnen“, WK, 28. Juni 1947, 1.

„Grundsätzliche Erklärungen in Paris: Rußland widersetzt sich einer europäischen Wirtschaftsunion“, WK, 30. Juni 1947, 1.

„Heute soll letzte Außenministersitzung sein: Bisher kein Erfolg in Paris für Europas Wiederaufbau“, WK, 1. Juli 1947, 1.

„Kompromißvorschlag Bidaults an Rußland: Frankreich versucht doch noch die Pariser Konferenz zu retten“, WK, 2. Juli 1947, 1.

„Böswillige Propaganda entstellt die Absichten der Vereinigten Staaten“, WK, 2. Juli 1947, 1.

„Westmächte werden ohne Rußland am Marshall-Plan weiterarbeiten“, WK, 3. Juli 1947, 1.

„Figl: US-Hilfe für Österreich enthält keine politischen Bedingungen“, WK, 3. Juli 1947, 1.

„Frankreich und England laden 22 Nationen zur Europa-Konferenz nach Paris ein“, WK, 4. Juli 1947, 1.

„Europas Teilnahme an der Wiederaufbaukonferenz: England warnt Rußland vor Einschüchterungsversuchen“, WK, 5. Juli 1947, 1.

„Die ersten zustimmenden Antworten zur Einladung nach Paris eingelangt“, WK, 5. Juli 1947, 1.

„Die Stimme Amerikas: Von Rußland hängt die Teilung Europas ab“, WK, 7. Juli 1947, 2.

„Oesterreich hat die Einladung zur Pariser Konferenz angenommen“, WK, 9. Juli 1947, 1.

„Bevin zur Pariser Konferenz: ‚Einheit auf dem Kontinent Europa ist nur auf wirtschaftlicher Basis möglich‘“, WK, 9. Juli 1947, 1.

„Die Stimme Amerikas: Marshall-Plan und Kommunismus“, WK, 10. Juli 1947, 2.

„Morgen Beginn der Konferenz über Marshall-Plan: Moskau zwingt die Tschechen zum Widerruf ihrer Teilnahme in Paris“, WK, 11. Juli 1947, 1.

„Heute eröffnet Bidault in Paris Europas Wiederaufbau-Konferenz“, WK, 12. Juli 1947, 1.

„Die Welt muß klar sehen: Amerika verfißt nicht nur eigene Interessen“, WK, 12. Juli 1947, 2.

„Marshall: USA müssen weiterhin ihren Freunden in Europa helfen“, WK, 15. Juli 1947, 1.

„Heute voraussichtlich letzte Plenarsitzung der Pariser Konferenz“, WK, 15. Juli 1947, 1.

„Die Stimme Amerikas: Pariser Konferenz kann ein Wendepunkt der Geschichte werden“, WK, 15. Juli 1947, 2.

„Europas Wiederaufbau braucht die deutsche Wirtschaft“, WK, 18. Juli 1947, 1.

„Unsere Meinung: Worte und Taten“, WK, 19. Juli 1947, 2.

„Amerikas Auslandshilfe muß den Frieden in der Welt sichern“, WK, 22. Juli 1947, 1.

„Die Stimme Amerikas: Amerikas Volk von Notwendigkeit der Europahilfe überzeugt“, WK, 22. Juli 1947, 2.

„Marshall-Plan erfordert schnelle Behandlung durch den Kongreß“, WK, 22. Juli 1947, 4.

„Außenminister Marshall stellt fest: USA halten weiter an 40jährigem Sicherheitspakt über Deutschland fest“, WK, 24. Juli 1947, 1.

„Bevor Amerika hilft, muß Europa seine eigenen Mittel feststellen“, WK, 28. Juli 1947, 1.

„Zusammenarbeit der Regierungen würde Europas Hunger bannen“, WK, 1. August 1947, 4.

„Lord Pakenham in Oberhaus: Macht der Kommunisten in Osteuropa entspricht nicht ihrer Stärke“, WK, 6. August 1947, 4.

„US-Diplomaten arbeiteten in Paris Hilfsplan für Europa aus“, WK, 7. August 1947, 1.

„Die Stimme Amerikas: Marshall-Plan kann Englands Wirtschaftslage bessern“, WK, 12. August 1947, 2.

„Smuts: ‚Europa-Hilfsplan Marshalls wird nicht versagen!‘“, WK, 14. August 1947, 8.

„Präsident Truman: Budgetüberschuß von 4,7 Milliarden Dollar wird Weltfrieden sichern helfen“, WK, 21. August 1947, 1.

„Die Stimme Amerikas: USA-Politik wird ihren Eindruck auf Europa nicht verfehlen“, WK, 23. August 1947, 2.

„Die Stimme Amerikas: ‚Marshall-Plan muß auf realer Grundlage aufgebaut sein‘“, WK, 1. September 1947, 2.

„Die Stimme Amerikas: ‚Amerika will Europas Staaten wieder selbständig machen‘“, WK, 3. September 1947, 2.

„Der Standpunkt des US-Außenministeriums: Dringende Hilfe für Europa noch vor Jahresende nötig“, WK, 4. September 1947, 1.

„Einberufung einer Sondersitzung des US-Kongresses wird erwogen“, WK, 5. September 1947, 1.

„Was der ‚Marshall-Plan‘ will“, WK, 6. September 1947, 2.

„Sechs Voraussetzungen für die praktische Durchführung des Marshall-Planes“, WK, 8. September 1947, 4.

„Europas Vorschläge für den Marshall-Plan werden am 15. September unterzeichnet“, WK, 9. September 1947, 1.

„Marshall: Sofortige Hilfe für Europa ist dringend nötig“, WK, 11. September 1947, 1.

„Die Stimme Amerikas: ‚Amerika darf die Not in Europa nicht leichtnehmen‘“, 12. September 1947, 2.

„Die Stimme Amerikas: Ein Weg, um Europa vom Dollar unabhängig zu machen“, WK, 13. September 1947, 3.

„US-Handelsminister Harriman fordert weitere Ernährungshilfe für Europa“, WK, 16. September 1947, 1.

„Dr. Gruber: Oesterreich kann Verpflichtungen aus dem Marshall-Plan erfüllen“, WK, 16. September 1947, 4.

„Dr. Gruber: Marshall-Plan im Einklang mit Kontrollabkommen“, WK, 19. September 1947, 4.

„Auf Pariser Konferenz Einigung über Schlußbericht an USA erzielt“, WK, 20. September 1947, 1.

„Amerika überläßt der Welt das Urteil über die Rede Wyschinskis“, WK, 20. September 1947, 8.

„Heute Unterzeichnung des Schlußberichtes in Paris: Europa benötigt für Wiederaufbau Hilfe von über 16 Milliarden Dollar“, WK, 22. September 1947, 1.

„Bericht der Pariser Konferenz: 16 Länder Europas verpflichten sich zu größter Güterproduktion“, WK, 23. September 1947, 1.

„Die Stimme Amerikas: ‚Teilnahme am Marshall-Plan steht Rußland noch immer offen‘“, WK, 24. September 1947, 2.

„Die Stimme Amerikas: Marshall-Plan erfordert neue Handelspolitik der USA“, WK, 25. September 1947, 2.

„Marshall-Plan ist Großangriff auf das wirtschaftliche Elend in Europa“, WK, 25. September 1947, 4.

„USA erklären: ‚Marshall-Plan-Hilfe soll ohne politische Bedingungen sein‘“, WK, 27. September 1947, 1.

„Sprecher der Kongreßdelegation erklärt: Oesterreich und Griechenland sind die Bollwerke der Demokratie in Europa“, WK, 27. September 1947, 1.

„Vereinigte Staaten dürfen Europa nicht dem Untergang preisgeben“, WK, 29. September 1947, 1.

„Der Wortlaut des Pariser Schlußberichtes wurde vorgestern veröffentlicht“, WK, 29. September 1947, 1.

„Der Außenminister in Bregenz: Die Sowjetpropaganda will Oesterreich endgültig vom Westen abschneiden“, WK, 29. September 1947, 4.

„Marshall-Plan beste Antwort auf russische Beschuldigungen“, WK, 3. Oktober 1947, 1.

„Bundeskanzler Figl: ‚Der Marshall-Plan ist nichts anderes als Nachbarschaftshilfe der Völker‘“, WK, 7. Oktober 1947, 4.

„Die Stimme Amerikas: Neugegründete Komintern ist ein Angriff auf den Marshall-Plan“, WK, 8. Oktober 1947, 2.

„USA erklären: Die Komintern zielt auf wirtschaftliches Chaos in Europa ab“, WK, 9. Oktober 1947, 1.

„US-Unterstaatssekretär Thorp: ‚Die Vereinigten Staaten haben von ihrer Hilfe keinerlei Gewinn‘“, WK, 9. Oktober 1947, 1.

„Truman stellt der Komintern-Gründung den Friedenswillen der USA gegenüber“, WK, 10. Oktober 1947, 1.

„Frankreich braucht Marshall-Plan“, WK, 10. Oktober 1947, 4.

„Die Stimme Amerikas: Neugründung der Komintern ein Zeichen der Schwäche“, WK, 11. Oktober 1947, 3.

„In Europa sind falsche Auffassungen über Motive der US-Hilfe verbreitet“, WK, 13. Oktober 1947, 1.

„US-Handelsminister über Amerikas Ziele in Europa: Komintern will geordnete Lebensverhältnisse unmöglich machen“, WK, 15. Oktober 1947, 1.

„Europas Landwirtschaft braucht dringend Kunstdünger, Futtermittel und Maschinen“, WK, 18. Oktober 1947, 8.

„Truman soll heute die Pläne für die Europa-Soforthilfe bekanntgeben“, WK, 23. Oktober 1947, 1.

„Österreichische Zeitung“, Jg. 3

„Sowjetunion prüft den Marshall-Plan“, Österreichische Zeitung (ÖZ), 22. Juni 1947, 1.

„Europahilfe- oder politisches Manöver?“, ÖZ, 26. Juni 1947, 1-2.

„Der polnische Außenminister über den Marshall-Plan“, ÖZ, 26. Juni 1947, 8.

„Pariser Beratungen sollen Marshall-Plan klären“, ÖZ, 28. Juni 1947, 1.

„Die Pariser Außenministerberatung“, ÖZ, 29. Juni 1947, 1.

„Sowjetisches Getreide für Rumänien“, ÖZ, 1. Juli 1947, 8.

„Sowjetischer Vorschlag: Statt Wirtschaftsdiktat Hilfe beim Wiederaufbau“, ÖZ, 2. Juli 1947, 1-2.

„Bevin-Bidault-Plan – ein Eingriff in die Souveränität“, ÖZ, 8. Juli 1947, 1.

„England und Frankreich Europas ‚Wegweiser‘“, ÖZ, 9. Juli 1947, 1.

„Ein Advokatenkniff“, ÖZ, 9. Juli 1947, 1-2.

„Generaloberst Kurassow im Alliierten Rat: Abkommen mit USA gefährdet Österreichs Unabhängigkeit“, ÖZ, 11. Juli 1947, 1.

„Bevins Isolationspolitik“, ÖZ, 11. Juli 1947, 1-2.

„Am Vorabend der Pariser Rumpfbberatung“, ÖZ, 12. Juli 1947, 2.

„Pariser Rumpfkonzferenz hat begonnen“, ÖZ, 13. Juli 1947, 1.

„Konferenz im Schatten des Dulles-Planes“, ÖZ, 13. Juli 1947, 1-2.

„Österreichs Wirtschaft unter USA-Kontrolle“, ÖZ, 15. Juli 1947, 1.

„Zilliacus: Die britische Regierung vor einem Dilemma“, ÖZ, 18. Juli 1947, 1.

„Der Versuch ganz Europa in die Hand zu bekommen ist gescheitert“, ÖZ, 19. Juli 1947, 1.

„Kampagne gegen die Unabhängigkeit Oesterreichs“, ÖZ, 20. Juli 1947, 1.

„Schweizer Stimme: Oesterreich vor der Gefahr der Verwandlung in eine USA-Kolonie“, ÖZ, 22. Juli 1947, 1-2.

„Der Marshall-Plan und die neuen demokratischen Länder“, ÖZ, 23. Juli 1947, 8.

„Hinter den Kulissen des Marshall-Planes“, ÖZ, 26. Juli 1947, 1-2.

„Hilfsabkommen‘ – Versuch der Verwandlung Oesterreichs in einen USA-Satelliten“, ÖZ, 26. Juli 1947, 2.

„Die Pläne der amerikanischen Kapitalisten haben einen wunden Punkt“, ÖZ, 31. Juli 1947, 8.

„USA vor schwerer Wirtschaftskrise“, ÖZ, 6. August 1947, 1-2.

„Der ‚Marshall-Plan‘ und Westdeutschland“, ÖZ, 6. August 1947, 8.

„Englands Zurückweichen vor Amerika“, ÖZ, 9. August 1947, 8.

„Der ‚Marshall-Plan‘ eine bittere Pille für Frankreich“, 10. August 1947, 8.

„Zollunion – die verschleierte Form von ‚Westblock‘“, 23. August 1947, 8.

„Aus der Wirtschaft: USA wollen Handelsboykott organisieren“, ÖZ, 26. August 1947, 2.

„Die wirtschaftlichen Hintergründe der amerikanischen Expansionspolitik“, ÖZ, 31. August 1947, 8.

„Sowjetnote an Bundeskanzler Figl“, ÖZ, 2. September 1947, 1-2.

„Die Hoffnungen auf den Dollarsegen“, ÖZ, 3. September 1947, 3.

„Aus der Wirtschaft: Stellvertretender USA-Außenminister verlangt Beschleunigung der Europa-Hilfe“, ÖZ, 5. September 1947, 3.

„Antwort der Wall Street an Bevin“, ÖZ, 6. September 1947, 2.

„Die Bedeutung des Handels zw. Nord- und Osteuropa“, ÖZ, 6. September 1947, 8.

„Enttäuschung über den Marshall-Plan“, ÖZ, 13. September 1947, 8.

„Der Marshall-Plan – ein neuer Schlag gegen die UNO“, ÖZ, 14. September 1947, 8.

„Unerhörte Zumutungen an Frankreich und England“, ÖZ, 17. September 1947, 8.

„Polnischer Außenminister kritisiert USA-Politik“, ÖZ, 19. September 1947, 1.

„Amerika zieht die Zügel an“, ÖZ, 19. September 1947, 3.

„USA-Abgeordneter kritisiert amerikanische Außenpolitik“, ÖZ, 19. September 1947, 8.

„Die Truman-Marshall-Pläne sind unvereinbar mit den Prinzipien der UNO“, ÖZ, 20. September 1947, 2.

„Hilfe – Vorwand für Aufrechterhaltung der Besetzung Österreichs durch die USA“, ÖZ, 21. September 1947, 1.

„Marshall will Frankreichs Unterstützung kaufen“, ÖZ, 23. September 1947, 8.

„Nach drei Monaten“, ÖZ, 24. September 1947, 1-2.

„Duclos zur französischen Lage“, ÖZ, 24. September 1947, 8.

„Ein ‚Großangriff‘“, ÖZ, 26. September 1947, 1-2.

„Ein zweiter ‚Anschluß‘ Österreichs?“, ÖZ, 28. September 1947, 1-2.

„Kriegshetze gefährdet Millionen von Menschenleben“, ÖZ, 30. September 1947, 1-2.

„Aus der Wirtschaft: Amerikanische Politik schützt amerikanisches Privatkapital“, ÖZ, 30. September 1947, 3.

„Aus der Generalversammlung der UNO“, ÖZ, 30. September 1947, 8.

- „Ausland-Pressestimmen: Ernüchterung in Frankreich“, ÖZ, 2. Oktober 1947, 8.
- „Wallace: ‚Die europäischen Arbeiter werden Amerika hassen‘“, ÖZ, 3. Oktober 1947, 1.
- „Wir lesen: Kriegshetzer am Werk“, ÖZ, 8. Oktober 1947, 2.
- „Gegen die Kriegshetzer – für den Frieden“, ÖZ, 11. Oktober 1947, 1-2.
- „Der Marshall-Plan und die heranreifende Wirtschaftskrise in den USA“, ÖZ, 12. Oktober 1947, 8.
- „Es gibt faktisch noch keinen Marshall-Plan‘...“, ÖZ, 16. Oktober 1947, 8.
- „Daily Mail‘: ‚Es gibt keinen Marshall-Plan‘“, ÖZ, 18. Oktober 1947, 1.
- „Marshall-Plan‘ = besser getarnte ‚Truman-Doktrin‘“, ÖZ, 24. Oktober 1947, 4-5.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Veränderungen im Bestand an Werkzeugmaschinen (gerundet) in der österreichischen Investitionsgüter-Industrie 1937-1946	11
Tabelle 2: Vergleich der Besatzungskosten und der Quasi-Reparationen mit der Auslandshilfe in Millionen Dollar	19

Abstract

Im Zuge dieser Diplomarbeit wurde eine qualitative Inhaltsanalyse der beiden Besatzungsarmeezeitungen „Wiener Kurier“ und „Österreichische Zeitung“ zur Berichterstattung über den Marshall-Plan durchgeführt. Hierbei war anzunehmen, dass der „Wiener Kurier“ ausschließlich positiv über den Marshall-Plan berichtete und die „Österreichische Zeitung“ hauptsächlich Argumente dagegen vorbrachte. Durch die qualitative Inhaltsanalyse sollten die Fragen beantwortet werden, welche Argumente für oder gegen den Marshall-Plan vorgebracht wurden und ob sich bereits der 1947 verschärfende Ost-West-Konflikt in der Berichterstattung erkennen lässt. Weiters wurde die Frage gestellt, wie über Österreich geschrieben wurde, bzw. welche Rolle Österreich bei den Planungen zum Marshall-Plan einnehmen sollte. Eine dritte Frage beschäftigte sich damit, ob es Alternativen zum Marshall-Plan gab und wenn ja, wie diese ausgesehen hätten. Die qualitative Inhaltsanalyse bezog sich dabei auf den Untersuchungszeitraum von Anfang Juni 1947 bis Ende Oktober 1947, also von der Rede Marshalls an der Harvard Universität, bei der der Marshall-Plan erstmals öffentlich angekündigt wurde, bis ein Monat nach Beendigung der Pariser Konferenz, auf der die Teilnehmerstaaten festgelegt und die Grundzüge des späteren Marshall-Plans ausgearbeitet wurden.